

Preußische Allgemeine



Nr. 27 · 3. Juli 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Kommt der harte Brexit?

Für deutsche Medien steht der Hauptverlierer der Scheidung schon mehrheitlich fest: Großbritannien. Stimmt das überhaupt? Wer näher hinblickt, erfährt manche Überraschung **Seite 2**



Flugkatastrophe Der Absturz der Concorde vor 20 Jahren in Paris **Seite 10**



Sommerreise Auftakt zu einer Serie über preußische Seebäder **Seite 21**

GEDENKEN

100 Jahre Volksabstimmung

In wenigen Tagen jährt sich zum 100. Mal ein schicksalhaftes Datum in der preußischen und deutschen Geschichte. Am 11. Juli 1920 waren die Bewohner der südlichen Kreise Ostpreußens und einiger Kreise Westpreußens dazu aufgefordert zu entscheiden, ob ihre Heimat nach dem Ersten Weltkrieg bei Deutschland verbleiben oder künftig zu Polen gehören sollte. Mit überwältigenden Mehrheiten stimmten die Bewohner damals für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* und die Landsmannschaft Ostpreußen werden in den kommenden Tagen auf verschiedene Weise an dieses denkwürdige Ereignis erinnern. Ursprünglich geplant war unter anderem ein Gedenktakt in Allenstein – zu preußisch-deutscher Zeit Sitz des Regierungspräsidiums, heute Zentrum der Woiwodschaft Ermland und Masurien – am 11. Juli. Wegen der Corona-Pandemie und der damit verbundenen unsicheren Lage musste diese Veranstaltung jedoch abgesagt werden.

Um dennoch der Volksabstimmung gedenken zu können, haben die vorgesehene Referenten – der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat, der renommierte Historiker Manfred Kittel und sein Kollege Krzysztof Jachimowicz – ihre geplanten Vorträge vor einer Kamera aufgezeichnet.

Zu sehen sind die Vorträge nun als virtuelle Gedenkveranstaltung ab dem 11. Juli 2020 auf der Internet-Seite der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* unter www.paz.de/volksabstimmung.

René Nehring

CORONA-KRISE

Die Politik steuert in eine verhängnisvolle Sackgasse

Mit der „Dauerwelle“ könnten die Restriktionen auf unabsehbare Zeit anhalten. Wenn Berlin nicht gründlich umdenkt, droht ein böses Ende

VON HANS HECKEL

Die in Deutschland und den meisten anderen Ländern verfolgte Strategie zur Eindämmung von Covid-19 droht in eine verhängnisvolle Sackgasse zu geraten. Dies gilt sowohl für die Bekämpfung des Coronavirus als auch für Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Restriktionen so weit als möglich abzufedern. Der Virologe Hendrik Streeck, bekannt geworden durch die „Heinsberg-Studie“, gibt zwar Entwarnung, was eine zweite oder dritte Corona-Welle mit wieder steil ansteigenden Zahlen von Neuinfektionen angeht. Er sieht Deutschland jedoch in eine „Dauerwelle“ einmünden, in der die Epidemie weder abklingt noch erneut explodiert. Die Daten geben ihm recht: Nach einer Abklingphase hat sich die Zahl der täglichen Neuinfektionen bei Werten zwischen wenigen Hundert und rund 1000 stabilisiert und bewegt sich im Schnitt seitwärts.

Die derzeitige Infektionslage aber reicht der Politik aus als Argument dafür, an Restriktionen wie Abstandsgebot und Maskenpflicht festzuhalten. Dies könnte bedeuten, dass diese Maßnahmen auf völlig unabsehbare Zeit fortgesetzt würden – mindestens, bis ein Impfstoff oder wenigstens ein sehr wirksames Medikament zur Verfügung steht. Wann das der Fall

sein wird, kann niemand vorhersagen. Was das Impfmittel angeht, ist nicht einmal völlig sicher, ob überhaupt eines gefunden wird.

Derweil aber setzen die Restriktionen der Wirtschaft weiterhin massiv zu. Dass auch dies Menschenleben kostet – und zwar möglicherweise erheblich mehr als es ein wirklicher Massenausbruch von Covid-19 vermocht hätte – dringt immer tiefer ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und von Experten (die PAZ berichtete).

Hier öffnet sich der Blick auf die zweite Sackgasse. Irgendwann sollten die astronomischen Hilfszahlungen auslaufen. Ökonomen warnen immer lauter, dass der Anteil der sogenannten „Zombie-Firmen“ an der Gesamtwirtschaft kontinuierlich zunimmt. Von Unternehmen also, die eigentlich längst bankrott sind und nur künstlich am Markt gehalten werden – zum Schaden gesunder Konkurrenten.

Je länger das Ende der Zahlungen hinausgeschoben wird, desto größer fällt die anschließende Pleitewelle aus. Zumal der Bund die Pflicht zur Insolvenzanzeige im März bis September ausgesetzt hat, spricht: Es dürfte bereits viele bankrotte Firmen geben, von deren Zusammenbruch wir nur noch nichts wissen, weil sie ihre Insolvenz derzeit nicht bekannt geben müssen.

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre steht zu befürchten, dass die Politik alles versuchen wird, um den wahren

Zustand der Wirtschaft zu verschleiern. Sie tat dies unter immer größeren Kosten schon seit der Finanzkrise von 2008. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) behauptet, die Bundesregierung könne heute aus dem Vollen schöpfen, weil sie in den vergangenen Jahren „so gut gewirtschaftet“ habe. Richtig ist, dass die Zentralbank die Zinsen abgeschafft hat, wodurch sich der Staat auf Kosten der Bürger umsonst verschulden und billig entschulden konnte. „Gut wirtschaften“ sollte man diesen Beutezug auf Kosten von Sparern und Steuerzahlern nicht nennen.

Tatsächlich wurde in den „guten Jahren“ nichts Substantielles unternommen, um die Wirtschaft stabiler zu machen. Stattdessen wurden die Probleme aufgeschoben, um schmerzhaftere Anpassungen zu vermeiden. Jetzt, da neue, ungeheure Probleme dazukommen, flüchten sich Politik und Notenbank in eine Schuldenmacherei, wie es sie noch nie gab. Da die Schulden nie zurückgezahlt werden können, dürften sie wohl durch massive Inflation aufgelöst werden. Die Sparer, die Rentner und die Leistungsträger werden auf diese Weise die Zeche zahlen.

Am ehesten könnte man der Falle der Dauersubventionen mit all den genannten Folgen noch durch den Übergang zur „schwedischen Lösung“ entrinnen, welche der Wirtschaft längst nicht so zusetzt wie der deutsche Weg. Doch dazu ist in Berlin (noch) niemand bereit.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Der eklatante Mangel an Kinderärzten in Deutschland wird zum Problem **Seite 4**

Berlin

Das Antidiskriminierungsgesetz gefährdet die innere Sicherheit der Hauptstadt **Seite 5**

Kultur

Wie Raffaels Meisterwerk „Die Sixtinische Madonna“ nach Dresden kam **Seite 9**

Ostpreußenblatt

Wirtschaft im Königsberger Gebiet leidet nicht nur unter den Corona-Folgen **Seite 13**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Großbritanniens EU-Ausstieg Die Brexit-Verhandlungen ziehen sich aktuell nicht nur wegen der Corona-Pandemie in die Länge. Die EU will an den Briten vor allem ein Exempel statuieren

Harter Ausstiegs-Poker

Bei den Brexit-Verhandlungen spielen beide Seiten auf Zeit – Briten haben weniger zu verlieren

VON DIRK PELSTER

Es war ein steiniger Weg, den die Briten beschreiten sollten, um ihr Votum für einen Austritt aus der EU endlich wahr werden zu lassen. Zweimal musste das Parlament neu gewählt werden, und erst der dritte Premierminister seit dem historischen Referendum aus dem Jahr 2016 vermochte dem Volkswillen gegen die Widerstände aus dem In- und Ausland Geltung zu verschaffen.

Am 31. Januar verließ das Vereinigte Königreich nach 47 Jahren dann endlich das längst ins Straucheln geratene supranationale europäische Projekt.

Doch auch wenn die Mitgliedschaft der Briten in der EU formal beendet ist, gelten wichtige Rechtsvorschriften der Brüsseler Bürokratie nach wie vor auf der Insel. Für einen bis zum Ende dieses Jahres andauernden Zeitraum ist London de facto an die Regeln des gemeinsamen Marktes gebunden.

Wie das Verhältnis zwischen Großbritannien und der Europäischen Union ab 2021 ausgestaltet wird, darüber wird aktuell verhandelt. Geht es nach dem Willen der EU-Kommission, so sollte sich das Vereinigte Königreich auch in Zukunft weiter vollständig ihren Direktiven unterwerfen, ohne diese jedoch freilich – wie bisher – mit aushandeln zu können. Premierminister Boris Johnson hingegen will das dichte Regelwerk der Union abschütteln. Dennoch ist er daran interessiert, dass ab dem kommenden Jahr der Austausch von Waren und Gütern möglichst zollfrei vonstattengeht.

Im Februar veröffentlichte die britische Regierung erste Vorschläge, auf welche Grundlage die zukünftigen Beziehungen zur EU gestellt werden könnten. Premier Johnson schwebt dabei ein Freihandelsabkommen vor, das ähnlich ausgestaltet ist wie das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), welches Brüssel noch im Jahr 2017 mit Kanada abgeschlossen hat. Neben einem erheblichen Abbau von Zöllen verpflichteten sich hier die Vertragsparteien vor allem zum Schutz von geistigem Eigentum sowie von Investitionen.

Erleichtert wurde den Unternehmen aus der EU beziehungsweise aus Kanada ebenso, ihre Beschäftigten zeitweise in den Wirtschaftsraum des jeweiligen Ver-



Die von Brüssel gefürchtete letzte Ausfahrt Brexit: Der Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union könnte auf der Insel wirtschaftlich zu blühenden Landschaften führen

Foto: ddp images

tragspartners zu entsenden. Der Abschluss eines vergleichbaren Abkommens mit Großbritannien wird von Brüssel jedoch abgelehnt. Als Grund hierfür führt die EU-Kommission an, dass die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen mit London deutlich enger und auch das Volumen des Warenaustausches sehr viel umfangreicher seien. Demnach müsse ein künftiges Abkommen darauf ausgerichtet werden, dass der Handel zu gleichen Wettbewerbsbedingungen stattfinden könne. Den Briten solle es verwehrt werden, sich durch ein Absenken von Standards im Bereich des Arbeits-, Sozial- und Umweltschutzes einseitig Vorteile zu verschaffen.

Präzedenzfall verhindern

Die aus Brüssel geltend gemachten Bedenken dürften dabei jedoch weitestgehend vorgeschoben sein. Zum einen stellt gerade die schon fast planwirtschaftliche Überregulierung großer Teile des Arbeits- und Wirtschaftslebens eine wesentliche Ursache dafür dar, dass das Vereinigte Königreich als klassisch marktliberale Nati-

on die EU überhaupt verlassen hat. Zum anderen ist kaum ernsthaft anzunehmen, dass Großbritannien ohne eine verbindliche Verpflichtung auf den Normenkanton der Union auf das Sozialniveau von Pakistan zurückfallen wird.

Der tatsächliche Grund für die Hartleibigkeit der Kommission in den aktuellen Verhandlungen mit der Regierung Johnson dürfte daher vor allem sein, den nicht verhinderten Brexit zu keinem Präzedenzfall für andere Unionsstaaten zu machen, in denen ebenfalls zunehmend offener über einen Austritt aus der EU nachgedacht wird. Dies zeigt vor allem ein weiterer strittiger Punkt der derzeitigen Verhandlungen.

Die Brüsseler Bürokratie beharrt darauf, dass bei künftigen Konflikten um die Auslegung und Interpretation eines noch abzuschließenden Freihandelsabkommens zwingend der Europäische Gerichtshof in Straßburg zuständig sei. Da dieses Gremium bei seinen Entscheidungen in der Vergangenheit nahezu durchgängig für eine immer weitergehende

Übertragung nationaler Souveränitätsrechte an die EU-Bürokratie votiert hat, dürften die Briten im Falle eines Falles eine neutrale Behandlung ihrer Handelsstreitigkeiten mit der Union kaum zu erwarten haben.

Bislang stocken die Verhandlungen über die weitere Zusammenarbeit. Angesichts des sich schließenden Zeitfensters dürfte ein umfassendes Abkommen kaum mehr zu realisieren sein. Ein wichtiger Durchbruch könnte allenfalls im Herbst noch erwartet werden, wenn das ersatzlose Auslaufen der Übergangsregelungen in greifbare Nähe rückt und eine der Verhandlungsparteien Nerven zeigt.

Kommt es zu keinem Abkommen, würden die Regelungen der Welthandelsorganisation zur Anwendung kommen, in der sowohl die EU-Staaten als auch Großbritannien Mitglied sind. Boris Johnson kann diesem Eventualfall noch am gelassensten entgegensehen, denn die Briten haben weit weniger zu verlieren als die EU, und sie haben zudem längst nicht so hoch gepokert.

KONZERNSTRATEGIE

Im Zweifel besser von England aus

Es schien die Erfüllung einer Prophezeiung zu sein, als im März 2018 die Unternehmensleitung eines der größten Konsumgüterhersteller der Welt ein Presse-Bulletin veröffentlichte. Seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 hatten die Anhänger der EU überall lautstark gewarnt, dass der Austritt aus der Union sich für Großbritannien zu einem ökonomischen Desaster entwickeln würde und zahlreiche wichtige Unternehmen die störrische Insel verlassen werden.

Nun kündigte der Unilever-Konzern, der in Deutschland vor allem über Marken wie Langnese-Eis oder Knorr-Fertigsuppen bekannt ist, an, die tradierte Doppelstruktur mit den zwei Firmensitzen in London und Rotterdam endgültig aufzugeben. Zukünftig sollten die Geschicke der global agierenden Aktiengesellschaft mit einem jährlichen Umsatz von über 60 Milliarden Euro ausschließlich vom Hauptquartier im niederländischen Rotterdam gelenkt werden. Als Begründung verwies der damalige Vorstandschef Paul Polman ausdrücklich auf den Brexit und die damit verbundenen Nachteile für den Konzern.

Doch Polman hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Große Anteile der sowohl an der Londoner als auch der Amsterdamer Börse notierten Gesellschaft befinden sich in der Hand britischer Finanzunternehmen. Diese ließen im Hintergrund ihre Muskeln spielen, und Polman musste schließlich zurückrudern. Zum Jahreswechsel 2018/2019 nahm er seinen Hut. Die Struktur mit zwei Firmensitzen wurde zunächst beibehalten.

Mitte Juni dieses Jahres kam dann der Paukenschlag. Der neue Vorstand von Unilever kündigte an, den Unternehmenssitz nunmehr vollständig nach London zu verlagern. Zwar will der Konzern an den bisherigen Produktionsstandorten auf dem Kontinent festhalten, die wichtigen Gewinne aus der wirtschaftlichen Tätigkeit werden dann aber vollständig in das Vereinigte Königreich abfließen. Dieser Schritt dürfte auch für andere Unternehmen in Europa eine wichtige Signalwirkung haben. D.P.

GROSSBRITANNIENS ZUKUNFT

Die Angst vor einem Erfolg auf der Insel

Sollte der Brexit zu einem Wirtschaftserfolg führen, könnten sich andere ausstiegswillige Länder an den Briten ein Beispiel nehmen

Es waren Horrorszenerarien, die gerade die deutsche Medienlandschaft noch vor wenigen Monaten für den Fall entwarf, dass sich Boris Johnson durchsetzen und den Austritt Großbritanniens aus der EU realisieren sollte. An den Häfen des Ärmelkanals würden sich kilometerlange Staus von Lkw bilden, die nicht abgefertigt werden könnten. Lebensmittel und Medikamente sollten die Insel nicht mehr erreichen. Die Wochenzeitschrift „Stern“ fabulierte 2019 gar, dass es aufgrund von Versorgungsengpässen Tote geben werde.

Passiert ist bisher indes wenig. Noch immer ragt das britische Eiland zwischen Nord- und Irischer See aus dem Meer her-

vor, ohne dass deren Wellen es in einem Gottesgericht unter sich begraben hätten. Dabei waren schon damals keineswegs seherische Fähigkeiten erforderlich, um zu erkennen, dass die Risiken des Brexits hierzulande völlig überzeichnet wurden.

Die irrationalen apokalyptischen Zerrbilder von Politikern und Journalisten legten beredtes Zeugnis darüber ab, dass das Bekenntnis zu einer immer enger zusammenwachsenden EU längst keine Frage des politischen Kalküls mehr ist, sondern zunehmend einen religiösen Charakter angenommen hatte. Die von der Mehrheit der Briten getroffene Entscheidung, diese Gemeinschaft nun zu verlas-

sen, stellte in den Augen des kontinentalen Establishments daher nicht einfach einen demokratischen Willensakt dar.

Vielmehr sehen nicht wenige Befürworter eines europäischen Zentralstaates hierin einen Fall von Apostasie, also die Lossagung von einem alleinseligmachenden Glauben. Dies erklärt auch die Schärfe der laufenden Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen. Während die EU gerne ein strafendes Exempel statuieren möchte, versucht die britische Regierung, das lästige und in Brüssel zurechtgeschnidene Zwangskorsett von Regulierungen abzuwerfen. Den Erfolg, den London bei diesem Unterfangen davonträgt,

Die irrationalen apokalyptischen Brexit-Zerrbilder haben zunehmend einen religiösen Charakter angenommen

wird für die Union zweifelsohne sehr viel bedeutsamer sein als für das Vereinigte Königreich.

Gelänge es Johnson, ab 2021 eine souveräne eigene Wirtschaftspolitik zu betreiben und würde diese gar zu mehr Wachstum und Wohlstand für alle Briten führen, dann wäre damit nicht nur das gängige Narrativ infrage gestellt, wonach einzelne europäische Staaten in einer globalisierten Welt ohnehin keinerlei ökonomische Überlebenschancen hätten, sondern dann würde zugleich die Frage aufgeworfen werden, ob die Regulierungswut der EU die adäquate Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft bietet. D.P.

Entführt, erschossen – und verleugnet

Im Moskauer Butyrka-Gefängnis und in dem „Massengrab mit nicht abgeholter Asche“ verschwanden noch Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Opfer des Stalinismus aus Österreich und Deutschland

VON REINHARD OLT

Am 14. März dieses Jahres beging der weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannte und an zahlreichen internationalen Opernbühnen wirkende Tenor Adolf Dallapozza seinen 80. Geburtstag. Kammersänger Dallapozza, Gast an zahlreichen internationalen Opernhäusern und Ehrenmitglied der Wiener Volksoper, entstammt einer Südtiroler Familie. Nur wenige wissen von dem tragischen Schicksal, das Adolfs älteren Bruder Emil, am 19. September 1925 in Branzoll geboren, 1951 erlitt. Die Eltern – der Vater verstarb 1964, die Mutter 1980 – erfuhren über dessen nähere Umstände niemals etwas, die Geschwister erst nahezu 60 Jahre später die Wahrheit. Zwar hatte die Familie neun Jahre nach Emils Verschwinden über das Rote Kreuz die Mitteilung erhalten, dass er in der Sowjetunion verstorben sei. Nähere Auskünfte waren aber aufgrund des apodiktischen Hinweises, weitere Nachforschungen seien zwecklos, unterblieben.

Es war der 11. Juni 1951, als Emil Dallapozza spurlos verschwand. Er war – da Österreich bis 1955 in vier Besatzungszonen geteilt war – in die Fänge der sowjetischen Spionageabwehr-Sondereinheit SMERSch geraten. Grund der Festnahme: „Spionage für den französischen Geheimdienst“. Aus den Akten geht hervor, dass Emil Dallapozza in St. Pölten die Kennzeichen zweier sowjetischer Kraftfahrzeuge notiert sowie Notizen über eine dort stationierte Militäreinheit gemacht hatte und auf „frischer Tat“ beim „Sammeln von Informationen“ ertappt worden war. Laut Protokoll des Militärtribunals bekannte er sich im Verhör in Baden bei Wien, wohin man ihn schaffte, zu seiner Schuld. Am 25. August 1951 verurteilte ihn das Tribunal zum Tode durch Erschießen.

Tausendfaches Schicksal

Grundlage war der berühmte Paragraf 58 Absatz 6 des Strafgesetzbuchs der UdSSR. Man verbrachte Emil Dallapozza ins Butyrka-Gefängnis nach Moskau, eine wegen ihrer Brutalität und entwürdigender Haftbedingungen berühmte Anstalt. Dort schrieb er ein Gnadengesuch: „Der ergebenst Gefertigte Emil Dallapozza ... macht von der sowjetischen Rechtswohlthat Gebrauch und bittet um Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe. Zur Bekräftigung seiner Bitte weist er noch auf seine Unbescholtenheit und seine Parteilosigkeit hin, wodurch erwiesen ist, dass seine Straftat keinem politischen Hassgefühl entsprungen ist.“ Am 29. September 1951 lehnte das Oberste Gericht der UdSSR, am 23. Oktober das Präsidium des Obersten Sowjets sein Gnadengesuch ab. Emil Dallapozza wurde am 10. November 1951 erschossen, sein Leichnam eingäschert und die Asche auf den Donskoje-Friedhof verbracht.

Wie dem Südtiroler erging es auch dem 1923 geborenen Deutschen Herbert Killian. Der vormalige Wehrmachtsleutnant wurde am 12. April 1950 in Radebeul verhaftet, am 28. September wegen Spionage zum Tode verurteilt und am 12. Februar 1951 in Moskau erschossen. In seinem Gnadengesuch beteuerte er, „nur unter Zwang“ gehandelt zu haben. Dreimal sei er für seinen Auftraggeber in die Sowjetische Besatzungszone gereist. Wegen „Spionage für den amerikanischen Nachrichtendienst“ – dem Sammeln von Daten über sowjetische Einheiten und Flugplätze in Berlin, Chemnitz, Cottbus und Bautzen – verurteilte ihn ein Militärtribunal in Berlin zum „Tode durch Erschießen“. Zusammen mit Killian wurden auch Erich Reinhold und Felix Müller zum Tode verurteilt; gegen 21 weitere Deutsche wurden hingegen „nur“ 25 Jahre Arbeitslager als Strafmaß verhängt.



Letzte Ruhestätte: Auf dem Friedhof des früheren Klosters Donskoje in Moskau wurden zahllose Opfer des Stalinismus verbrannt und ihre Asche im als „Massengrab mit nicht abgeholter Asche“ bekannten Grab Nr. 3 verscharrt Foto: Mauritius

Das tatsächliche Schicksal all derer, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg unter solchen oder ähnlichen Umständen ums Leben kamen, war bis vor wenigen Jahren völlig unbekannt. Zwar hatten Angehörige der Vermissten während der „Tauwetterperiode“ unter Nikita Chruschtschow 1956/57 offizielle Todesmitteilungen erhalten, doch die Todesursachen waren allesamt fingiert: Lungen-Tbc, Nierenversagen, Gehirnblutung.

Entscheidende Hinweise auf ihr wahres Ende kamen erst Jahrzehnte später von Arsenij Roginskij, Chef der einst von Andrej Sacharow gegründeten Bürgerrechtsorganisation „Memorial“. Laut „Memorial“ wurden zwischen 1945 und Stalins Todesjahr 1953 insgesamt 7000 Menschen in der „Butyrka“ erschossen; unter ihnen mehr als 1000 deutsche und 132 österreichische „Spione“. Roginskij nahm Kontakt zu Stefan Karner auf, dem damaligen Leiter des in Graz ansässigen „Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung“ (BIK). Dank „Entgegenkommens des Moskauer Staatsarchivs aufgrund jahrelanger vertrauensvoller Zusammenarbeit“ sei es dann, so Karner, „möglich geworden, die Schicksale dieser besonderen Gruppe unter den letzten Opfern Stalins zu rekonstruieren“.

Gnadenlose Justiz

Die 24 Jahre alte Buchhalterin Hermine Rotter aus Wien schrieb in ihrem Gnadengesuch: „Ich flehe zu Ihnen, ohne Eltern, ohne Heimat, da ich sonst niemand mehr habe, mein nacktes Leben zu retten und mich von dem grässlichen Tode freizusprechen. Ich schwöre dem russischen Staat meinen heiligen Eid, sollte das Hohe Gericht mir diese Gnade des Lebens erteilen, meine ganze Kraft, Arbeit, Fleiß und guten Willen zu geben und Ihnen in der Sowjetunion zu beweisen, dass ein junges Wiener Mädchen einen großen Fehler begangen hatte, aber als Wiedergutmachung Ihnen ihr Leben durch Arbeit und ein gutes Herz schenkt. Ich zünde für jeden Soldaten Ihres Landes, welcher im Kriege starb, abends in meinem Herzen ein Lichtlein an und denke dabei als Wienerin, alles gutzumachen, was

ich an Ihnen verbrochen habe.“ Es half nichts: Am 9. Oktober 1951 wurde Hermine Rotter im Keller der „Butyrka“ erschossen – wegen „antisowjetischer Spionage“. In derselben Nacht wurde ihr noch nicht erkalteter Leichnam im Krematorium auf dem Friedhof des ehemaligen Klosters Donskoje verbrannt. Ihre Asche schüttete man ins wenige Schritte entfernte Grab Nr. 3, das „Massengrab mit nicht abgeholter Asche aus den Jahren von 1945 bis 1953“, als das es heute offiziell bekannt ist.

Von 2201 Zivilisten, die sowjetische Organe bis 1953 in Österreich verhafteten, erhielten mehr als 1000 hohe Haft- und Lagerstrafen. 132 Personen verurteilte das Militärtribunal zum Tode. Niemand in Österreich wusste, dass im Kurort Baden bei Wien derartige „Prozesse“ stattfanden, bei denen die Beschuldigten keine Chance hatten, sich zu verteidigen. Die Anklage war stets dieselbe: Spionage; ebenso das Urteil: Tod durch Erschießen.

In den meisten Fällen waren es aber wohl Lappalien, derer sich die Verhafteten „schuld“ gemacht hatten, getrieben oft aus schierer materieller Not. So im Falle des Stefan Buger, Fahrdirigenten bei der österreichischen Eisenbahn. Vor dem Militärtribunal legte er seine „finanzielle und materielle Not“ dar, die ein Angehöriger des französischen Geheimdienstes namens Fuczik ausgenutzt habe: „Ich hatte einen Monatslohn von 690 Schilling, auf Lebensmittelkarten nichts bekommen, alles nur am schwarzen Markt. 1 kg Schmalz 400 Schilling, Zucker 220 Schilling, Mehl 45 Schilling, ein Ei 230 Schilling, Fleisch 300–350 Schilling. Meine Familie unterernährt, Kinder hatten Hunger und nicht einmal das Notwendigste an Brot und Fett zuhause“, gab Buger zu Protokoll. Als Gegenleistung für Informationen über Fracht und Häufigkeit des Verkehrs sowjetischer Güterzüge soll Buger „4000–4500 Schilling an Geld oder Produkten wie Schmalz, Mehl, Zucker“ erhalten haben. 1948, nach Fucziks „Verschwinden“, brach er jeglichen Kontakt zum Geheimdienst ab. Was Buger nicht wusste: Fuczik war wegen Spionage zu 25 Jahren GULag verurteilt worden und hatte seinen

Niemand in Österreich wusste, dass im Kurort Baden bei Wien derartige „Prozesse“ stattfanden, bei denen die Beschuldigten keine Chance hatten, sich zu verteidigen. Die Anklage war stets dieselbe: Spionage; ebenso das Urteil: Tod durch Erschießen

Namen preisgegeben. Stefan Buger wurde am 11. Juli 1952 in Moskau hingerichtet.

Zynische Mitteilungen

Ein anderer Fall, den die Grazer Wissenschaftler klärend rekonstruierten, ist der des Leo Thalhammer. „Der Fabrikarbeiter Leo Thalhammer wurde aufgefordert, auf die Kommandantur zu kommen und wurde seither nicht mehr gesehen“, hieß es in einer Meldung der „Arbeiterzeitung“ Ende September 1951. Seine Frau Anna ahnte sogleich, dass etwas Schlimmes passiert sein musste: „Den Leo ham's sicha daschossn.“ Sein Schwager Ernst Feichtinger, laut KGB-Akten ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIC, hatte ihn als Informanten angeworben. Er sollte berichten, was bei den Messerschmitt-Werken in Wiener Neustadt hergestellt wurde. In seinem Gnadengesuch vom 6. Dezember 1951 bot Thalhammer „mein ganzes Können für den Aufbau von Russland an, um meine Tat gutzumachen“. Vergeblich: Am 1. März 1952 wurde er zusammen mit seinem Schwager Feichtinger in Moskau exekutiert. 1956 erhielt die Familie die Nachricht, er sei infolge „Zerreißen der Aorta“ verstorben – eine vordergründig zwar korrekte, aber doch zutiefst zynische Darstellung.

Isabella Maria Lederer wiederum wurde die leibliche Verwandtschaft mit einem vormaligen SS-Offizier zum Verhängnis, der für den US-Geheimdienst arbeitete. Die Grazerin wurde von ihrem Bruder angeworben. Ob sie bloß an Geld kommen wollte, um ihre drei Kinder durchzubringen, oder tatsächlich politische Motive hatte, bleibt ungeklärt. Sie fuhr oft nach Wien, um Flugblätter zu verteilen, auf denen dazu aufgefordert wurde, die Fronten zu wechseln. Stets mit dabei waren ihr 17 Jahre alter Sohn Horst und ihre vierjährige Tochter Roswitha.

Über ihre Festnahme berichtete im Mai 1952 sogar die „Austria Presse Agentur“. Am 18. Juli 1952 sah Horst Lederer seine Mutter zum letzten Mal im „Gerichtssaal“ des sowjetischen Militärs in Baden. Als das Urteil verlesen wurde, konnten beide das Gehörte kaum fassen: wegen „antisowjetischer Agitation“ Tod durch Erschießen für die 42 Jahre alte Soldatenwitwe und Mutter dreier Halbweisen; 25 Jahre „Arbeitsbesserungslager“ für den minderjährigen Sohn. Drei Tage nach dem Urteilspruch schrieb auch Isabella Lederer ein Gnadengesuch: „Ich bitte aus tiefstem Herzen das Präsidium, die verzweifelte Bitte einer Mutter zu erfüllen, das furchtbare Urteil zu ändern und mir die Möglichkeit zu geben, einmal wieder mein Leben bei meinen Kindern zu verbringen.“ Am 11. September wurde die Bitte um Gnade abgelehnt, vier Wochen später das Todesurteil im Keller der Moskauer „Butyrka“ vollstreckt. Sohn Horst hatte Glück: Die Sowjetmacht verfrachtete ihn „nur“ nach Alexandrowsk in Sibirien, im Juni 1955 schickte sie ihn nach Hause.

Späte Gerechtigkeit

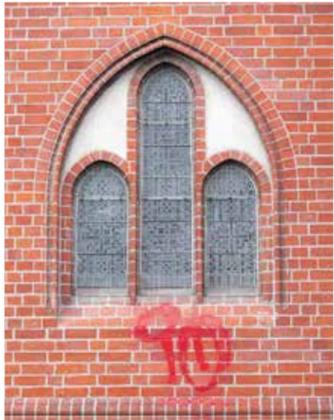
Dank der Forschungen der Grazer Historiker bekamen die Opfer wie der gebürtige Südtiroler Emil Dallapozza zumindest ihre Namen zurück und die Angehörigen sowie die nachgeborenen Einsichten über ihr gnadenlos-trauriges und menschenverachtendes Schicksal. Tiefschürfende, dokumentierte Befunde und Erkenntnisse darüber bietet unter anderem das von Stefan Karner und Barbara Stelzl-Marx herausgegebene Buch „Stalins letzte Opfer. Verschleppte und erschossene Österreicher in Moskau 1950–1953“.

● Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Reinhard Olt war von 1985 bis 2012 Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und von 1994 bis zu seinem Ausscheiden deren politischer Korrespondent in Wien. Er hatte Lehraufträge an diversen deutschen und österreichischen Hochschulen inne.

MELDUNGEN

Straftaten gegen Christen

Berlin – Seit dem Jahr 2016 erfasst das Bundeskriminalamt (BKA) systematisch gewaltsame Übergriffe auf Christen. Nach Angaben der Bundesregierung sind im vergangenen Jahr insgesamt 64 Straftaten „mit dem Unterfeld ‚christenfeindlich‘ in Verbindung mit dem Unterangriffsziel ‚Friedhof‘, ‚Kirche‘, ‚religiöse Einrichtung‘ und/oder ‚religiöses Symbol‘ gemeldet worden“. Jeweils ein Drittel der registrierten



Schmierereien an der Pauluskirche Halle Foto: action press

Straftaten entfällt auf Sachbeschädigungen und Propagandadelikte. Meist werden die Täter nicht gefasst. Lediglich gegen sechs Tatverdächtige wurde ermittelt. Es handelte sich um vier deutsche, einen syrischen und einen türkischen Staatsangehörigen. 2018 wurden 58 antichristliche Delikte erfasst. Besonders hoch waren die Straftaten im Jahr 2017 mit 92 Fällen, darunter ein mutmaßlicher Mord und neun Körperverletzungen. Da 14 Verbrechen zwischen Asylsuchern verübt wurden, zeigten sich Regierungspolitikern besorgt. MRK

Fahrverbote sofort beenden

Berlin – Die AfD-Fraktion im Bundestag hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, auf Länder und Gemeinden einzuwirken, damit diese „Fahrverbotszonen für Diesel-Fahrzeuge sofort und vollständig“ aufheben, bis wissenschaftlich belastbare Daten über einen Zusammenhang zwischen Verkehrsaufkommen und Schadstoffbelastungen der Luft vorliegen. Gerade Messungen während des Lockdowns in der Corona-Krise hatten gezeigt, dass die Messwerte trotz geringen Verkehrsaufkommens in besonders belasteten Städten wie Stuttgart keine Verringerung der Schadstoffe in der Luft angezeigt hatten. Die AfD-Fraktion bezeichnet Fahrverbote für Dieselfahrzeuge deshalb als „beispiellose Fehleinschätzung von deutschen Behörden und Gerichten“, die zudem umweltpolitisch wirkungslos und ökonomisch höchst schädlich seien. Vom finanziellen Schaden seien bereits jetzt Millionen Diesel-Besitzer und teilweise die deutsche Autoindustrie betroffen. Das belastete vor allem Handwerker, Kleinunternehmen und Bürger, denen durch die existenzbedrohende Wirtschaftslage ohnehin das Geld fehle. Die Politiker verlangen von der Bundesregierung die Vorlage wissenschaftlicher Studien, damit künftig Maßnahmen wie Fahrverbote aufgrund objektiv belastbarer Daten und nicht aus ideologischen Gründen ergriffen werden. MRK



Was theoretisch so harmonisch sein sollte, fällt in der Praxis oft dem Zeitdruck zum Opfer: Ein Klinikarzt beschäftigt sich mit einer kleinen Patientin

MEDIZIN

Eklatanter Mangel an Kinderärzten

Die Situation spitzt sich in Kliniken und Praxen gleichermaßen zu – Unklare Kompetenzverteilung

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Familie Schmidt ist in ihr neues Eigenheim am Stadtrand umgezogen, sagen wir, in München. Bei der kleinen Tochter Emma ist in Kürze die nächste Vorsorge-Untersuchung fällig. Aber in der Nähe gibt es keinen Kinderarzt. Also setzt sich Frau Schmidt ans Telefon und klappert die wenigen Praxen in der Umgebung ab und wird überall abgewiesen. Es gebe einen Aufnahmestopp für neue Patienten, heißt es. Nach zehn vergeblichen Versuchen ruft sie entnervt den Termindienst ihrer Krankenkasse an und wird tatsächlich an einen Kinderarzt vermittelt – anderthalb Fahrstunden von ihrem Wohnort entfernt. Ein Einzelfall? Keineswegs.

Das Problem des Ärztemangels, gerade in ländlichen Regionen, ist seit Jahren bekannt und beschäftigt zunehmend die Politik. Bei einem Fachgespräch im Gesundheitsausschuss des Bundestags beklagten Mediziner die fortschreitend negative Entwicklung vor allem in der Kinder- und Jugendmedizin. Das Problem fehlender Kinderärzte dehne sich immer eklatanter auch auf Fachkliniken aus. Burkhard Rodeck von der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin verwies auf Nachteile bei der Abrechnung durch Fallpauschalen im Krankenhaus. Die Ärzte beklagen zu-

dem einen hohen ökonomischen Druck auf die Kinderkliniken. Insgesamt sei die Kinder- und Jugendmedizin unterfinanziert, was Ärzte in ethische Konflikte bringe, wenn sie bei zeitaufwendigen Behandlungen etwa von chronisch kranken oder Kindern mit psychosozialen Störungen, die immer häufiger würden, den kleinen Patienten nicht die notwendige Aufmerksamkeit zukommen lassen können.

Ärzte im ethischen Konflikt

Christian Jacobs vom Institut für das Entgeltssystem im Krankenhaus wollte das so nicht stehen lassen. Er sagte, dass es keine systematische Benachteiligung gebe, sondern die Belange von Kindern im Vergütungssystem sachgerecht abgebildet seien. Doch was sachgerecht ist, da gehen die Meinungen auseinander, auch zwischen niedergelassenen Fachärzten für Pädiatrie und den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), welche die Konditionen mit den Krankenkassen aushandeln. In einer eigenen Praxis niedergelassene Kinderärzte stehen in Deutschland am unteren Ende der Einkommensskala für Mediziner. Da sie als Fachärzte eingestuft werden, sind sie darüber hinaus für mehr Patienten – bis zu 3000 pro Quartal – zuständig als ein Hausarzt. Während der Arzt neben dem Wohl der Patienten auch die Rentabilität seiner Praxis als Wirt-

schaftsbetrieb im Auge haben muss, zählen für die KVen vorwiegend Fallzahlen und Pauschalen. Diese starre Handhabung führt zu einer dramatischen Schiefelage: Ärzte lassen sich lieber in wohlhabenden Gegenden nieder als in solchen mit einkommensschwacher Bevölkerung. Die KV hat nur die Gesamtregion im Blick: So kommt es, dass sich beispielsweise nur drei Kinderärzte im sozial schwachen Münchner Norden niedergelassen haben, die für die ärztliche Versorgung von 23.000 Kindern und Jugendlichen zuständig sind. Die zuständige KV sieht hier keinen Bedarf, da sie 113 Kinderärzte im Stadtgebiet für ausreichend hält und 160, also weit mehr, niedergelassen seien.

Für viele Ärzte ist der Druck in der eigenen Praxis – nicht zuletzt wegen der zunehmenden Bürokratie durch die Digitalisierung – zu groß geworden. Viele schließen ihre Praxen oder geben ihre Kassenzulassung zurück. Insgesamt haben in Deutschland niedergelassene Ärzte seit einigen Jahren große Probleme, einen Nachfolger für ihre Praxis zu finden. Ein Grund: Bei jungen Ärzten ist Teilzeitarbeit in Mode gekommen. Sie ziehen es vor, in einem sicheren Angestelltenverhältnis in einer Klinik oder bei einem niedergelassenen Kollegen zu arbeiten, als sich dem Risiko einer Selbstständigkeit mit hoher Verschuldung und unregelmäßigen Arbeitszeiten

auszusetzen. Viele junge Ärzte zieht es wegen der besseren Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten ins Ausland. Beliebte Auswanderungsländer sind die Schweiz, Österreich und die USA.

Eigene Praxis ist zu großes Risiko

Die Folge ist ein eklatanter Mangel an Kinderärzten bundesweit. Am schlimmsten betroffen sind Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Verschärft wird das Problem noch durch die Überalterung im Arztberuf. Allein in Schleswig-Holstein wird in den kommenden Jahren ein Drittel aller Kinderärzte in Rente gehen. Das Land setzt daher auf eine duale Ausbildung, bei der angehende Kinderärzte einen Teil ihrer Facharztausbildung in der Klinik und den anderen bei einem niedergelassenen Kollegen absolvieren.

Nach Ansicht einiger Experten liegt der Fehler im System, da die Bedarfsberechnungen häufig an der Realität vorbei gehen.

Von der Politik fühlen Patienten und Ärzte sich gleichermaßen im Stich gelassen, wenn, wie in Hessen, auf eine unklare Kompetenzverteilung für die Lösung des Problems verwiesen wird. Für die ambulante ärztliche Bedarfsplanung sei das Gesundheitsministerium nicht zuständig. Die sei Aufgabe der Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen, hieß es dort lapidar.

EUROPÄISCHE UNION

Keine Lobby mehr für verfolgte Christen in Brüssel

Amt des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit nach nur drei Jahren wieder abgeschafft

In Zukunft wird es keinen Sonderbeauftragten der Europäischen Union für die weltweite Glaubens- und Religionsfreiheit mehr geben, denn die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Amtszeit des slowakischen Christdemokrat Jan Figel nicht verlängert. Kritik an der Arbeit Figels übte die Kommission nicht.

Noch im Oktober hatte es geheißsen, das Interesse an einer Fortsetzung der Arbeit von Figel sei groß. Damals war von Vertretern aus Politik, Kirche und Hilfsorganisationen große Unterstützung für das Amt signalisiert worden. Lediglich aus der Fraktion der Allianz der Liberalen und

Demokraten für Europa (ALDE) mit der stellvertretenden Vorsitzenden Sophie in 't Veld, einer Vertreterin von LGBT-Interessen, schlug Figel 2019 in einem offenen Brief harsche Kritik entgegen. Die Niederländerin warf Figel zwei Auftritte bei Veranstaltungen von „religiös-extremistischen Organisationen am Rande des Christentums“ vor. Allerdings war Figel ein Jahr zuvor auch als Redner bei dem Freidenker-Kongress aufgetreten, der von in 't Veld organisiert worden war und auf dem er Freiheit auch für Nichtglaubende und Atheisten gefordert hatte.

Sowohl der griechische Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für

die Förderung des europäischen Lebensstils, Margaritis Schinas, als auch der irische EU-Sonderbeauftragte für Menschenrechte und Demokratie, Eamon Gilmore, seien ab sofort in der Kommission mit dem Thema Religionsfreiheit befasst, sagte der Sprecher der EU-Kommission.

Kaum Kritik an Figels Amtsführung

Begonnen hatte alles mit einer Entschließung des EU-Parlaments zum Thema „Massenmord an religiösen Minderheiten im Nahen Osten durch die Terrormiliz ‚Islamischer Staat‘ 2014“. Die Abgeordneten forderten daraufhin einen Sonderbeauftragten der EU, der sich für die Religions-

freiheit außerhalb der Europäischen Union einsetzen sollte. Als Figel 2016 erster EU-Sonderbeauftragter für die Religionsfreiheit wurde, waren viele christlich orientierte Kreise in Europa voller Euphorie. Der damalige EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker nutzte die große Bühne der Karlspreisverleihung an Papst Franziskus in Rom, um die Ernennung Figels bekannt zu machen.

Figel, ein praktizierender und bekennender Katholik, war zuvor Mitglied der EU-Kommission sowie Mitglied der slowakischen Regierung und Wegbereiter der EU-Mitgliedschaft der Slowakei gewesen. Bodo Bost

„ANTIDISKRIMINIERUNG“

Gesetz gefährdet Berlins Sicherheit

Beweislastumkehr gegen Polizeibeamte zeigte Wirkung: Andere Bundesländer drohten mit „Boycott“

VON BODO BOST

Immer mehr Bundesländer drohen wegen des umstrittenen Antidiskriminierungsgesetzes, keine Polizisten mehr zur Unterstützung nach Berlin zu schicken. Bei Fußballspielen, Demonstrationen oder Großveranstaltungen helfen die Länder bisher einander mit Polizisten aus, dies ist eine alte Tradition. Das könnte sich infolge des umstrittenen Antidiskriminierungsgesetzes, das der rot-rot-grüne Berliner Senat beschlossen hat (die PAZ berichtete), ändern. Denn das umstrittene Regelwerk stellt die Solidaritätsfunktion unter den Landespolizeibehörden auf eine ernste Probe.

Das neue Gesetz enthält eine „Vermutungsregelung“, nach der eine Behörde bei entsprechenden Vorwürfen selbst beweisen muss, dass sie nicht diskriminiert hat. Wegen eines Anfangsverdachts, ja selbst aufgrund völlig haltloser Verdächtigungen gegen die Polizei könnten in Zukunft bei Polizeieinsätzen riesige Klagen auf die beteiligten Polizeibeamten zukommen. Die Unschuldsvermutung, die eigentlich für alle gilt, wird dadurch für Polizeibeamte ausgehebelt.

Als Erster drohte das CSU-regierte Bayern mit einem Entzug der Polizeisolidarität bei Einsätzen in der Bundeshauptstadt. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann betonte: „Wir brauchen die gegenseitige Unterstützung, aber es darf nicht sein, dass dadurch neue Haftungsrisiken für die Beamten entstehen.“ Es sei völlig überzogen, den gesamten öffentlichen Dienst „pauschal zu verdächtigen“. Ohne juristische Klarstellung werde er die Amtshilfe für die Hauptstadt einstellen, kündigte Herrmann an.

Seehofer: Erst hart, dann wankend

Auch Mecklenburg-Vorpommern wird wegen des Antidiskriminierungsgesetzes nach Angaben von Innenminister Lorenz Caffier (CDU) bis auf Weiteres keine Polizisten zu Hilfeinsätzen mehr nach Berlin entsenden, zumal vor Kurzem noch SPD-Chefin Saskia Esken der deutschen Polizei pauschal Rassismus vorgeworfen hatte. Vor allem die nun in Berlin geltende Beweislastumkehr bei Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Bürgern hat



„Wir brauchen die gegenseitige Unterstützung“: Niedersächsische Polizeibeamte beim Einsatz in Berlin

Foto: F1 online

Caffier zu diesem Schluss veranlasst. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) spielte vorübergehend mit dem Gedanken, auch den Einsatz der Bundespolizei in Berlin zu stoppen. Seehofer sagte, dass die Gewalt und Beschimpfungen gegen Polizisten zunehmen. Gesetze, die einen Polizeibeamten verpflichteten zu beweisen, dass er nicht diskriminierend tätig geworden sei, seien nicht hinzunehmen, machte Seehofer zunächst klar.

Später geriet der Minister, wie so oft, wieder ins Wanken und wird nun wohl doch die Bundespolizei weiterhin für Hilfsleistungen zu Einsätzen an die Spree entsenden. Grundlage ist eine Zusage, dass das neue Gesetz nur für Berliner Landespolizisten zum Einsatz käme.

Dessen ungeachtet könnte Berlin in Zukunft bei Großveranstaltungen und Großeinsätzen, etwa gegen die wachsenden Clans, ziemlich alleine dastehen. Gerade Berlin als Bundeshauptstadt ist ein

Brennpunkt für Großeinsätze der Ordnungshüter. Man denke nur an die jährlich rund um den 1. Mai einsetzenden linksextremen Krawalle, die die Berliner Polizei schon lange nicht mehr allein in den Griff bekommt.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOG) hatte im Vorfeld der Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern gefordert, dass alle Bundesländer der Hauptstadt die Amtshilfe versagen, sollte es in Berlin bei der Regelung bleiben. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPOG, nannte Herrmanns Ankündigung, ohne juristische Klarstellung keine Polizisten mehr zur Unterstützung in die Hauptstadt zu schicken, „genau richtig“. Wendt sagte, die Minister dürften „die Beamten, für die sie eine Fürsorgepflicht haben, nicht ins rot-rot-grüne Messer laufen lassen“. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek, sprach von einem pau-

schalen Misstrauen gegenüber Polizisten, das aus diesem Gesetz spreche.

Als das Antidiskriminierungsgesetz im März das Abgeordnetenhaus passierte, lobte Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) das Regelwerk als „Meilenstein“. Ein Meilenstein war es vielleicht für die linksgrüne Wählerschaft, aber nicht für die Sicherheit der Bürger in der Hauptstadt, die immer mehr unter der aus der Immigration entstandenen Clankriminalität leiden oder linksextreme Krawalle über sich ergehen lassen müssen.

Allerdings sperrt sich der Senat bislang dagegen, das Gesetz zurückzunehmen. Vielmehr zeichnet sich eine Reihe fauler Kompromisse ab, nach denen die Berliner Polizisten allein im Regen stehen bleiben, derweil auswärtige Beamten eine Sonderregelung erhalten, die sie bei Einsätzen in Berlin vor Schikanen durch das umstrittene Landesgesetz schützt.

KRISE

Tausend Betroffene allein in Berlin

Karstadt-Drama: Mitarbeiter fliegen raus – Immobilien wurden gewinnbringend neu vermietet

62 von 172 Karstadt-Warenhäuser sollen dichtgemacht werden. Von den 30 Karstadt-Sporthäusern sollen sogar nur zehn bleiben. In Berlin werden sechs von elf Standorten für immer geschlossen. Potsdam verliert sogar sein einziges Karstadt-Kaufhaus. In Berlin werden 1000 von 2100 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz los.

Soweit die Pläne der Konzernführung, doch sofort aufgeben will Erika Ritter von der Gewerkschaft Ver.di nicht: „Wir kämpfen mit den Beschäftigten für den Erhalt der Kaufhausstandorte.“ Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) und Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne) wollen von den Vermietern Zugeständnisse aushandeln. Bei Ver.di heißt es: „Die Hoffnung stirbt zuletzt ... Wir machen Druck.“

Aber womit will die Gewerkschaft Druck machen? Auch Hamburg verliert vier seiner sieben Karstadt-Filialen. Hannover kommt vergleichsweise gut weg;

von drei Filialen schließt „nur“ eine. Nürnberg trifft es besonders krass: beide Kaufhäuser in der fränkischen Metropole stehen auf der Streichliste. München ist mit drei Filialen dabei.

Autofeindlichkeit verdrängt Kunden

Die Gründe für die Notlage des letzten deutschen Kaufhausriesen sind vielschichtig. Der Internethandel nimmt den Warenhäusern immer mehr Kaufkraft weg. Der „Krieg“ gegen die Autofahrer lockt eine große Zahl an Kunden in die Einkaufszentren am Stadtrand und auf der grünen Wiese. Dort werden Autofahrer noch umworben, und kein Ordnungsamt ist auf der Jagd nach Falschparkern. Berlins rot-rot-grüner Senat behauptet, Fußgängerzonen und Verkehrsberuhigung würden dem Einzelhandel nützlich sein. Aber gerade das Karstadt-Haus in der Wilmersdorfer Straße – die vor Jahrzehnten zur Fußgängerzone wurde – steht

nun auf der Todesliste. Die dort vorbeiführende Kantstraße, eine Hauptverkehrsstraße im Zentrum der Hauptstadt, erhält gerade einen „Pop Up“-Radweg, der die Verkehrsfläche für den Pkw-Verkehr weiter zugunsten von Fahrrädern einengt. Die Autos stehen im Stau. Parkplätze? Fehlanzeige. Wer will dort aussteigen, um einzukaufen?

Versuche aussichtslos

Karstadt hatte schon zuvor mit Problemen zu kämpfen, aber die Corona-Maßnahmen haben dem Warenhauskonzern noch einmal kräftig zugesetzt. Unterschriften zu sammeln und zu demonstrieren hilft da wenig. Viele Verkäufer, die meisten sind Frauen, haben bereits die 50 überschritten und werden auf dem Arbeitsmarkt schwer etwa Neues finden.

Während die Mitarbeiter von Sorgen geplagt sind, sieht dies bei den Vermietern anders aus. Dirk Wichner leitet die Einzel-

handelssparte des Immobiliendienstleisters John Lang LaSalle (JLL): „Leerstand erwarte ich nicht“, gerade in Berlin stünden die Chancen, dass die Flächen wieder genutzt werden, „durch die Bank“ gut: „Es gibt ganz sicher Eigentümer, die längst ohne Karstadt planen.“ Müllers und Pops Versuche, den Mietpreis zu drücken, sieht der Immobilienmanager als aussichtslos an: „Ich glaube nicht, dass jemand einen Nachlass gewährt, um in ein, zwei Jahren vor dem gleichen Problem zu stehen.“

Kritiker empfehlen daher, dass der Berliner Senat sich besser darüber Gedanken machen solle, wie finanzkräftige Kundschaft in die Innenstadt gelockt werden könne. Wichner glaubt, dass an den nun aufgegebenen Standorten Wohnungen, Büros oder Hotelzimmer entstehen. Karstadt erklärte, dass die Filialschließungen unvermeidlich seien, um wenigstens den Rest des Konzerns überlebensfähig zu halten. Frank Bücker

● KOLUMNE

Zeitenwende im Fußball

VON THEO MAASS

Die Bundesligasaison ist zu Ende. Erstmals wird es auch in der kommenden Saison zwei Berliner Vereine in der „Königsklasse“ geben. Zudem hat sich mit dem Klassenerhalt des 1. FC Union nach RB Leipzig nach langer Zeit ein zweiter Verein aus der ehemaligen DDR in der 1. Bundesliga festgesetzt. Es ist auch lange her, dass zwei Berliner Bundesligisten aufeinandertrafen.

1974/75 und noch einmal 1976/77 hieß das Duell Hertha BSC gegen Tennis Borussia (TeBe), und jedesmal musste der „Underdog“ TeBe absteigen, auch wenn er eines der Lokalderbys für sich entscheiden konnte. Aber Union ist gekommen um zu bleiben. Langfristig könnte dagegen die wohlhabende Skandalnudel Hertha dauerhaft Probleme bekommen. Investor Lars Windhorst will einen dreistelligen Millionenbetrag in die Hand nehmen, um Hertha ganz nach vorn zu bringen. Davon können die Unioner nur träumen.

Aber noch etwas anderes lehrt die abgelaufene Saison. Im „Osten“ werden sich dauerhaft nur Vereine aus Städten mit gewichtiger wirtschaftlicher Substanz halten. Das sind neben (Ost-)Berlin eben nur Leipzig und natürlich noch Dresden. Die Ex-Bundesligisten Rostock und Cottbus dürften dauerhaft in der 2. Liga bleiben. Ohne nachhaltige Unterstützung von wohlhabenden und großzügigen Sponsoren ist erstklassiger Fußball kaum möglich – ganz gleich ob in Deutschland, Spanien, Italien oder Großbritannien. Fanatische „Ultras“, die RB Leipzig anfeinden, weil die Getränkemarkte Red Bull hinter dem Verein steht, haben die Entwicklung der vergangenen 20 bis 30 Jahren irgendwie verschlafen. Die Fans im Stadion sind natürlich auch wichtig, entscheidend sind aber die Fernsehgelder und die Zuwendungen der Sponsoren.

● MELDUNG

Slowik: „Neues LADG ist überflüssig“

Berlin – Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik hat deutlich Kritik am neuen Landes-Antidiskriminierungsgesetz (LADG) geäußert, das Berlin als erstes Bundesland beschlossen hat (siehe Beitrag auf dieser Seite). Die Polizeichefin sagte: „Ich denke, wir hätten das Gesetz nicht gebraucht.“ Laut Slowik würden viele Polizisten das neue Regelwerk als „Misstrauensvotum“ empfinden. Zudem äußerte sie die Befürchtung, das Gesetz mache die Polizeiarbeit aufwendiger und führe in alltäglichen Kontrollsituationen zu mehr Diskussionen. „Wir werden künftig jeden Einsatz noch genauer dokumentieren müssen“, so die Behördenchefin. Berlins Polizeipräsidentin erwartet zudem, dass mit dem neuen Antidiskriminierungsgesetz Ermittlungen der Polizei im Clan-Milieu schwieriger werden. Slowik wörtlich: „Clan-Mitglieder werden das Gesetz testen und reflexhaft den Vorwurf der Diskriminierung erheben.“ N.H.

● MELDUNGEN

Wasser wird in USA Luxusgut

Washington – In den USA hat die Corona-Pandemie die Problematik der mangelhaften Versorgung großer Teile der Bevölkerung mit sauberem und erschwinglichem Trinkwasser wieder in die Schlagzeilen gebracht. Millionen Menschen mit geringem Einkommen haben keine Möglichkeit, sich aus hygienischen Gründen regelmäßig die Hände zu waschen. Seit 2010 sind die Wasserpreise um 80 Prozent gestiegen. Wenn sich der Trend fortsetzt, wird laut einer Studie ein Drittel der Amerikaner in fünf Jahren nicht mehr in der Lage sein, ihre Wasserrechnungen zu bezahlen. Kommunen erhalten für die Überholung ihrer durch jahrzehntelange Vernachlässigung maroden Wasserinfrastruktur keine staatlichen Zuschüsse. Dies könnte sich demnächst ändern, falls der Kongress ein Gesetz verabschiedet, das landesweit Investitionen von jährlich 35 Billionen Dollar in die Anlagen der Trink- und Abwassersysteme vorsieht. *D.J.*

Kein Sturz von Denkmälern

Kopenhagen – Die dänische Kulturministerin Joy Mogensen machte in Kopenhagen klar, dass Denkmäler in Dänemark nicht zur Disposition stehen. Den Forderungen der „Black Lives Matters“-Aktivisten erteilte die sozialdemokratische Politikerin eine unmissverständliche Absage: „Im dänischen Kontext gesehen möchte ich ganz klar sagen, dass ich nicht denke, dass wir damit beginnen werden, Statuen im öffentlichen Raum zu entfernen. Zurückblickend bis Harald, der Dänemark und Norwegen einnahm und die Dänen zu Christen machte, muss man sagen, dass er das sicherlich nicht nur mit netten, überzeugenden Worten getan hat.“ Damit stellt sich die linke dänische Minderheitsregierung gegen die gerade heranrollende Welle von Denkmalschändungen wie in Großbritannien. Die bürgerlichen Parteien „Venstre“ und „Volkspartei“ dürften in dieser Frage die Regierung unterstützen. Dänemark besaß bis 1917 auf den Antillen einige Inseln, auf denen auch schwarze Sklaven gehalten wurden. *F.B.*

1380 Euro für jeden Dänen

Kopenhagen – Dänemarks sozialdemokratischer Finanzminister Nicolai Wammen hat Bargeldzahlungen in Höhe von insgesamt 60 Milliarden Kronen (rund acht Milliarden Euro) an die Bürger seines Landes angekündigt. Umgerechnet auf die etwa 5,8 Millionen Menschen, die in Dänemark leben, entspricht dies rund 1.380 Euro für jeden Bürger. Die Regierung erhofft sich von den Geldzahlungen eine Ankurbelung der Konjunktur. Die Mittel für den Plan stammen aus einem Topf mit eingefrorenem Urlaubsgeld, das für eine zusätzliche Ruhestandszahlung vorgesehen war. Die Gelder sollen Wammen zufolge noch vor Oktober ausgezahlt werden. Zudem will die Regierung in Kopenhagen laut einem Zeitungsbericht auch die unter der Corona-Krise leidenden dänischen Großunternehmen mit zehn Milliarden Kronen (rund 1,34 Milliarden Euro) unterstützen. *N.H.*

MITTELMEERRAUM

Ankaras Griff nach Libyen

Kaum ein Land engagiert sich im Bürgerkrieg derart offensiv wie Erdoğan's Türkei

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit dem vom Westen herbeigeführten Sturz des libyschen Dauerherrschafters Muammar al-Gaddafi im August 2011 herrscht in dem nordafrikanischen Land Bürgerkrieg. In diesem stehen sich derzeit vor allem zwei Konfliktparteien gegenüber: die von den Vereinten Nationen anerkannte Regierung der Nationalen Übergangsregierung (GNA) unter Fayiz as-Sarradsch in Tripolis und die Gegenregierung des „Abgeordnetenrates“ in Tobruk unter General Chalifa Haftar, die den Osten und Süden Libyens und damit auch die meisten Erdölfelder kontrolliert.

Mittlerweile ist das Ganze zum Stellvertreterkrieg ausländischer Mächte mutiert. Hinter Haftar stehen Russland, Frankreich, Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, während as-Sarradsch die Unterstützung Italiens, des Sudan, der Ukraine sowie schließlich der Türkei hat, die definitiv die Hauptrolle im Ringen um die Vorherrschaft in Libyen spielt. Im April 2019 startete Haftars Libysch-Nationale

Armee (LNA) diverse Großoffensiven gegen die Truppen der GNA, und für einige Monate sah alles nach einem Sieg des Warlords aus.

Dann jedoch vereinbarten der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan und as-Sarradsch im November 2019, auf militärischem Gebiet zu kooperieren – dem vorausgegangen war die Anerkennung der Ansprüche Ankaras auf eine riesige Einfluss- und Wirtschaftszone im östlichen Mittelmeer durch die GNA. Daraufhin schickte die Türkei Anfang dieses Jahres Soldaten sowie moderne Waffensysteme wie Kampf- und Aufklärungsdrohnen vom Typ Bayraktar TB2 nach Libyen und verpflichtete darüber hinaus 4000 syrische Söldner für den Kampf gegen Haftar.

Dadurch wendete sich das Blatt ab April 2020 deutlich: Die GNA-Truppen sprengten den Belagerungsring um Tripolis und eroberten Tarhuna, Sabrata und Surman sowie die Luftwaffenbasis al-Watiya – de facto verlor die LNA alle in den vorausgegangenen Monaten besetzten Gebiete. Haftar muss nun sogar befürchten, dass seine Gegner ihm auch die stra-

tegisch besonders wichtige Stadt Sirte entreißen. Dieses verstärkte türkische Engagement in Libyen resultiert indes nicht nur aus der Willfährigkeit der GNA, was die Unterstützung der Großmachtambitionen Ankaras im Mittelmeer betrifft.

Erdöllager und Migrantentrassen

Genauso wichtig ist es Erdoğan, seinen Einfluss auf dem nordafrikanischen Festland auszubauen, um die dortigen Migrantentrassen in Richtung Europa kontrollieren zu können. Denn das bietet ihm noch mehr Erpressungspotenzial gegenüber der EU, dessen Bedeutsamkeit in dem Maße wächst, in dem die Türkei wirtschaftlich ins Trudeln gerät und dadurch unter Devisenmangel leidet. Ansonsten gilt es gleichermaßen zu berücksichtigen, dass Libyen mehr Erdölvorkommen besitzt als jedes andere Land Afrikas.

Deshalb riskiert Ankara jetzt sogar die Konfrontation mit dem NATO-Partner Frankreich. Nachdem der Élysée-Palast der Türkei ein „gefährliches Spiel“ in Libyen vorgeworfen hatte, sprach der Sprecher von Erdoğan's Außenministerium,

Hami Aksoy, Präsident Emmanuel Macron „gesunden Menschenverstand“ ab. Kurz darauf richteten drei türkische Kriegsschiffe demonstrativ ihr Feuerleitradar auf eine französische Fregatte, die das von der UN verhängte und für Ankara höchst hinderliche Waffenembargo gegen die libyschen Bürgerkriegsparteien durchsetzen soll.

Während Europa, die USA und selbst Russland angesichts der Corona-Krise mehr oder weniger gelähmt zusehen, wie die Türkei immer stärker auftrumpft und zum wichtigsten Machtfaktor in Libyen avanciert, hat das benachbarte Ägypten nun offenbar beschlossen, den Fehdehandschuh aufzunehmen. „Seid bereit für jede Mission innerhalb und außerhalb der Grenzen“, sagte der ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi vor einigen Tagen beim Besuch einer Luftwaffenbasis weit westlich des Nils.

Das war die Reaktion auf die Ablehnung seines Friedensplans für Libyen von Anfang Juni, der auch den Abzug aller ausländischen Kämpfer, also auch der syrischen Söldner Ankaras und der türkischen Militärangehörigen, vorsah.



Gut getarnt in Tripolis: Am Flughafen empfing im Juni der international anerkannte libysche Außenminister Siala (M.) seinen türkischen Amtskollegen Çavuşoğlu (vorne)

WAHLKAMPF IN WEISSRUSSLAND

Lukaschenko setzt auf Konfrontation

Der Bruderzwist mit Moskau erfährt eine Neuauflage – Herausforderer landen im Gefängnis

Dem weißrussischen Langzeit-Präsidenten Alexander Lukaschenko stehen schwere Zeiten bevor. Am 9. August finden in Weißrussland Präsidentschaftswahlen statt und der „letzte Diktator Europas“ kämpft um seine sechste Amtszeit.

Zeitgleich lässt er sich auf einen Zwist mit dem „großen Bruder“ Moskau ein. Schon seit Längerem liegen Pläne zur von Russland forcierten „stärkeren Integration“ beider Länder auf Eis. Offenbar befürchtet Lukaschenko einen Majdan in Minsk. Seit Beginn der Ukraine-Krise hält er sich die Option einer Westanbindung offen. Westliche NGO bereiten Weißrussland auf einen von Lukaschenko versprochenen Demokratisierungsprozess vor, was im Kreml mit Argwohn beobachtet wird. Aus der Sicht Moskaus verfolgen die

NGO nur ein Ziel: die Beeinflussung der weißrussischen Gesellschaft und die Abnabelung des Landes von Russland.

Der permanente Streit um Öl- und Gaspreise dient Moskau nicht zuletzt als Druckmittel gegen Lukaschenko, der es an der erwarteten Loyalität gegenüber dem Nachbarn vermissen ließ. Verträge über verbilligtes Öl ließ Russland auslaufen, nun gibt es Streit um den Gaspreis. Der russische Staatskonzern Gazprom spricht von 165 Millionen US-Dollar, die Minsk schuldig geblieben sei. Lukaschenko sieht sich angesichts des drastisch gestiegenen Gaspreises auf dem Weltmarkt nicht an den vertraglich ausgehandelten Preis von 125 Dollar pro 1000 Kubikmeter gebunden, wenn der Westen für die gleiche Menge derzeit nur 80 Dollar zahlt.

Erstmals in seiner 26-jährigen Regierungszeit gibt es ernstzunehmende Herausforderer. Einer von ihnen, Viktor Babariko, hat sogar große Unterstützung. 25 Jahre lang war er Chef der Belgazprombank, einer weißrussischen Tochter von Gazprom, die zu je 49,8 Prozent Gazprom und der Gazprombank gehört. Babariko gilt als ernsthaftester Herausforderer des ewigen Lukaschenko. Er schaffte es, weit über 100.000 Unterschriften für seine Bewerbung zu sammeln.

Lukaschenko macht derzeit Wahlkampf mit antirussischen Losungen. Gegen Babariko wütete er zunächst mit Beleidigungen und Anschuldigungen, eine Marionette Moskaus zu sein. Russland unterstellte er, eine Annexion Weißrusslands zu planen. Dann schlug Lukaschen-

ko zu: Gegen 15 Manager der Belgazprombank laufen Prozesse, wegen illegaler Geschäftspraktiken ließ er Babariko verhaften und in einer KGB-Haftanstalt verschwinden. Die Bank wurde der weißrussischen Zentralbank in Minsk unterstellt. Im Mai war der Blogger Sergej Tichanowski wegen der Beteiligung verhaftet worden, der Oppositionspolitiker Mikola Statkewitsch wurde von der Wahl ausgeschlossen.

Proteste gegen die Verhaftung Babarikos gab es in zahlreichen Städten neben Minsk. Der zur Gewohnheit gewordene Familienkrach mit Russland könnte diesmal gefährlich werden, denn wie das Beispiel Ukraine zeigt, bergen derartige geschürte Konflikte die Möglichkeit einer Spaltung. *Manuela Rosenthal-Kappi*

VON NORMAN HANERT

Die dänische EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager will verhindern, dass Konzerne, die schon vor der Corona-Krise marode waren, zukünftig mit Staatsgeldern gerettet werden. Ob Brüssel diesem Anspruch gerecht wird, wird sich bei einem bekannten italienischen Unternehmen zeigen.

Italiens Fluggesellschaft Alitalia hat letztmalig im Jahr 2002 schwarze Zahlen geschrieben. Seit die Fluggesellschaft im Mai 2017 sogar Insolvenz anmelden musste, kann sie sich nur noch mit Hilfe staatlicher Kredite in der Luft halten. Mittlerweise summieren sich diese „Brückenkredite“ auf 1,5 Milliarden Euro. Der Branchenexperte Andrea Giuricin geht davon aus, dass die Fluglinie den italienischen Staat in den vergangenen zwölf Jahren sogar insgesamt 13 Milliarden Euro gekostet hat.

Bemerkenswert ist nicht nur das anscheinend endlose Verständnis der Regierung in Rom mit dem permanenten Sanierungsfall. Auch die Kommission der Europäischen Union hat bislang viel Geduld gezeigt. Erst im März kündigte sie eine Prüfung an. Sollte Alitalia die Kredite nicht zurückzahlen, müsste Brüssel diese eigentlich als unerlaubte Subventionen werten. Mittlerweile zeichnet sich ab, dass der italienische Staat tatsächlich sein Geld nicht wiedersieht.

Lufthansa wird benachteiligt

Ein Plan, den Ministerpräsident Giuseppe Conte vorgestellt hat, sieht vor, die Fluggesellschaft als schuldenfreie Neugründung an den Start gehen zu lassen. Dazu soll der italienische Staat die alten Verbindlichkeiten übernehmen und der neuen Alitalia obendrein noch drei Milliarden Euro an Startkapital zustecken.

„Das soll eine große Investition für ganz Italien sein“, so die Ministerin für Infrastruktur und Verkehr, Paola De Micheli. Die EU-Kommission hat diesen Plan zwar erst einmal gestoppt. Vom Tisch ist das Projekt damit aber noch lange nicht. Anfang Mai hatte die EU-Kommission eigentlich festgelegt, dass der Staat sich in der Corona-Krise nur an Firmen beteiligen darf, die Ende 2019 wirtschaftlich gesund waren. Die Regelung soll verhindern, dass marode Firmen wie eben Alitalia mit Steuergeldern über Wasser gehalten werden.

Allerdings sagte Wettbewerbskommissarin Vestager unlängst, Alitalia sei „ein ganz besonderer Fall“. Die Dänin deutet die Möglichkeit an, dass Staaten für Schäden in der Pandemie-Krise an Unternehmen Kompensationen zahlen, „auch für Firmen, die zuvor schon in Schwierigkeiten waren“.



Italiener heben ab: Die Alitalia erhält dank Corona-Hilfen bessere wirtschaftliche Startbedingungen als die Lufthansa Foto: pa

STAATSHILFEN

Die Auferstehung scheinototer Unternehmen

Pleitefirmen wie die italienische Fluggesellschaft Alitalia sollen von Staatshilfen profitieren. Anders als im Fall Lufthansa will die EU das geschehen lassen

Im Kontrast dazu steht der Umgang der EU-Kommission mit der deutschen Lufthansa. Schon in der Vergangenheit musste das Unternehmen für die Übernahme von anderen Fluglinien auf Druck Brüssels Start- und Landerechte an Wettbewerber abgeben. Auch das Hilfspaket des deutschen Staates für die Lufthansa genehmigte Brüssel nur unter Auflagen.

Die milliardenschweren Rettungspakete Frankreichs und der Niederlande für Air France/KLM winkte Brüssel allerdings ohne Auflagen durch. Vor diesem Hintergrund ist aus Kreisen der Lufthansa inzwischen die Klage zu hören, Brüssel versuche, an der deutschen Fluglinie ein Exempel zu statuieren.

Vestager verteidigt ihr Vorgehen mit dem Argument, Deutschland könne es sich leisten, die Verluste der Lufthansa

aufzufangen, allerdings hätten nicht alle Regierungen so viel Geld, um ähnlich umfassende Hilfen zu gewähren. Schon im Mai hatte eine Sprecherin der EU-Kommission gewarnt, Deutschland hänge mit seinen massiven Staatsbeihilfen alle anderen EU-Staaten ab und verschaffe sich damit Vorteile beim Neustart nach der Corona-Krise.

Klarer Regelbruch

Diese in Brüssel gepflegte Sichtweise von der enormen Finanzkraft und der drohenden Dominanz der Deutschen hat gleich mehrere Schwachpunkte: Schon im März hat die EU-Kommission den Stabilitätspakt ausgesetzt. Damit haben auch Länder wie Italien ganz offiziell grünes Licht bekommen, bei der Schuldenaufnahme wieder in die Vollen zu gehen. Gleichzeitig sorgt die Europäische Zentralbank mit

ihren Anleihekäufen dafür, dass selbst der italienische Staat trotz Rekordverschuldung weiter Schulden anhäufen kann.

Der frühere EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark warf der EZB vor Kurzem neben anderen Regelbrüchen sogar ganz direkt vor, eine monetäre Staatsfinanzierung zu betreiben. Der derzeitige EZB-Chefvolkswirt, Philip Lane, räumte im Mai ein, dass die Zentralbanken des Eurosystems bei ihren Anleihekäufen im Rahmen des Pandemieprogramms PEPP vom EZB-Kapitalschlüssel abweichen.

Wie aus einer Mitteilung der EZB von Anfang Juni hervorgeht, waren es italienische Staatsanleihen, die von März bis Mai mit einem höheren Anteil angekauft wurden. Profiteure der verstärkten Anleihekäufe sind der Staat und die Unternehmen Italiens, für welche die Zinsbelastung sinken wird.

CORONA-BONDS

Im EU-Selbstbedienungsladen

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft vor schwierigen Aufgaben – Wie werden die Corona-Hilfen verteilt?

Nachdem am 19. Juni ein EU-Sondergipfel für einen Corona-Wiederaufbauplan ohne Ergebnis zu Ende gegangen ist, wird die Bundesregierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft gleich zwei große Probleme lösen müssen. Gleich auf dem ersten EU-Gipfel unter der deutschen Ratspräsidentschaft, der für den 17. und 18. Juli in Brüssel geplant ist, wird erneut der nächste siebenjährige EU-Finanzrahmen von 2021 bis 2027 auf der Tagesordnung stehen. Nach bisherigem Verhandlungsstand soll der Finanzrahmen auf insgesamt rund 1,1 Billionen Euro anwachsen.

Eng damit verknüpft sind die Verhandlungen über einen Hilfsplan, der besonders Länder wie Italien und Spanien unterstützen soll. Die EU-Kommission hat dazu ein schuldenfinanziertes „Wieder-

deraufbauprogramm“ im Umfang von 750 Milliarden Euro vorgeschlagen. Davon sollen 500 Milliarden Euro als Zuschüsse und 250 Milliarden als Kredite zur wirtschaftlichen Erholung an die EU-Staaten gehen. Da das Projekt nicht nur die Länder der Eurozone betrifft, sondern den EU-Haushalt, ist die Zustimmung aller 27 Mitgliedsstaaten notwendig.

Diskussion um Verteilung der Gelder

Mitspielen müssen nicht nur die Hauptempfängerländer Italien und Spanien, sondern auch die „sparsamen Vier“ – Dänemark, Schweden, die Niederlande und Österreich. Diese Länder wollen erreichen, dass ein möglichst großer Anteil der Gelder als Kredite und nicht als Zuschüsse ausbezahlt wird. Darüber hinaus müs-

sen die östlichen EU-Mitglieder zustimmen. Diese haben bislang stark von EU-Fonds profitiert. Nun fürchten sie, durch den Corona-Wiederaufbauplan künftig kürzertreten zu müssen. Allein schon diese Ausgangslage birgt die Gefahr, dass ein einstimmig gefasster Kompromiss mit viel Geld erkauf werden muss.

Ein von der EU-Kommission erarbeiteter Verteilungsschlüssel sieht vor, dass frühere Ostblockstaaten wie Polen, Ungarn und Rumänien im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftsgröße sogar stärker von dem Corona-Bonds profitieren sollen als Italien, Frankreich und Spanien. Bei der Diskussion um die Verteilung der Gelder ist inzwischen eine Frage weitgehend in den Hintergrund gerückt, die vor einigen Monaten noch heftig umstritten war.

Italiens Europa-Minister Enzo Amendolan (PD) wies bereits Ende Mai darauf hin, dass inzwischen kein EU-Land mehr die Aufnahme von Schulden generell in Frage stelle. Tatsächlich ist vorgesehen, dass im Namen der Europäischen Union Anleihen am Kapitalmarkt aufgenommen und gemeinsam bis 2058 über den EU-Haushalt abbezahlt werden. Trotz dieser gewagten Konstruktion sollen die EU-Staaten für die Schulden garantieren.

Relativ vage sind die Angaben, was mit der Geldflut konkret passieren soll. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach davon, die Krisenhilfen müssten dazu beitragen, dass die Europäische Union „klimaneutral, digital und sozial“ werde. N.H.

MELDUNGEN

Gazprom entfernt Rohre

Kiew – Wegen des Donbasskonflikts konnte seit Jahren kein neuer Gaslieferungsvertrag zwischen Russland und der Ukraine abgeschlossen werden. Gazprom hat nun damit begonnen, Rohre an der russisch-ukrainischen Grenze zu demontieren. Gazprom wolle damit selbst künftige Gaslieferungen in die Ukraine unmöglich machen, sagte der Chef des ukrainischen Gasleitungsnetzes, Sergej Makogon. In der Ukraine wächst die Sorge, durch das kurz vor der Fertigstellung stehende Pipeline-Projekt North Stream 2, das Gaslieferungen über die Ostsee direkt nach Deutschland vorsieht, abgehängt zu werden. Zwar könnte Russland Gas für die Ukraine bis an deren Grenze liefern, doch bislang gibt es keine entsprechenden Verträge. Im Januar wurde lediglich ein Transitvertrag für Gaslieferungen nach Europa abgeschlossen. 65 Millionen Kubikmeter sollen es in diesem Jahr sein, in den kommenden vier Jahren beträgt das Liefervolumen jeweils 40 Millionen Kubikmeter Gas. MRK

Polen als EU-Nutznießer

Brüssel – Polen als bislang größter Netto-Nutznießer von EU-Fonds hat gute Aussichten, auch bei den von der EU-Kommission geplanten Corona-Bonds einer der größten Profiteure zu sein. Der Plan von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht einen „Aufbaufonds“ vor, der insgesamt mit 750 Milliarden Euro ausgestattet werden soll. Dabei wären Italien mit 172 Milliarden Euro und Spanien mit 141 Milliarden die größten Profiteure. Knapp 64 Milliarden Euro sollen laut dem Konzept der EU-Kommission nach Polen fließen, das damit der drittstärkste Nutznießer der Corona-Hilfen wäre. Auch für Staaten wie Ungarn und Rumänien sind erhebliche Mittel aus dem Fonds vorgesehen, obwohl diese Länder vergleichsweise gut durch die Corona-Pandemie gekommen sind. Zur Mittelverteilung hatte Vize-Ministerpräsidentin Jadwiga Emilewicz gegenüber einer polnischen Zeitung bereits im Mai gesagt, das Ausmaß, in dem die Pandemie ein Land getroffen hat, dürfe nicht das einzige Kriterium für die Vergabe der Corona-Hilfen sein. N.H.

LOT steht vor einem Neustart

Warschau – Polens Regierung schließt eine Insolvenz der durch die Corona-Krise geschwächten staatlichen Fluggesellschaft LOT nicht aus. Der für Staatsbeteiligungen zuständige Minister Jacek Sasin sagte, der polnische Staat wolle zunächst die Gehälter kürzen und die Leasingverträge für die Flugzeugflotte neu verhandeln, um die Wirtschaftslage des Unternehmens zu verbessern. Eine Insolvenz nannte der Minister als „letzten Ausweg“. Inzwischen wurde auch bekannt, dass für ein Unternehmen namens „LOT Polish Airlines“ bereits ein Luftverkehrsbetreiberzeugnis beantragt wurde. In der polnischen Presse nährte dies Spekulationen, die Regierung könnte einen kontrollierten Bankrott der angeschlagenen Fluglinie und die Gründung einer „LOT 2.0“, also einer gleichnamigen Nachfolger-Airline, planen. N.H.

KOMMENTARE

Entsorgen – aber richtig

ERIK LOMMATZSCH

Wenige Tage, bevor den Randalierern die Stuttgarter Innenstadt überlassen wurde, veröffentlichte „taz“-Kolumnist_in Hengameh Yaghoobifarah eine Art primitive Phantasie: Was machen Polizisten, wenn die Polizei abgeschafft wird? Der „Anteil an autoritären Persönlichkeiten und solchen mit Faschismindset“ sei dort „überdurchschnittlich hoch“. Daher kämen Berufe mit „Machtpositionen gegenüber anderen Menschen“ nicht infrage.

„Streng genommen möchte man sie nicht einmal in die Nähe von Tieren lassen.“ Da Polizisten für Yaghoobifarah per se potenzielle Mörder sind, entfallen auch Post (zwischen die Sendungen „passt immer eine Briefbombe“) oder Gastronomie („Vergiftungsgefahr“). Völlig unbrauchbar, somit bleibe für Polizisten nur „die Mülldeponie“. Wo „sie wirklich nur von Abfall umgeben sind“, unter „ihresgleichen“.

Um ähnliche Hass-Tiraden zu finden, muss man selbst das NS-Pressear-

chiv länger durchsuchen. Zusätzliche Aufmerksamkeit erfuhr der „taz“-Artikel durch die Ankündigung von Innenminister Horst Seehofer, Anzeige zu erstatten. Was er in der ihm eigenen Konsequenz dann nicht tat.

Ein Aufschrei war durch die Medien gegangen. Ein offener Brief an die Kanzlerin – unterzeichnet von so maßgeblichen Stimmen wie Jan Böhmermann, Carola Rackete oder „Black Lives Matter Berlin“ – beklagte, die Anzeige würde ein „massiver Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit“ sein.

Das Plädoyer für die Meinungsfreiheit ist ein nobler Zug. Allerdings sind die mutigen Verteidiger nicht immer zur Stelle. Wo waren sie, als der MDR die Sendung des populären Kabarettisten Uwe Steimle absetzte? Oder als die Wahl von Kulturamtsleiter Jörg Bernig nicht akzeptiert wurde? Gibt es etwa doch „falsche“ Meinungen? Dafür „richtige“ Entsorgungsvorschläge? Anatolien für unfähige Politikerinnen scheint in Deutschland nicht akzeptabel, die Mülldeponie für Polizisten dagegen schon.



Gelb auf grau: „Rassismus“-Protest mit „Black Lives Matter“-Schriftzug auf einer Straße in Washington/DC.

Foto: pa

KOLUMNE

Moralkeule gegen Europäer

FLORIAN STUMFALL

Der Tod des US-Bürgers George Floyd hat eine internationale Empörung ausgelöst. Das ist umso erstaunlicher, als es die Pflicht zur Wahrheit gebietet zu sagen, dass derartige brutale Übergriffe, oft mit Todesfolge, vorwiegend gegen schwarze Bürger durch die Polizei in den USA allzu oft geschehen, zeitweise wöchentlich. Auch seit dem Tod Floyds ist es wieder dazu gekommen, ohne jedoch zu einer ähnlichen Reaktion zu führen.

Dieses Missverhältnis legt die Vermutung nahe, dass der Aufschrei weniger der Person George Floyd als vielmehr dem Zweck dient, dieses Beispiel zu einer weit aus größeren Abrechnung mit dem Staat, seinen Voraussetzungen, Regeln und Zielen zu halten. Das gilt für die USA ebenso wie für die Länder in Europa, in denen sich eine demonstrationsgeübte Masse gebildet, als ginge es ums eigene Leben.

Dass die Person Floyd dabei tatsächlich nur als Anlass dient, ist daran zu erkennen, dass die Debatte bereits beim Thema Sklaverei angeht, das in den westlichen Kulturen eigentlich längst der Vergangenheit angehört. Es wird aber mit einer derartigen Verve behandelt, als stünden auf den Marktplätzen Europas immer noch die Menschenhändler, um ihr widerliches Geschäft zu betreiben.

Die hochnotpeinliche Erwähnung der Sklaverei dient natürlich als Angriffswaffe ausschließlich gegen die westliche Wirklichkeit, auch wenn sie auf diese Weise ins Leere zielt. Dennoch soll der Eindruck erweckt werden, die Sklaverei wäre eine europäische Erscheinung und ebenso ausschließlich seien Schwarzafrikaner die Opfer. Dabei gab es die Sklaverei in Afrika schon lange, bevor dort die Europäer auftauchten, und zwar bei den eingeborenen afrikanischen Völkern untereinander. Später, als der Handel mit Menschen nach Amerika von den Europäern aufgenommen wurde, beteiligten sich oftmals schwarze Machthaber daran, indem sie unliebsame Nachbarn und Konkurrenten an die Händler auslieferten.

Doch der neue Vorwurf der Sklaverei soll offenbar über Europa und die europäisch geprägten Länder in Übersee verhängt werden, um einen moralischen Druck auszuüben. Erlittenes Unrecht verleiht Macht – die Judenverfolgung der Nationalsozialisten verursacht heute noch eine Einschränkung der politischen

Handlungsfreiheit Deutschlands Israel gegenüber.

Zudem ist der Sklaverei-Vorwurf ehrlich. Sonst müssten auch die Araber darin einbezogen werden, die jahrhundertlang den Mittelmeerraum als Jagdgründe für weiße Sklaven betrachteten und die ihre Ausgriffe bis nach Island ausdehnten. Die Sklaverei ist in Saudi-Arabien und den Golf-Emiraten heute noch grausige Wirklichkeit. Vor allem aus dem Sudan werden die Menschen an den Golf verschleppt, und keine Institution, kein Menschenrechtler, keine Religionsgemeinschaft und

mit derselben Wirkung die vier Grundrechenarten ächten können.

Logik ist in diesem Zusammenhang aber allenfalls störend, jedenfalls unwichtig. Es geht nämlich ausschließlich darum, der europäischen Kultur oder dem, was bis heute davon geblieben ist, Schaden zuzufügen. Dieses Ziel aber wurde nicht nur von außen gesetzt, sondern ebenso von innen. So geraten alle ihre Bestandteile in Bedrängnis. Zu diesen gehören das Bekenntnis zur einzelnen Person als Träger von Recht und Wert und Würde, das daraus folgende Recht auf Freiheit, das, wie man hat sehen können, mit einem schlichten Hinweis auf ein Virus außer Kraft hat gesetzt werden können, ohne dass darüber ein Unmut laut geworden wäre.

Eine der wichtigsten Säulen der Ordnung dieses Kontinents wird durch die Gender-Theorie angegriffen. Wenn es keinen Unterschied zwischen Mann und Frau mehr geben darf, weichen die Grundfesten der Familie auf und mit ihnen diejenigen des Staates. Der frühere Verfassungsrichter Udo Di Fabio schreibt in seiner vorzüglichen analytischen Betrachtung „Die Kultur der Freiheit“: „Im Inneren der westlichen Gesellschaften ist längst zu besichtigen, daß die im Namen von individueller Freiheit und von Gleichheit geführte aggressive Kritik gegen Tradition, geschichtliches Selbstverständnis, überlieferte Kulturleistungen, auch gegen manche festen Einsichten der Alltagsvernunft und die in Institutionen gespeicherte Lebensweisheit massiv die Grundlagen für Freiheit und Gleichheit gefährdet.“

Im selben Sinne spricht der Historiker und Autor Douglas Murray, wenn er im Buch „Der Selbstmord Europas“ schreibt, Europa glaube kein Recht auf ein Weiterleben in der heutigen Form zu haben.

Doch was Murray hier „Europa“ nennt, das eine solche Meinung vertrete, so trifft das nur für einen Teil zu. Dieser besteht aus alter und neuer Linker, die grüne Bewegung eingeschlossen, Sektierern, Chaoten, Anarchisten und anderen, Hauptsache, sie sind Fanatiker. Sie alle gründen fest in der 68er-Bewegung. Der andere, so angegriffene Teil Europas, das heißt seiner Bewohner, ist still, weil nicht organisiert. Und das ist eine sträfliche Schwäche.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Polnische Konfliktlinien

RENÉ NEHRING

Nach der Präsidentenwahl am vergangenen Sonntag müssen die Polen in die Stichwahl. Keiner der Bewerber um das höchste Amt im Staate hatte im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit errungen. Klar in Führung lag mit rund 43 Prozent der Stimmen Amtsinhaber Andrzej Duda von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), gefolgt vom Warschauer Stadtpräsidenten Rafał Trzaskowski von der „Bürgerplattform“ (PO) mit rund 30 Prozent.

Zwar zeigten die Polen mit dem Ergebnis des drittplatzierten Bewerbers, des liberalen katholischen Publizisten Szymon Hołownia, der als unabhängiger Neuling ohne großen Parteiapparat fast 14 Prozent der Stimmen erhielt, dass sie noch immer für Überraschungen gut sind. Im Wesentlichen hat sich jedoch mit der Konstellation in der bevorstehenden Stichwahl am 12. Juli der alte Antagonismus zwischen PiS und PO, der die polnische Politik in den letzten Jahren geprägt hat, gefestigt.

Ähnlich den meisten anderen westlichen Ländern verlaufen somit auch in

der polnischen Gesellschaft die Konfliktlinien heute weniger entlang klassischer, an sozialen Problemen orientierter Links-Rechts-Gegensätze, sondern vielmehr entlang kultureller und identitärer Fragen quer durch das Bürgertum hindurch: auf der einen Seite das national-konservativ gesinnte Lager um PiS-Chef Jarosław Kaczyński und Andrzej Duda, das zur Mobilisierung der Wähler gern auf sozialen Populismus setzt; auf der anderen Seite das liberale proeuropäische Lager um den vormaligen Ministerpräsidenten und Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk, den ehemaligen Präsidenten Bronisław Komorowski und nun Rafał Trzaskowski.

Im konsensorientierten Deutschland wurde der polnische Kulturkampf in den vergangenen Jahren oft als existenzielle Bedrohung für die junge Demokratie in unserem Nachbarland gesehen. Andererseits ließe sich die Konstellation aber auch so deuten, dass die Polen über ein wandlungsfähiges politisches System verfügen – und dass sie immerhin eine echte Wahl zwischen alternativen Angeboten haben.

Mehr dazu nach der Stichwahl.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Eine nervenaufreibende Reise

Drama um ein berühmtes Gemälde – Wie die „Sixtinische Madonna“ des vor 500 Jahren gestorbenen italienischen Renaissancemalers Raffael nach Dresden kam

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahre 1512 gelang es Papst Julius II. alias Giuliano della Rovere, das in Norditalien eingefallene Heer König Ludwigs XII. von Frankreich in die Defensive zu drängen und die Stadt Piacenza südöstlich von Mailand seinem Kirchenstaat einzuverleiben.

Das war insofern von Bedeutung, als sich hier auch das Benediktiner-Kloster San Sisto befand, in dem die Reliquien von nicht weniger als 16 Heiligen lagerten, darunter Barbara von Nikomedien und Sixtus II. Der letztere, ein Märtyrerpapst, galt als spiritueller Vorvater von Papst Sixtus IV. beziehungsweise Francesco della Rovere, dem Onkel von Julius II. Dieser witterte daher eine gute Möglichkeit, das Prestige der Familie della Rovere zu heben, indem er der gerade fertiggestellten neuen Klosterkirche von San Sisto ein repräsentatives Madonnen-Bildnis für den Hochaltar stiftete.

Den Auftrag zu dessen Anfertigung erhielt kein Geringerer als Raffaello Santi, dessen 500. Todestag am 6. April mitten in die Lockdown-Phase fiel und deshalb nur recht bescheiden gewürdigt werden konnte (siehe PAZ vom 3. April). Die künstlerische Meisterschaft des Malers hatte Julius bereits 1508 dazu bewogen, ihn nach Rom zu holen. Der meist nur Raffael genannte und gerade erst 30 Jahre alte Maler stellte das Bild 1513 fertig. Es zeigte neben der Muttergottes auch noch Sixtus II. – freilich mit den Gesichtszügen von Julius II. – und die heilige Barbara sowie die eigentliche Attraktion des Bildes: zwei Engel am unteren Bildrand.

Das Gemälde hing dann fast zweieinhalb Jahrhunderte in San Sisto, bis im Jahre 1752 der Kunstagent und Philologieprofessor Giovanni Battista Bianconi aus Bologna für den Tourismus. Der 1871 in New York geborene Künstler kam mit 16 Jahren nach Deutschland, wo er 50 Jahre blieb, bis er 1937 zurück in die USA übersiedelte und 1956 in New York starb. Seine Karriere begann er als Karikaturist. Als Walter Gropius ihn 1919 zum Lehrer ans Bauhaus in Weimar berief, war er bereits 48 Jahre alt.

Zehn Jahre später erhielt er vom Magistrat in Halle an der Saale den ehrenvollen Auftrag für ein Stadtporträt. Dafür stellte die Stadt ihm ein Atelier im obersten Geschoss des Torturmes der Moritzburg, seit 1904 Kunstmuseum, zur Verfügung, das Feininger bis 1931 immer wieder nutzte. Statt einer entstanden elf Halle-Ansichten, welche zusammen mit 29 Vorzeichnungen die Stadt für das Kunstmuseum erwerben konnte.



Die beiden Engel sind der in vielen Postkartenmotiven übernommene Clou des Bildes: „Die Sixtinische Madonna“ von Raffael in der Dresdner Gemäldegalerie Alte Meister

mäldegalerie in Dresden zu erwerben. Sein Versuch, dem Vatikan die „Madonna di Foligno“ abzukaufen, war allerdings gescheitert. Umso mehr elektrisierte es ihn, als er hörte, dass die Mönche in San Sisto hoch verschuldet waren und deshalb erzwungen, ihre Madonna zu veräußern.

Für das Bild verlangten die Benediktinermönche zunächst die unerhörte Sum-

me von 36.000 Scudi Romani. Normalerweise investierte August aber nur maximal 800 bis 1000 Scudi in ein hochwertiges Bild. In langwierigen Verhandlungen gelang es Bianconi, den Kaufpreis auf 24.000 Scudi zu drücken, was immer noch exorbitant viel Geld war – mehr hatte bislang kein Potentat für ein einzelnes Gemälde bezahlt.

Anschließend entbrannte dann das nächste Ringen, bei dem es um die Ausführungsgenehmigung ging: Zuerst musste Papst Benedikt XIV. überzeugt werden und anschließend auch der nunmehrige Landesherr, der Herzog von Parma, Piacenza und Guastalla, welcher sich zunächst weigerte, einer „Beraubung solcher Tragweite“ zuzustimmen. Dann machte wiederum der Zoll Probleme, weswegen der Kaufvertrag erst im Januar 1754 unterzeichnet werden konnte, wozu es noch bis zum 1. März dauerte, ehe die „Sixtinische Madonna“ endlich in Dresden ankam.

Handelt es sich um ein Duplikat?

Bianconi war am Ende seiner nervlichen Kräfte und erhielt für die zweijährige Sisyphus-Arbeit 1000 Scudi. Immerhin besaß August jetzt auch einen „großen Raffael“ und konnte so mit den anderen Fürsten konkurrieren, die gleichfalls als passionierte Sammler teurer Renaissance-Gemälde auftraten.

Doch war das inzwischen in der sächsischen Residenz zu bewundernde Madonnen-Bild tatsächlich mit dem identisch, welches der begnadete Künstler 1512/13 gemalt hatte? Stutzig macht hier der Umstand, dass die Ordensleute in San Sisto erst lange auf Zeit spielten und dann plötzlich recht schnell in den Kauf einwilligten. Lag das wirklich nur an ihrer immer stärker drückenden Geldnot?

Auf jeden Fall blieb die Altarwand in der Klosterkirche nicht kahl. Dort hing ab 1754 eine angebliche Kopie des Raffaels, welche der aus Piacenza stammende Maler Pietro Antonio Avanzini im Jahre 1730 angefertigt haben soll. Allerdings existieren keinerlei sichere Belege dafür, dass das Bild, welches heute in San Sisto zu sehen ist, wirklich von ihm stammt.

Und warum sollten die finanziell chronisch klammen Mönche schon 24 Jahre vor dem zunächst keineswegs geplanten Verkauf der Madonna eine mit Sicherheit auch recht kostenintensive Kopie bestellt haben? Könnte es nicht vielmehr sein,

dass der Auftrag erst 1752 erging und der Verhandlungsmarathon so lange in die Länge gezogen wurde, bis ein anderer, unbekannt gebliebener Kopist seine Arbeit beendet hatte? Wonach man Bianconi dann das deutlich weniger wertvolle Duplikat unterschob?

Solcherlei Vermutungen kursierten unter Kennern bereits im 18. Jahrhundert und fanden auch Eingang in das 1901 erschienene Standardwerk „Der Raritätenbetrug“ aus der Feder des österreichischen Strafrechtlers Hans Gross, der als Begründer der wissenschaftlichen Kriminalistik gilt.

Doch damit nicht genug: Die „Sixtinische Madonna“ von Dresden hat sogar noch eine zweite Doppelgängerin, welche nachweislich aus dem 16. Jahrhundert stammt. Sie befindet sich heute in dem 1896 eröffneten Luxus-Hotel „Badrutt's Palace“ in St. Moritz. Dessen erster Besitzer Johannes Badrutt aus dem Oberengadin will das Bild 1883 im süditalienischen Reggio di Calabria im Stall einer entfernten Verwandten entdeckt haben. Wer sein Maler war, ist nach wie vor ungeklärt, und es wurde bisher ebenso wenig mit aller gebotenen fachmännischen Gründlichkeit untersucht wie die angebliche Kopie in San Sisto.

Trotzdem besteht man in der sächsischen Landeshauptstadt vehement darauf, im Besitz des Originalgemäldes von Raffael zu sein. Was auch verständlich ist, denn der Beweis des Gegenteils würde die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden noch um einiges härter treffen als der kürzlich erfolgte Juwelenraub im Grünen Gewölbe.

● **Ausstellung** Neben der „Sixtinischen Madonna“ ist in der neu rekonstruierten Gemäldegalerie Alte Meister des Dresdner Zwingers bis 30. August auch die Sonderausstellung „Raffael – Macht der Bilder“ zu sehen. Die Sempregalerie ist täglich außer montags von 11 bis 17 Uhr geöffnet sowie freitags von 17 bis 20 Uhr, Eintritt: 14 Euro, Online-Kartenverkauf: shop.skd.museum

MODERNE KUNST

Spaziergang durch die „herrlichste Stadt“

Halle an der Saale aus der Sicht des Malers Lyonel Feininger erleben: Eine Art Hörbuch macht es möglich

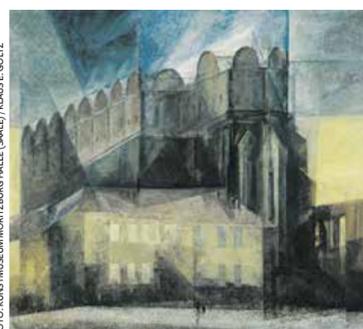
Lyonel Feininger war eine wichtige Bereicherung für die Moderne Kunst und ist – zumindest für Halle – ein großes Geschenk für den Tourismus. Der 1871 in New York geborene Künstler kam mit 16 Jahren nach Deutschland, wo er 50 Jahre blieb, bis er 1937 zurück in die USA übersiedelte und 1956 in New York starb. Seine Karriere begann er als Karikaturist. Als Walter Gropius ihn 1919 zum Lehrer ans Bauhaus in Weimar berief, war er bereits 48 Jahre alt.

Zehn Jahre später erhielt er vom Magistrat in Halle an der Saale den ehrenvollen Auftrag für ein Stadtporträt. Dafür stellte die Stadt ihm ein Atelier im obersten Geschoss des Torturmes der Moritzburg, seit 1904 Kunstmuseum, zur Verfügung, das Feininger bis 1931 immer wieder nutzte. Statt einer entstanden elf Halle-Ansichten, welche zusammen mit 29 Vorzeichnungen die Stadt für das Kunstmuseum erwerben konnte.

Feininger war von Halle begeistert und schrieb an seine Frau Julia den legendären Satz „Halle is the most delightful town“ – „Halle ist die herrlichste Stadt“. Auf diesem Enthusiasmus baut die Internetanwendung (App) des sogenannten Audiowalks auf, also digitale Stadtführungen, die man auf Endgeräten wie Smartphone oder PC laden kann. Sie nimmt den Hörer mit auf eine Tour durch die im Krieg von Flächenbombardements verschont und großteils sanierte Altstadt vom Marktplatz bis zur Moritzburg.

Als Hörspiel mit Dialogen, Fragestellungen, Ortsangaben und sachkundigen Erklärungen konzipiert, findet sich der Nutzer in der bunt gemischten Gruppe einer Stadtführung wieder, die von einem Feininger-Motiv zum nächsten führt. Komplettiert wird der akustische Rundgang durch visuelle Informationen: Fotografien und Zeichnungen, die Feininger als Vorlage anfertigte.

Die neue App ist eine Ergänzung zu den neun Info-Stelen, die schon seit geraumer Zeit auf Feiningers Motive hinweisen. Am Ende wundert man sich dann auch nicht mehr über die bewegte Dachlandschaft des 2005/2008 modern sanierten Nord- und Westflügels der Moritzburg. Sie ist eine Hommage an den selbst-



Geometrisch angepasst: Feiningers Ansicht des Doms von Halle an der Saale

ernannten „Prismaismus“, mit dem der Künstler Gegenständliches in geometrische Formen einbindet. Musikalisch unterlegt ist die App mit einer 1921 von Feininger komponierten Fuge. Töne setzen konnte der Meister auch.

Feiningers Halle-Bilder zeigen die Böbergasse und den Trödel sowie mehrere Ansichten von Marktkirche, Dom und Rotem Turm. 1937 wurde Feiningers Zyklus zusammen mit anderen Werken als „entartet“ aus dem Museum entfernt. Drei Bilder sind bis heute in die Dauerausstellung zurückgekehrt. *Helga Schnehagen*

● **Audiowalk Feininger** App-Download und Webversion unter www.feininger-halle.de beziehungsweise www.moderne-halle.de. Dauerausstellung Sammlung Dr. Hermann Klumpp in der Lyonel-Feininger-Galerie Quedlinburg, Schlossberg 11, Eintritt für jeweils 90 Minuten über den Online-Kartenverkauf: www.feininger-galerie.de

● MELDUNGEN

In Trümmern

Potsdam – Mit der neuen Ausstellung „In Trümmern. Prenzlau 1945 – gerettet, bewahrt, erinnert.“ beleuchtet das Dominikanerkloster Prenzlau bis zum 30. Dezember das Ausmaß der Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und die langfristigen Folgen für die kulturelle Identität in der Uckermark. www.dominikanerkloster-prenzlau.de *tws*

Baltische Pfütze

Lübeck – Zum Start der Urlaubssaison ist in der Trinkkurhalle, Kurpromenade 3, in Timmendorfer Strand die neue Ausstellung „Günter Grass und die Ostsee“ des Lübecker Günter-Grass-Hauses zu sehen. Bis 23. August wird gezeigt, welche Rolle die „baltische Pfütze“ im Werk des Nobelpreisträgers spielt. Dazu gibt es Fundstücke, die Grass an Ostseestränden gesammelt hat. www.grass-haus.de *tws*

MARSEILLAISE

Die Hymne der Französischen Republik

„Das unreine Blut tränke unserer Äcker Furchen!“ Unvorstellbar, dass sich eine solche Wunschvorstellung in einer deutschen Nationalhymne fände. Und in der Tat stammt sie auch nicht aus der Hymne der ewigen Weltkriegsverlierer, sondern aus jener der Grande Nation: der Marseillaise. Seit 225 Jahren ist das überaus schmissige Stück die Hymne der Französischen Republik. Das Lied war nicht durchgängig der Nationalgesang Frankreichs, aber Frankreich war ja auch nicht durchgängig Republik.

Wenige Tage nach dem Beginn des ersten der Revolutionskriege entstand in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1792 in Straßburg die heutige Marseillaise. Als Komponist und Texter gilt der französische Armeeingenieur im Range eines Hauptmanns Claude Joseph Rouget de Lisle. Anfänglich trug das Stück jedoch den Titel „Chant de guerre pour l'armée du Rhin“ (Kriegslied für die Rheinarmee) und war dem Oberbefehlshaber der Rheinarmee, dem in Cham in der Oberpfalz geborenen Marschall von Frankreich Nikolaus von Luckner gewidmet, einem Urgroßvater des deutschen Seeoffiziers und Schriftstellers Felix Graf von Luckner.

Den heutigen Namen erhielt die Marseillaise, weil sie von Soldaten aus Marseille gesungen wurde, als diese am 30. Juli 1792 in Paris einzogen. Wenige Tage später erschallt dieses Lied auch beim geschichtsträchtigen Tuileriensturm, dem Aufstand vom 10. August, an dem auch die Soldaten aus Marseille teilnahmen. Am sechsten Jahrestag des Sturms auf die Bastille, an dem gemeinsam der Beginn der Französischen Revolution festgemacht wird, am 14. Juli 1795, wurde die Marseillaise zur französischen Nationalhymne erklärt.

Als dezidierte Hymne der Republik war die Marseillaise in der Zeit des ersten Kaiserreiches (1804–1814, 1815), der Restauration (1814–1830), des Julikönigtums (1830–1848) und des zweiten Kaiserreiches (1852–1870) kein Staatsymbol. Interessanterweise kehrte die Zweite Republik (1848–1852) nicht zu ihr zurück, sondern gab „Le Chant des Girondins“ den Vorzug. Erst die Dritte Republik machte die Marseillaise wieder zu ihrer Hymne. Die Vierte und die Fünfte Republik taten es ihr gleich.

Allerdings schloss die Rückkehr kleine, aber doch hochpolitische Änderungen im Detail nicht aus. So ließ der bürgerliche Präsident Valéry Giscard d'Estaing die Marseillaise verhalten, hymnischer spielen, während sein sozialistischer Nachfolger François Mitterrand das Tempo wieder forcieren ließ. Heutzutage wird bei offiziellen Anlässen eine Variante der Fassung gespielt, auf die sich 1887 ein offizieller Arbeitskreis professioneller Musiker im Staatsauftrag geeinigt hatte. *Manuel Ruoff*



Ölgemälde Isidore Pils' aus dem Jahre 1849, das zeigt, wie Rouget de Lisle im Salon des Straßburger Bürgermeisters Philippe-Frédéric de Dietrich die Marseillaise vorträgt

ABSTURZ DER CONCORDE

Ein kleiner Metallsplitter holte die schnellen „Wundervögel“ vom Himmel

Ein Sonderflug zum ZDF-„Traumschiff“, dem Kreuzfahrtschiff MS „Deutschland“, endete vor 20 Jahren in einer Katastrophe



Air-France-Flug 4590: Bereits kurz nach dem Start vom Flughafen Paris-Charles-de-Gaulle zieht die Concorde einen Feuerschweif hinter sich her

Foto: pa

VON KLAUS J. GROTH

Am 25. Juli 2000 stürzte eine Aérospatiale-BAC Concorde gleich nach dem Start vom Flughafen Paris-Charles-de-Gaulle ab. Das Unglück ging als spektakulärstes seit dem Brand des Zeppelins „Hindenburg“ in die Annalen der Luftfahrt ein. Die Katastrophe bedeutete das Ende der „Wundervögel“.

Hohe Entwicklungs- und Baukosten

Die Concorde war Mythos und Stolz der französischen wie der britischen Luftfahrtbranche. Sie wurde gemeinsam von Aérospatiale und der British Aircraft Corporation (BAC) entwickelt und von den Fluglinien Air France und British Airways betrieben. Charakteristisch für den Überschallflieger waren die Dreiecksform der Tragflächen und die spitze, aerodynamische Nase. Sie konnte bei Start und Landung abgesenkt werden, um dem Piloten eine freie Sicht zu ermöglichen.

Der Bau der Concorde war ein Prestigeobjekt, zumal die Russen ebenfalls an einem Überschallflieger, der Tupolev Tu-144 arbeiteten. Kritiker warnten vor den enormen Entwicklungs- und Baukosten der Concorde, dem hohen Kerosinverbrauch und dem gehörschädigenden Doppelknall, der bei dem Durchbrechen der Schallmauer am Boden zu hören war. Zudem benötigte die Concorde eine besonders lange Start- und Landebahn, über die nur wenige Flughäfen verfügten. Ihr Einsatz war also beschränkt. Und in der Tat erwies sich der Betrieb der Concorde vom Anfang bis zum Ende als ein gewaltiges Verlustgeschäft.

Die Entwicklung dauerte 20 Jahre. Die genauen Kosten wurden geheim gehalten. Sie sollen umgerechnet zehn Milliarden Euro betragen haben. Am 2. März 1969 hob ein Prototyp der Concorde in Toulouse für einen ersten Testflug ab. Ein halbes Jahr später erreichte das Flugzeug zum ersten Mal die doppelte Überschallgeschwindigkeit von Mach 2,23, rund

2500 Kilometer in der Stunde, und war damit mehr als doppelt so schnell wie ein normaler Passagierjet. Volle Geschwindigkeit durfte sie wegen des Lärms aber nur über dem Ozean fliegen. Einige Länder verboten das Überfliegen ihrer Territorien ganz.

Die am häufigsten geflogenen Strecken der insgesamt zwölf Concorde waren Transatlantiktrips von London nach New York und von Paris nach New York. Sie dauerten nur drei beziehungsweise dreieinhalb Stunden.

Ein besonderer Reiz bestand für die Passagiere darin, dass sie durch die Zeitverschiebung auf dem John F. Kennedy International Airport früher ankamen, als sie in Europa gestartet waren. Der Sänger Phil Collins trat bei dem am 13. Juli 1985 parallel im Londoner Wembley-Stadion und im John F. Kennedy Stadium in Philadelphia stattfindenden Wohltätigkeitskonzert Live Aid sowohl in ersterem wie letzterem auf. Der überirdisch schnelle Vogel machte es möglich.

Hoher Kerosinverbrauch

Die Concorde galt wegen ihrer schlanken, schnittigen Form als elegantestes Flugzeug der Welt. Und als sicherstes. Ein Ticket kostete umgerechnet mindestens 10.000 Euro. Den Luxus leisteten sich Reiche und Prominente wie Paul McCartney, die Queen, Jacques Chirac, Claudia Schiffer, Richard Gere und Elton John. Im Preis inbegriffen waren Champagner, Hummer und Kaviar an Bord. Auf den ersten kommerziellen Flügen am 21. Januar 1976 von Paris nach Rio und von London

nach Bahrain standen Sternköche in der geräumigen Bordkombüse.

Der Flug mit der Nummer AF 4590, der am 25. Juli 2000 in Paris startete, hatte keine Prominenz an Bord. Die Reederei Peter Deilmann in Neustadt in Holstein hatte die Concorde für die Passagiere des Kreuzfahrtschiffes MS „Deutschland“ gechartert. Das Fünf-Sterne-Schiff ist dem deutschen Fernsehpublikum als „Traumschiff“ aus der gleichnamigen Serie bekannt. Es wartete im Hafen von New York auf seine Gäste. Für die Kunden der Reederei war der Flug sensationell billig. Das Ticket kostete 2950 Mark. Die Maschine war schnell ausgebucht. 33 Passagiere ließen sich auf die Warteliste setzen.

Lauter Doppelknall

Ab ungefähr 16 Uhr begannen die Fluggäste an Bord zu gehen. Die Stimmung war euphorisch. Die Passagiere nahmen in den eleganten dunklen Ledersesseln der Concorde Platz. Stewardessen servierten Champagner. Alles lief nach Plan. Der Jet rollte auf die Startbahn 21. Minuten zuvor war dort eine McDonnell Douglas DC-10 der US-amerikanischen Continental Airlines gestartet. Unbemerkt hatte sie eine Lamelle verloren. Das 40 Zentimeter lange Teil aus Titan lag glitzernd auf der Piste. Gegen 16.45 Uhr hob die Concorde ab, die gewaltige Schubkraft drückte die Passagiere in ihre Sitze. Sekunden später schrillte Alarm, das Heck stand in Flammen. Die Concorde verlor an Höhe. Pilot Christian Marty muss noch versucht haben zu verhindern, dass die Maschine auf das Stadtzentrum des Ortes Gonesse nördlich von Paris stürzt. Dort wohnten 25.000 Menschen.

Augenzeugen berichteten später, wie das Flugzeug einen letzten, verzweifelten Schwenk machte. Dann stürzte es als gigantischer Feuerball auf ein außerhalb gelegenes Hotel. Das ganze Drama dauerte nur zwei Minuten. Rauchwolken verdunkelten tagelang die Ortschaft. Keiner der Passagiere und der Besatzung überlebte,

insgesamt kamen 113 Menschen in dem Inferno um.

Untersuchungskommissionen stellten später fest, dass die verlorene Lamelle der DC-10 die Katastrophe indirekt ausgelöst hat. Als die Concorde über das Stück Metall hinwegraste, zerfetzte es ihr einen Reifen. Hochgeschleuderte Reifenteile beschädigten dann ihr linkes Hauptfahrwerk und ihre linke Tragfläche maßgeblich. Air France stritt zehn Jahre lang mit der US-amerikanischen Fluggesellschaft, wer die Schuld an dem Unglück trage. Continental beharrte darauf, dass die Concorde schon vor der Kollision mit der Metalllamelle gebrannt habe. Im Dezember 2010 sprach ein französisches Gericht die Amerikaner schuldig. Die Fluglinie musste mehr als 100 Millionen an die Angehörigen der Opfer zahlen.

Am 24. Oktober 2003 hob die letzte Concorde ab. Seitdem sind die Überflieger vom Himmel verschwunden. Heute stehen sie im Technik-Museum im baden-württembergischen Sinsheim sowie Paris und Toulouse. Sie waren für je einen Euro zu haben. Die Concorde steht in Sinsheim Seite an Seite mit einer Tupolev Tu-144. Nach etlichen Havarien verabschiedeten sich auch die Russen von Passagiermaschinen mit Überschallgeschwindigkeit.

Besondere Start- und Landebahnen

Möglicherweise wird es bald einen Nachfolger der Concorde geben. Die US-Raumfahrtbehörde Nasa arbeitet zusammen mit dem Konzern Lockheed Martin an einem Überschallflieger mit Namen „X-Plane“, der wesentlich weniger Kerosin verbraucht und vergleichsweise leise ist.

HINWEIS

Korrektur In der Nummer 26 vom 26. Juni wurde in dem Artikel „Die Partei und der Papst haben immer recht“ leider fälschlicherweise der Eindruck erweckt, dass Hans Küng bereits tot sei. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Der Bau der Concorde war ein teures, unrentables Prestigeobjekt



Während der Operation Catapult: Die im Hafen von Mers-el-Kébir bei Oran liegenden französischen Schlachtschiffe „Provence“ (vorn), „Strasbourg“ (Mitte) und „Bretagne“

FOTO: SZ PHOTO

KAISERIN EUGÉNIE

Frankreichs letzte Monarchin

Frankreichs letzter Monarch versuchte wie sein berühmter Onkel sein Kaisertum durch ein Einheiraten in den europäischen Hochadel zu stabilisieren. Nachdem sein Heiratsantrag an die spätere letzte Königin Sachsens, Prinzessin Carola von Wasa-Holstein-Gottorp, erfolglos geblieben war, hielt Napoleon III. in jenem Jahr 1852, in dem er Kaiser der Franzosen wurde, um die Hand der späteren Schwiegermutter des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Prinzessin Adelheid zu Hohenlohe-Langenburg, an. Die Ehe mit der Tochter einer Halbschwester von Königin Victoria versprach gute Beziehungen mit Großbritannien. Die Queen verhinderte jedoch eine Heirat ihrer Nichte mit dem 27 Jahre älteren Empereur. Damit war der Weg frei für die vom Franzosen begehrte 18 Jahre jüngere Spanierin Eugénie de Montijo. 1853 wurde geheiratet.

Die am 5. Mai 1826 in Granada geborene Herzogtochter galt als schön, charmant, klug und gebildet. Ihrem Ehemann wurde sie eine wichtige, wenn auch eher schlechte Ratgeberin. Ihre Ratschläge waren von einem reaktionären Geiste. Innenpolitisch setzte sie sich für einen neoabsolutistischen statt liberalen Regierungsstil ihres Mannes ein. In Italien unterstützte sie den Kirchenstaat gegen den jungen Nationalstaat und in Deutschland die altehrwürdige habsburgische Großmacht gegen den preußischen Emporkömmling. Mit ihrem gegen die Königreiche Preußen und Italien gerichteten Einfluss auf den Kaiser tat die Kaiserin das Ihre, dass es nicht nur zu dem von ihr begrüßten Deutsch-Französischen Krieg kam, sondern dass auch der mit Hilfe ihres Mannes entstandene italienische Nationalstaat ein ureigenstes Interesse an der Kriegsniederlage Frankreichs gewann. Ihre Sympathien für Österreich zahlten sich nicht aus. Das Land blieb ebenfalls neutral. Außenpolitisch isoliert, verlor Frankreich den Krieg, ihr Mann die Krone.

Während ihr Mann wegen der Gefangennahme durch die Preußen bei Sedan dem Zugriff der republikanischen Landsleute entzogen war, musste sie vor diesen erst aus Paris und dann aus Frankreich fliehen. Nach der Entlassung ihres Mannes aus preußischer Kriegsgefangenschaft noch während des Krieges verlebten die beiden die wenigen Jahre bis zu seinem Tode im Jahre 1873 im britischen Exil. Die weiteren 47 Jahre bis zu ihrem Ableben vor 100 Jahren, am 11. Juli 1920, verlebte Eugénie ähnlich wie ihre österreichische Freundin Kaiserin Elisabeth deren letzte Jahrzehnte – mit Reisen. *Manuel Ruoff*



FOTO: MUSEE D'ORSAY

Eugénie-Porträt Pierre Désiré Guillemts nach Franz Xaver Winterhalter

VON WOLFGANG KAUFMANN

OPERATION CATAPULT

Was braucht man Feinde bei solchen Freunden?

Vor 80 Jahren griff Großbritannien die Flotte seines Verbündeten Frankreich an, nachdem dieser vor Deutschland kapituliert hatte

Zwischen Großbritannien und Frankreich herrscht eine uralte Rivalität, welche noch heute für permanente Unruhe in Europa sorgt. Beide Kontrahenten standen sich in nichts nach, wenn es darum ging, der anderen Seite möglichst schwer zu schaden. Ein typisches Beispiel für derartiges Handeln seitens der Briten ist die Operation Catapult vom Juli 1940, die zugleich ein grelles Schlaglicht auf den skrupellosen Umgang des Empire mit angeblichen Verbündeten wirft.

Im Artikel 8 des deutsch-französischen Waffenstillstands von Compiègne vom 22. Juni 1940, dessen Regelungen auch Italien anerkannte, hieß es: „Die französische Flotte wird sich in später zu benennenden Häfen versammeln. Sie wird dort unter deutscher oder italienischer Kontrolle demobilisiert und entwaffnet. Die deutsche Reichsregierung erklärt der französischen Regierung feierlich, dass sie nicht die Absicht hat, diese Flotteneinheiten zu eigenen Kriegseinsätzen zu benutzen.“

Darüber hinaus versicherte der französische Generalstabschef der Seestreitkräfte und Marineminister Flottenadmiral François Darlan der Führung in London im Rahmen einer formellen ehrenwörtlichen Erklärung, die Kriegsflotte seines Landes werde entweder uneingeschränkt französisch bleiben oder sich selbst versenken. Und genau so lautete auch der Inhalt eines verschlüsselten Befehls von Darlan, der am 24. Juni an alle ihm unterstellten Marineverbände ging.

Frankreichs Wort genügte nicht

Der britische Premierminister Winston Churchill kannte den Wortlaut dieser Anweisung. Das hielt ihn aber nicht davon ab, den Franzosen in einer Rede vor dem Parlament in London zu unterstellen, sicher alsbald wortbrüchig zu werden.

Währenddessen reisten Emissäre des Empire nach Französisch-Nordafrika, wo sie versuchten, die Befehlshaber der dort

stationierten französischen Flottenkontingente zur Fortsetzung des Krieges an der Seite der Royal Navy zu überreden. Das blieb allerdings ohne Erfolg. Deshalb mobilisierte die Admiralität in London schließlich die in Gibraltar zusammengezogene Einsatzgruppe Force H unter dem Kommando von Vizeadmiral James Somerville, um den kampfstärksten Teil der französischen Marine im algerischen Stützpunkt Mers-el-Kébir unweit von Oran in Besitz zu nehmen oder zu versenken.

Parallel hierzu liefen Vorbereitungen, die in britischen Häfen wie Plymouth, Portsmouth, Falmouth, Swansea, Southampton und Dundee sowie in der ägyptischen Marinebasis Alexandria liegenden Kriegsschiffe der Franzosen zu kapern und zu beschlagnahmen. Die anschließende Kaperung und Beschlagnahmung, „Operation Grasp“ genannt, verlief weitestgehend reibungslos.

Zwischen dem 3. und dem 7. Juli brachten die Briten so 227 größere und kleinere Einheiten, darunter die Schlachtschiffe „Courbet“, „Paris“ und „Lorraine“ in ihren Besitz. Das französische Force-X-Geschwader unter Vizeadmiral René-Émile Godfroy in Alexandria hingegen kapitulierte nach mehrtägigen Verhandlungen sang- und klanglos. Ernsthaften Widerstand leistete lediglich in Plymouth die Besatzung des Unterseekreuzers „Surcouf“, damals das größte U-Boot der Welt.

Als deutlich schwierigere Beute erwiesen sich die elf großen französischen Ein-

heiten in Mers-el-Kébir, darunter die vier Schlachtschiffe „Dunkerque“, „Bretagne“, „Strasbourg“ und „Provence“ sowie das Flugzeugmuttergeschiff „Commandant Teste“. Deshalb versuchte Somerville, der über den Schlachtkreuzer „Hood“, die Schlachtschiffe „Resolution“ und „Valiant“, den Flugzeugträger „Ark Royal“ sowie 13 Leichte Kreuzer und Zerstörer verfügte, es am 3. Juli zunächst mit einem Ultimatum, das mit den Worten begann: „Es ist uns, die wir bis heute Ihre Kameraden sind, unmöglich zu erlauben, dass Ihre ausgezeichneten Schiffe in die Gewalt des deutschen Feindes fallen.“ Deswegen müssten die Franzosen nun weiter gegen Deutschland und Italien kämpfen oder sich ergeben – alternativ käme auch noch eine Selbstversenkung innerhalb von sechs Stunden in Frage. Andernfalls würde man angreifen.

Während der französische Oberbefehlshaber in Mers-el-Kébir, Vizeadmiral Marcel-Bruno Gensoul, das Ultimatum prüfte, begannen britische Flugzeuge bereits die Hafeneinfahrt zu verminern, was französische Abfangjäger zu verhindern suchten. Am 3. Juli um 16.46 Uhr erhielt

Somerville von Premierminister Churchill den Feuerbefehl. Zehn Minuten später eröffnete die „Hood“ den Artilleriebeschuss auf die vor Anker liegenden und nicht auf Gegenwehr eingerichteten Schiffe Gensouls. Mit diesem Trommelfeuer begann die Operation Catapult, die 1297 französische Seeleute das Leben kosten sollte. Fast 1000 von ihnen starben beim Untergang der „Bretagne“ und weitere 210 auf der „Dunkerque“, die auf Grund gesetzt werden musste. Die „Strasbourg“ und die „Commandant Teste“ konnten im Konvoi mit fünf Zerstörern nach Toulon entkommen. Diesem britischen Überfall folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Französischen Staat und dem Vereinigten Königreich.

Französische Treue trotz Überfall

Wie ernst die Franzosen trotzdem den Schwur Darlans vom Juni 1940 nahmen, zeigte sich zwei Jahre später, als nach der Landung der Alliierten in Französisch-Nordafrika, der Operation Torch, die Deutschen im Unternehmen Anton die bis dahin unbesetzte Zone Frankreichs besetzten und dabei im Unternehmen Lila versuchten, die französische Mittelmeerflotte in ihre Gewalt zu bringen. Um ebendies zu verhindern, wurden auf Befehl von Admiral Jean de Laborde 111 der in Toulon liegenden Einheiten, darunter auch die Schlachtschiffe „Strasbourg“, „Dunkerque“ und „Provence“ sowie die „Commandant Teste“, von ihren Besatzungen versenkt.

1297

französische Seeleute kostete die Operation Catapult das Leben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Was sich derzeit in Stuttgart, Göttingen und anderswo abspielt, wird gemeinhin als „Krawall“ bezeichnet. Diesen Ausdruck prägen Kriminologen und Sozialforscher zur Kennzeichnung von Gewaltakten gegenüber Menschen und Sachen im Verlaufe tumultartiger Ansammlungen größerer Personengruppen ohne vordergründige politische Zielsetzung. Letzteres unterscheidet Krawalle von eskalierten Demonstrationen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist es bislang im Gegensatz zu Großbritannien, Frankreich und den USA relativ selten zu größeren Ereignissen solcher Art gekommen – die sogenannten „Halbstarckenkrawalle“ der 1950er Jahre und die „Schwabinger Krawalle“ vom Juni 1962 zählen zu den wenigen Ausnahmen.

Im Zuge des Studiums der Gewaltausbrüche gelangten Fachwissenschaftler inzwischen zu mannigfachen Erkenntnissen über deren Dynamik und Ursachen, welche auch die aktuellen Krawalle erklären. So sind die Exzesse auch dann politisch bedingt, wenn sie keine politischen Ziele verfolgen. Denn sie finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern innerhalb gesellschaftlicher Strukturen und Verhältnisse, für welche die Politik verantwortlich zeichnet.

Nach dem unter Kriminologen und Soziologen allgemein anerkannten „Flashpoint Model of Public Disorder“ (zu deutsch in etwa: Flammpunkt-Modell der öffentlichen Unordnung) des britischen Kommunikationswissenschaftlers David Waddington resultieren Krawalle aus soziostrukturellen, ideologischen, ethnokulturellen, kontextuellen, situativen, interaktiven und organisatorischen Faktoren, deren Zusammenspiel zum Auflodern der Gewalt führt.

„taz“ und Esken: Nährboden bereitet

Den Nährboden für Krawalle bietet dabei ein großes soziales Gefälle zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wie es auch in den aktuellen bundesdeutschen Krawall-Hochburgen besteht. Dazu kommen der Einfluss der Medien und der Politik auf das gesellschaftliche Klima im Lande. Wenn beispielsweise die „taz“-Kolumnistin Hengameh Yaghoobifarah Polizisten mit Müll vergleicht und die SPD-Vorsitzende Saskia Esken sämtliche Ordnungshüter pauschal Rassismus unterstellt, dann höhlt dies das ideologische Fundament polizeilicher Autorität aus.

Krawalle werden zudem wahrscheinlicher, sobald unterschiedliche Mentalitäten, Religionen und Kulturen auf engstem Raum miteinander auskommen müssen, weil es dann mehr mögliche Zündfunken



Autorität der Polizei unterhöhlt: Krawallmacher fühlen sich von Politikern und Medien oft in ihrer Verachtung für die Beamten bestätigt

Foto: pa

KRAWALLE

Am Anfang steht das Versagen der Politik

Die Psychologie massenhafter gewalttätiger Ausschreitungen wie jüngst in Stuttgart ist wissenschaftlich gut erforscht – und stellt die Verantwortlichen in kein gutes Licht

gibt. Auch hierfür ist die Politik unserer Regierenden, also deren stillschweigende Duldung oder gar aktive Förderung der Massenzuwanderung, verantwortlich.

Eine wichtige Rolle spielt auch der aktuelle Zusammenhang: Wie gestaltete sich das Verhältnis der Randalierer zur Staatsmacht im Vorfeld? Die Corona-Krise sowie die damit verbundenen, teilweise auch in übertriebenem Maße durchgesetzten Einschränkungen haben offensichtlich zur Vertiefung des Hasses von rebellischen Jugendlichen mit und ohne Immigrationshintergrund auf die Polizei geführt.

Dann bedarf es noch passender situativer Auslöser, wie Kontrollen beziehungsweise Festnahmen angeblich „Unschuldiger“ im öffentlichen Raum, oder irgendwelcher anderen polizeilichen Maßnahmen wie der Durchsetzung von Quarantäne-Maßnahmen – und die explosive Situation eskaliert aufs Heftigste. Zugleich kommt es darauf an, ob in den Reihen der

Polizei oder der Gruppe der Randalierer Personen stehen, welche gezielt Öl ins Feuer gießen. Das ist vor allem dann zu erwarten, wenn vorher ungestraft Stimmung gegen die Ordnungshüter gemacht werden konnte – diese reagieren daraufhin möglicherweise frustriert und die Krawallmacher fühlen sich ihrerseits noch stärker als sonst.

Außerdem sind das taktische Handeln sowie die Organisation des Vorgehens der Polizei von Bedeutung. Bislang stand ja vorrangig Deeskalation auf dem Programm. Das führt dazu, dass sich die Störfriede „proviziert“ fühlen, wenn Vertreter der Staatsmacht ausnahmsweise nicht minimalinvasiv vorgehen. Folge ist dann trotziger Furor. Gräbt man noch tiefer, was die Ursachen für die jüngsten Krawalle betrifft, so sticht ins Auge, dass zu den Randalierern viele Personen mit geringer Frustrationstoleranz gehören. Diese reagieren zumeist hochemotional und

sind leicht durch Rädelsführer zu beeinflussen. Solche Menschen finden sich überproportional häufig unter Immigranten aus bestimmten Kulturkreisen, was gleichermaßen für die Anstifter gilt, welche nicht selten kriminellen Clans angehören, bei denen Delinquenz der normale Lebensstil ist.

Dahingegen geht die übliche Erklärung, sozioökonomische Problemlagen oder „Diskriminierungserfahrungen“ seien Hauptursache der Gewaltausbrüche, komplett an der Realität vorbei. Laut dem französischen Soziologen Fabien Jobard fördern staatliche Hilfsmaßnahmen für angeblich benachteiligte Gruppen sogar die Entstehung von Krawallen.

Auf jeden Fall steht fest, dass multikulturelle Zustände infolge von Masseneinwanderung zu mehr Krawallen führen, denn beide Faktoren begünstigen die Auflösung des sozialen Zusammenhaltes. Das konnte der Harvard-Forscher Robert Put-

nam anhand von Studien in 40 US-Gemeinden nachweisen: „Diversität“ und Solidarität schließen einander weitgehend aus.

Ein Blick auf die Verhältnisse in anderen Ländern zeigt, wie stark die Gewalt bei Krawallen eskalieren kann. So sind Tote – auch unter Polizisten – durchaus möglich. Erinnerung sei an den Londoner Polizisten Keith Henry Blakelock, der 1985 in Tottenham auf übelste Weise massakriert wurde von Angehörigen eines tobenden Mobs, zu dem zahlreiche junge Schwarze gehörten, die bis heute nicht dingfest gemacht wurden. Bei akuter Lebensgefahr werden die Ordnungskräfte entweder scharf schießen oder sich verängstigt zurückziehen. Im letzteren Falle droht dann genau die Art von Anarchie, vor der Sicherheitsexperten beziehungsweise Einwanderungskritiker schon seit Längerem warnen, ohne dass dies bisher aber zu irgendwelchen Konsequenzen geführt hätte.

MIGRATION

Afrikaner strömen in die USA

Trotz Rassismusvorwürfen: Zahl der schwarzafrikanischen Einwanderer hat sich mehr als verdreifacht

Wer in den Monaten vor Corona und den damit begründeten Restriktionen den New Yorker Central Park besuchte, wurde von einem Heer von Rikschafahrern angesprochen, die alle schwarz waren, aber nicht Englisch, sondern zumeist Französisch oder Portugiesisch sprachen – mehrheitlich Immigranten aus dem Kongo und aus Angola, die sich dieses Geschäft teilen. Sie gehören zum wachsenden Heer von Schwarzafrikanern, die in den USA in den vergangenen Jahren als Einwanderer angekommen sind.

Allein in diesem Jahr hat sich die Zahl der afrikanischen Einwanderer in den USA bis zur Einstellung der transkontinentalen Flüge im März bereits verdreifacht, auf mehr als 6000, gegenüber 2100 im ganzen Jahr 2019. Sie gehören nicht zu

den Ärmsten ihrer Länder, weil sie sich die teuren Flugtickets bis nach Ecuador leisten können, der als einziger Staat Südamerikas keine Visa für Schwarzafrikaner verlangt. Anschließend müssen sie per Bus oder Bahn weiter. Und auch ein Stück zu Fuß, weil die Transamericana-Straße in Panama noch nicht durchgehend fertig ist, bis sie nach mindestens fünf weiteren Ländern an der US-Grenze ankommen.

Kein Weg zurück

Für diese oft monatelange Reise benötigen die Menschen Unterkünfte und Verpflegung, die ihnen niemand spendiert. In Ecuador und Kolumbien müssen sie auch gegen den Strom des Immigrantensheers aus Venezuela, das nach Süden strömt, nordwärts halten. Unbeeindruckt von ei-

ner gefährlichen Reise über tausende Kilometer kommen Menschen in noch nie gesehener Zahl an die Grenze zwischen den USA und Mexiko und überraschen dort Grenzschutzbeamte, die eher an spanischsprachige Personen gewöhnt sind.

Während sich die Lager in Mexiko mit Migranten aus Zentralamerika in der Corona-Zeit geleert haben, weil die Menschen angesichts der Pandemie zurück in ihre Heimat geströmt sind, ist der Strom der Afrikaner sogar in der Corona-Zeit noch angeschwollen. Für sie scheint es keinen Weg zurück mehr zu geben, zumindest nicht mehr mit eigenen Mitteln. So stoppten Grenzschützer im Sektor Del Rio in Texas in einer Woche mehr als 500 Afrikaner, die in Gruppen unterwegs waren, nachdem sie mit Kindern im

Schlepptau über den Grenzfluss Rio Grande gesetzt hatten. Das ist mehr als doppelt so viel wie die Gesamtzahl von 211 Afrikanern, die im gesamten Jahr 2018 entlang der gesamten 3.200 Kilometer langen Grenze zu Mexiko festgenommen wurden.

Warteliste für Asylsucher

Die Einwanderer in Texas stammen hauptsächlich aus Kongo-Kinshasa, Kongo-Brazzaville und Angola. Kameruner reisten auch in größerer Zahl durch Mexiko, aber sie bevorzugten Schiffe, um in die USA zu gelangen. In Tijuana, der größten mexikanischen Grenzstadt an der südlichen US-Grenze, ist die Warteliste für die Beantragung von Asyl bereits auf etwa 7500 Namen angeschwollen. Darunter sind Äthiopier, Eritreer, Mauretanier, Su-

danesen und Kongolesen. Besonders viele wollen in die Stadt Portland im Bundesstaat Maine, noch einmal 4000 Kilometer entfernt. Es hat sich unter den Afrikanern herumgesprochen, dass diese Stadt mit ihren 67.000 Einwohnern ein einladender Ort ist, in dem bereits in den 1990er Jahren Somalis neu angesiedelt wurden.

Die explosionsartige Zunahme der Einwanderung aus Afrika in die USA fällt mit einem Rückgang der Ströme über das Mittelmeer nach Europa zusammen, nachdem die europäischen Länder und zwei zentrale Transitländer – die Türkei und Libyen – geschlossen haben, hart durchzugreifen. Berichte über Rassismus in den USA schrecken die Immigranten wenig, viele kommen aus Ländern, wo jedwedes Leben nicht viel gilt. *Bodo Bost*



WIRTSCHAFTSLAGE IM KÖNIGSBERGER GEBIET

Wie ein Tropfen auf den heißen Stein

Ölpreisverfall und Inflation belasten die Wirtschaft – Königsberger Regionalregierung sagt Hilfe zu

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Seit Anfang April herrscht in der Russischen Föderation eine allgemeine Quarantäne, die nun allmählich gelockert wird. Die schnelle Verbreitung der Epidemie in Russland und im Königsberger Gebiet fiel mit einem drastischen Preisverfall für Öl zusammen, ein zusätzlicher Faktor, der sich auf die soziale und wirtschaftliche Lage des Landes negativ ausgewirkt hat. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass die gegenwärtige Situation die finanzielle Lage der Bevölkerung schmerzhaft beeinträchtigt und die Situation der Unternehmer im Königsberger Gebiet negativ beeinflusst hat. Im nördlichen Ostpreußen wurde die Verpflichtung zur Selbstisolation von Woche zu Woche verlängert.

Bisher hat die Regionalregierung einige Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen angekündigt. Vorgeschlagen wurde unter anderem die Möglichkeit, ein zinsgünstiges Darlehen zu 0,1 Prozent mit einem Höchstbetrag von bis zu zehn Millionen Rubel (rund 130.000 Euro) zu erhalten, sowie der Aufschub der Mietzahlung für staatliche und kommunale Immobilien um bis zu sechs Monate. Eine andere Erleichterung sieht die Stundung von Steuerzahlungen vor. Aber nicht jeder wird sie sofort in ihren Genuss bekommen können: Eine Stundung kann den Unternehmen aus den am meisten betroffenen Geschäftsbereichen zwar gewährt werden, doch für ihren Erhalt ist es notwendig, einen Antrag mit einem ganzen Paket von Dokumenten einzureichen, welche die schwierige wirtschaftliche Lage des Unternehmens oder Kleinunternehmers belegen. Dieser Aufschub von Steuerzahlungen ist ziemlich umstritten, denn wenn schon jetzt viele Unternehmer nicht genug Geld für die Zahlung ihrer Steuern



Ein Bild wie zu Zeiten der Sowjetunion: Seniorinnen versuchen, mit dem Verkauf von Blumen ihre Rente aufzubessern Foto: J.T.

haben, dann werden sie in ein paar Monaten noch weniger haben.

Andere Maßnahmen zur Unterstützung durch die Regionalregierung, die derzeit erwogen werden, sehen Folgendes vor: Wenn ein einzelner Unternehmer eine Einkommensmeldung mit positivem Saldo vorlegt, erhält er einmalig umgerechnet rund 195 Euro. Hat ein Unternehmer zwei angestellte Mitarbeiter und Mietkosten, werden ihm etwa 450 bis knapp über 500 Euro zugewiesen. Wenn der Unternehmer 15 Mitarbeiter und Mietkosten hat, können die Zahlungen bis zu 1300 Euro betragen.

1300

Euro Unterstützung kann ein Unternehmer im Königsberger Gebiet vom Staat an Unterstützung erhalten, wenn er mehr als 15 Mitarbeiter beschäftigt, Mietkosten hat und seine Bedürftigkeit nachweisen kann.

Gleichzeitig mit dem allgemeinen Einkommensrückgang steigen die Preise für lebensnotwendige Güter und Lebensmittel permanent. Die Bevölkerung versucht, so gut wie möglich über die Runden zu kommen, obwohl viele Menschen fast keine Ersparnisse und keine Möglichkeit haben, zu arbeiten und ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Rückgang der Einzelhandelsumsätze ist sehr beträchtlich. Der Lebensmitteleinzelhandel hat zwar am wenigsten gelitten, aber es gab dennoch einen Einbruch, weil die Einwohner Königsbergs vermehrt zu Billigprodukten greifen.

MEMELGEBIET

Eine Renaissance deutscher Namen

Litauen entdeckt deutsche Ortsbezeichnungen als wichtige Kultur- und Werbeträger

Es gibt sie wieder: die Memel-Sparkasse, Memel-Bräu und sogar Memel-Brötchen. Während für deutsche Ohren der Name „Memel“ immer fremder und ferner klingt, wird er für litauische Ohren, wo er spätestens ab 1923 verpönt war, heutzutage plötzlich wieder ganz vertraut und modern.

Memel kommt in Mode

Immer häufiger taucht für alle mögliche Anlässe der Name „Memel“ in der Dargestadt als Werbeträger auf. So findet man Memel-Immobilien, Memel-Sparkasse, Memel-Bräu, Memel-Werft, Memel-Brötchen, Memel-Friseur, Memel-Taxi und so weiter. Während in sowjetischer Zeit der Name Memel bis 1989 tabu war, bis zur Wiedererrichtung des Ännchen-von-Tharau-Denkmal auf dem Theaterplatz, erscheint der Name der Stadt heute wieder als ein wichtiger Beitrag zur gemeinsamen Kultur auch der Stadt in der Republik Litauen.

Simon Dach, der in Memel wirkende niederdeutsche Barockdichter, hatte

Ännchen von Tharau, eine Pfarrerstochter aus Ostpreußen, in einem seiner Lieder verewigt. Den Namen von Simon Dach trägt heute auch das Kulturzentrum der Memelländer in der Hafenstadt. Dort vertritt man seit 1989 das Erbe und die Ansprüche der deutschstämmigen Memelländer und ihrer Stadt. „Die Leute in der Stadt sind jetzt stolz darauf, auch den Namen Memel zu haben“, sagte Arnold Piklaps, der Leiter des Simondach-Hauses, gegenüber dem Deutschlandfunk.

Gemeinsame Kultur entdeckt

Bei den Verhandlungen über den Versailler Frieden setzte der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau den Beschluss über die Abtretung des Memelgebiets durch. Protestnoten, die auf die 600-jährige deutsche Tradition des Gebietes hinwiesen, wies Clemenceau zurück. 1920 schlossen Deutschland und die alliierten Mächte einen Vertrag, der das Memel- wie das Saargebiet und die Stadt Danzig übergangsweise der

Verwaltung des Völkerbundes unterstellte. Ein französisches Truppenkontingent sollte im Namen des Völkerbunds die Sicherheit des „Territoire de Memel“ gewährleisten. Erst am 8. August 1922 wur-

de Litauisch im Memelgebiet zweite Amtssprache. Aber auch danach schickten die Völkerbundsoldaten noch ihre Grußkarten nach Hause mit dem „Souvenir de Memel“.

Die Stadt am Nordrand Ostpreußens wurde bei ihrer Gründung vor 768 Jahren nach der Memelburg benannt. Diese wiederum erhielt ihren Namen von den Ureinwohnern der Region, von den Kuren, welche die Burg nach dem Fluss Memele (stiller Fluss) bezeichneten. Also hätten die Litauer, als sie die Stadt 1923 besetzten, den Namen eigentlich gar nicht ändern müssen, denn die Kuren waren ein den Litauern verwandtes Volk.

Namen klangen ähnlich

Auch anderswo im Memelgebiet klangen die deutschen und litauischen Namen sehr ähnlich, zum Beispiel bei Wirballen-Virbalis, Schmallningken-Smalininkai und Willkischken-Vilkyskiai. Auch der litauische Name der Stadt, „Klaipėda“, der 1413 erstmals schriftlich belegt ist, stammt aus dem Kurischen,

MELDUNGEN

Europeade verschoben

Memel – Eigentlich war sie in diesem Jahr für den 5. bis 9. August angesetzt und sollte nach elf Jahren wieder in Memel stattfinden – jetzt wurde die 57. Europeade im Zuge der Corona-Krise auf das kommende Jahr verlegt. Die Europeade ist das bei Weitem größte europäische Trachten- und Volkslieder-Festival und fand seit ihrem Gründungstreffen 1964 in Antwerpen jährlich statt. Ihren Ursprung nahm sie in einer Gemeinschaftsveranstaltung der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe Altvater Rübezahl aus Iserlohn und des flämischen Volkskultur-Ensembles St. Niklas, denen sich zahlreiche weitere Mitglieder der Schlesischen Jugend und der übergeordneten Landsmannschaft Schlesien sowie Exilantengruppen aus dem Baltikum, Polen, der Ukraine und dem damaligen Jugoslawien angeschlossen hatten. Mittlerweile versammeln sich in diesem Rahmen mehrere Tausend Teilnehmer, um die kulturelle Vielfalt Europas zu feiern: Zuletzt kamen 2019 in Frankenberg an der Eder, das nicht zuletzt wegen seiner Pflege der ostdeutschen Kultur überregional bekannt ist, an die 5000 Teilnehmer aus über 180 europäischen Regionen zusammen. Wann die Veranstaltung im kommenden Jahr genau stattfinden wird, steht noch nicht fest. T.W.W.

Einreise wieder möglich

Allenstein – Seit dem 13. Juni sind die Grenzen zur Republik Polen wieder geöffnet. Wer einreist, muss sich nicht mehr in die bis dahin vorgeschriebene 14-tägige Quarantäne begeben. Auch internationale Flugverbindungen sind seit dem 16. Juni wieder möglich. MRK



Rückbesinnung auf deutsche Namen: Litauische Biersorte Foto: B.B.

Geografisch nicht ganz korrekt

Weil die Stadt Memel gar nicht an dem Fluss Memel, sondern hinter ihm liegt, war auch die erste Strophe des Deutschlandliedes, in dem es heißt: „Von der Maas bis an die Memel“, geografisch nicht korrekt. Denn das geschlossene deutsche Sprachgebiet, an das der Dichter des Liedes der Deutschen erinnern wollte, ging einst zwar nicht über die Maas, aber über die Memel hinaus.

Aber daran hatte sich im Kaiserreich, als Memel noch zum Deutschen Reich gehörte, kaum jemand gestoßen. Zu oft hatten sich sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands Grenzen geändert, und zu oft sind fast immer große Teile des deutschen Sprach- und Kulturlandes außerhalb der Grenzen verblieben.

Bodo Bost

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Galla, Frieda, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grego, Helene, geb. Gallmeister, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 9. Juli
Sonder, Marie, geb. Blask, aus Keipern, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kelch, Lotte, geb. Mellenthin, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juli
Kruppa, Ilse, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Richter, Dr. Brigitte, geb. Loertzer, aus Lyck, Hindenburgstraße 3-4, am 3. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gebhardt, Alice, geb. von Raven, aus Neidenburg, am 5. Juli
Hoff, Helmut, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Hoffmann, Gerda, geb. Retat,

aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Krüger, Anneliese, geb. Genseleiter, aus Lyck, am 3. Juli
Pyrag, Heinz, aus Kämpfen, Kreis Elchniederung, am 9. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Flaum, Erika, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. Juli
Kleine, Grete, geb. Grassat, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 9. Juli
Lettau, Erika, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Juli
Möller, Frieda, geb. Spill, aus Kathrinhöfen, Kreis Fischhausen, am 8. Juli
Schellig, Martha, geb. Sawitzki, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. Juli

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Jaschinski, Heinz, aus Ortelsburg, am 3. Juli
Scheel, Hedwig, geb. Niedzwetzki, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bandilla, Ingeborg, geb. Karzyski, aus Milussen, Kreis Lyck, am 8. Juli
Blümel, Irmgard, geb. Link, aus Schugsten, Kreis Fischhausen, am 8. Juli
Dukatz, Sigfrido, aus Lyck, am 5. Juli
Fischer, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Klabuhn, Erika, geb. Fuhrmanski, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 6. Juli
Liedström, Dorothea, geb. Lohrenz, aus Treuburg, am 9. Juli
Ludwiczack, Tereza, geb. Rogowski, Waltraud, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 6. Juli
Spieß, Elfriede, geb. Nowak, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli
Wachsmann, Hedwig, geb. Lockwand, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Götten, Ingeborg, geb. Toll, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 8. Juli
Manke, Dr. Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Nickel, Lothar, aus Lyck, Bismarckstraße 45, am 9. Juli
Schindler, Irmgard, geb. Porgorzelski, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 5. Juli
Tengler, Margot, geb. Meier, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 6. Juli
Tisdale, Christel, geb. Dannat, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Böge, Brigitte, geb. Pest, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 6. Juli
Böttcher, Kurt, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 29. Mai
Block, Irene, geb. Mielke, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Gralla, Helmut, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli
Heiser, Rolf, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Juli

Kolat, Irmgard, geb. Krause, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 9. Juli
Majer, Gertraud, geb. Hellwig, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Pfeiffer, Paul, aus Kleschen, Kreis Treuburg und aus Skomanten, Kreis Lyck, am 3. Juli
Rüffler, Waltraud, geb. Lenski, aus Ortelsburg, am 3. Juli
Sabatin, Horst, aus Wehlau, am 7. Juli
Zachrau, Elfriede, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Juli
Zappe, Herta, geb. Jester, aus Kirtigehnen, Kreis Fischhausen, am 9. Juli
Zimmermann, Fritz, aus Willnau, Kreis Mohrunen, am 9. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bettker, Otto, aus Wiskiauten, Kreis Fischhausen, am 4. Juli
Doppler, Elfriede, geb. Gerwin, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Elsholz, Inge, geb. Sommerfeld, aus Mohrunen, am 11. Juni
Esters, Irene, geb. Wissmann, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Freihalter, Rosemarie, geb. Dannenfeldt, aus Lyck, Lycker Garten 53, am 7. Juli
Grund, Elli, geb. Junga, aus Schuttchen, Kreis Neidenburg, am 8. Juli
Heidenreich, Magdalena, aus Gutenfeld und Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Juli
Koch, Erika, geb. Tulowitzki, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 9. Juli
Kurrat, Helmut, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Juli
Lutterbeck, Ursula, geb. Augstein, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 7. Juli
Seidel, Brigitte, geb. Herold, aus Hagenau, Kreis Mohrunen, am 15. Juni
Steputat, Wolfgang, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juli
Surek, Bruno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Tamm, Elfriede, geb. Tulodetzki, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 5. Juli

Wawrzinski, Heinz, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 3. Juli
Wittmann, Eckhardt, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 5. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ballnus, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Juli
Dietrich, Prof. Dr. Gerhard, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 7. Juli
Kahlmeier, Lieselotte, geb. Kullinna, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 5. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Forchheim, Käte, aus Mankuslauken, Kreis Heidekrug, am 24. Juni
Janz, Herbert, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 9. Juli
Krause, Erika, geb. Bienroth, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 7. Juli
Pasternak, Dieter, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 5. Juli
Rieche, Brigitte, geb. Czeranski, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Schreiber, Kriemhild, geb. Kas-

ANZEIGE



MONA – DESINFektionsALKOHOL
70%iger Ethanol-Alkohol, HAUTFREUNDLICH,
DIN ISO 9001, TÜV Rheinland zertifiziert
200-ml-Flasche zu 3,76 €, 500-ml-Flasche zu 6,51 €
zzgl. MwSt. plus Versandkosten
E-Mail: postbox@mc-fap.com Telefon (05231) 4536061

Kaiser, Christel, geb. Kadereit, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 5. Juli
Labusch, Dieter, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli
Laschitzki, Elfriede, geb. Koslowski, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 7. Juli
Lunau, Bruno, aus Plautwehnen, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Maul, Luise, geb. Kreutzer, aus Schwenfels, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juli

Pasdika, Kurt, Kreisgemeinschaft Lyck, am 4. Juli
Regutzky, Oskar, aus Deutschescheck, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Schöttke, Günter, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 8. Juli
Schwarznecker, Fritz, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 4. Juli
Strobel, Horst, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 3. Juli
Ungermann, Fritz, aus Biberswalde, Kreis Wehlau, am 9. Juli
Witten, Eva, geb. Rogge, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 6. Juli
Wrabletz, Waltraud, geb. Droszella, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 7. Juli
Zajonz, Ursula, geb. Mrozek, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

taun, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Seiberle, Christa, geb. Thiel, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Siebert, Lothar, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Weber, Bernd, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 6. Juli
Weylo, Siegfried, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 8. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kotilge, Gisela, geb. Felske, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 7. Juli



ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Müller, Hannelore, geb. Nitruich, aus Aweyden, Kreis Sensburg und Ehemann Wolfgang, Müller, am 10. Juli

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Der Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein und das Ostpreußische Sommerfest in Wuttrien im Juli mussten leider wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden (siehe dazu auch den unten rechts auf dieser Seite stehenden Kasten).

Weiterhin geplant sind...

18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt fällt aus wegen Corona
5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 29/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 29/2020 (Erstverkaufstag 17. Juli) bis spätestens Dienstag, den 7. Juli 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de Bürozeiten: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Gedenken an 100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen

In wenigen Tagen jährt sich zum 100. Mal ein schicksalhaftes Datum in der preußischen und deutschen Geschichte. Am 11. Juli 1920 waren die damaligen Bewohner der südlichen Kreise Ostpreußens und einiger Kreise Westpreußens dazu aufgefordert zu entscheiden, ob ihre Heimat nach dem Ersten Weltkrieg bei Deutschland verbleiben oder künftig zu Polen gehören sollte. Mit überwältigenden Mehrheiten stimmten die Bewohner damals für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland.

Die Preußische Allgemeine Zeitung und die Landsmannschaft Ostpreußen erinnern in den kommenden Tagen auf mehrfache Weise an dieses denkwürdige Ereignis. Ursprünglich geplant war ein Gedenktag in Allenstein – zu preußisch-deutscher Zeit Sitz des Regierungspräsidiums, heute Zentrum der Woiwodschaft Ermland und Masuren – am 11. Juli. Wegen der Corona-Pandemie und der damit verbundenen unsicheren Lage musste diese Veranstaltung jedoch abgesagt werden.

Um dennoch der Volksabstimmung gedenken zu können, haben die Referenten – der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat, der renommierte Historiker Manfred Kittel und sein Kollege Krzysztof Jachimowicz – ihre geplanten Vorträge vorab vor einer Kamera aufgezeichnet. Zu sehen ist die virtuelle Gedenkveranstaltung ab dem 11. Juli 2020 auf der Webseite der Preußischen Allgemeinen Zeitung unter www.paz.de/voelksabstimmung.

Außerdem wird die PAZ in der kommenden Ausgabe 28/2020 in einer Sonderbeilage an die Volksabstimmung vor 100 Jahren erinnern.



Volksabstimmung Erinnerung an einen historischen Augenblick: Das Abstimmungsdenkmal in Allenstein mit den Wappen der ostpreußischen Städte
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen

„Seit drei Monaten nun schon beeinflusst ein kleines Virus weltweit unser Leben. Für viele von uns sind alle Kontakte eingeschränkt. Nähe zu unseren Kindern, zu allen Enkelkindern oder Freunden dürfen wir nicht leben. Das tut weh und macht traurig.

Und dennoch: Nehmen wir die kleinen Freuden um uns wahr. Etwa das Erblühen der Blumen im Garten, das Zwitschern der Vögel, das Lächeln der Nachbarin und ihr Angebot, für Sie den Einkauf zu erledigen.

Lassen Sie uns weiterhin positive Gedanken haben, uns auf die Zeit freuen, wenn wir uns wieder treffen dürfen.

Sollten Sie einmal einen Gesprächspartner brauchen – rufen Sie einfach an: Dagmar Schramm, Lilienthal, 04298-698765.

Meine Gedanken sind bei Ihnen und: Bleiben Sie gesund!“

Dagmar Schramm,
stellv. Vorsitzende der
Landsmannschaft Ost- und
Westpreußen Bremen



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Kassel - Donnerstag, 2. Juli 2020, 15.00 Uhr. Gasthaus Prinzenquelle, Schanzenstraße 99 (KS-Kirchditmold, Straßenbahnhalte Prinzenquelle der Linie 8).

Heimatsnachmittag mit Vortrag von Gerhard Landau: „Das hohe und das tiefe C-Lob Gottes von Paul Gerhardt trotz Krieg und Pest und unsere Klagen in Corona-Zeiten.“

Es gelten die bekannten Hygiene-Vorschriften.



Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende: Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964)1037. Fax (02964)945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Nachruf Prof. Dr. Ulrich Penski
*04.05.1934 + 15.06.2020

Landesgruppe - Der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. verneigt sich in Trauer vor Herrn Prof. Dr. Ulrich Penski.

Herr Prof. Dr. Penski gehörte dem Vorstand seit 2005 bis 2017 als stellvertretender Vorsitzender an. In dieser Zeit erarbeitete er regelmäßig Vorschläge und Anträge, die die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen insgesamt positiv beeinflussten. Durch seine besondere Art konnte Herr Penski sein großes Fachwissen regelmäßig zum Wohle der Landsmannschaft Ostpreußen einsetzen. Sein Rat war überaus gefragt. In seinen Stellungnahmen zu rechtlichen Fragen konnte er auf sein umfassendes Wissen als Jurist zurückgreifen.

Flucht und Vertreibung – Unrecht bleibt Unrecht – dies steht auf unserer Fahne. Dieses Thema wurde von Herrn Penski in seinen unterschiedlichen Facetten bearbeitet. Auf seinen Beitrag in der Schrift zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe zur Eigentumsfrage der Vertriebenen sei hier beispielsweise verwiesen.

Als Dozent der Rechtswissenschaften lag ihm der Kontakt seiner Studenten mit ihren Kommilitonen im Königsberger Gebiet am Herzen. So organisierte er wiederholt Studienreisen nach Königsberg. Insgesamt setzte er sich in vorbildlicher Art und Weise für seine Heimat ein. Nomen est Omen, Herr Penski stammte gebürtig aus dem Kreis Treuburg.

Möglich, dass ihm sein masurischer Heimatkreis die Treue zur Heimat in die Wiege legte.

Wir werden Herrn Prof. Dr. Ulrich Penski vermissen, sein Rat und seine ausgleichende Art werden uns fehlen. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mit den Worten Immanuel Kants verabschieden wir uns von einem treuen Ostpreußen, liebenswerten Mitstreiter und Freund:

Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird.

Für den Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein – Westfalen e.V.

Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak
als Ehrenvorsitzender,
Jürgen Zauner, Klaus-Arno Lemke,
Brigitte Schüller-Kreuer,
Dr. Bärbel Beutner

Ostpreußen, Pommern und Schlesier, NRW-Landestreffen am 5. Juli 2020

Landesgruppe – Liebe Heimatfreunde! Aus gegebenem Anlass und in Anbetracht der derzeitigen Lage in Deutschland und der Welt sehen wir uns veranlasst, Ihnen diese Information zukommen zu lassen. Das diesjährige NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier am 5. Juli 2020 auf Schloss Burg fällt aus.

Da zur Zeit niemand sagen kann, wie sich die Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entwickeln wird, haben wir uns als Veranstalter, dem die Fürsorgepflicht gegenüber allen Teilnehmern sehr wichtig ist, zu diesem Schritt entschlossen.

Aktuell fehlen auch Richtlinien der Landesregierung für derartige Veranstaltungen.

Wir bitten um Verständnis. Allen wünschen wir beste Gesundheit und Wohlergehen, damit wir uns im nächsten Jahr auf der Höhe von Schloss Burg wiedersehen.

Landsmannschaft Ostpreußen
NRW, Pommersche Landsmannschaft
NRW, Landsmannschaft
Schlesien NRW



Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Ostpreußen-Stammtische des BJO

In Zeiten der Corona-Krise, ist es für viele Vereine nicht einfach, ihre satzungsmäßigen Aktivitäten fortzuführen. Virtuelle treffen wurden zwar bereits vor der derzeit andauernden Pandemie wahrgenommen, in den letzten Wochen erfreuten sich diese aber einer überdurchschnittlichen Popularität.

Der Bund Junges Ostpreußen musste ebenfalls zahlreiche Veranstaltungen verschieben. Um das Vereinsleben trotzdem am Leben zu erhalten, finden alle 2-3 Wochen regelmäßige Ostpreußenstammtische statt. Über Skype treffen sich sowohl Mitglieder als auch interessierte Personen. Der



Sommerfrische Heute wie damals zieht es die Menschen in den Ferien hinaus ans Meer. Dieses Bild zeigt das Strandleben im Hochsommer am Ostseestrand in Cranz (ca. 1910) Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Ablauf ist sehr simpel und besteht aus zwei Punkten. Einer der Teilnehmer gibt Anstoß, indem er ein Thema vorschlägt und dieses auch referiert. Zweitens findet nach einem 10-15-minütigen Referat eine freie Diskussion statt. Bis jetzt wurde über die schriftstellerische Tätigkeit Ernst Wiecherts und über das Zukunftskonzept des

Schlusses Steinort in Ostpreußen gesprochen.

Über seinen E-Mail-Verteiler, über Facebook und Instagram, sowie in der *Preußischen Allgemeinen*, informiert der BJO über demnächst stattfindende Stammtische. Wir würden uns auf ein gemeinsames Treffen und Gespräche mit Euch freuen!

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Bartenstein

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroeben@gmx.de

Kreistreffen

Trotz der aktuellen Corona-Krise ist die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein optimistisch, am 5. September das geplante Kreistreffen in Nienburg im Hotel zur Krone mit einem neugewählten (verjüngten) Vorstand durchzuführen.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901
Internet: www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Das an dieser Stelle beworbene 65. Hauptkreistreffen am 6. September 2020 in Dortmund sowie

die geplante Betreuungsfahrt Stadt- und Landkreis Johannsburg im Oktober mussten aufgrund der Corona-Pandemie leider abgesagt werden.



Königsberg-Land

Kreisvertreterin: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna, Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de.

Die Geschäftsstelle der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr.) in Minden ist aufgelöst worden.

Ab sofort kann das Werk „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland“ von Helmut Borkowski unter folgender Adresse bestellt werden: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna/Westf., Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de
Über weitere Bestände werden noch Informationen erfolgen.

Geschäftsstelle und Heimatmuseum: Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr.

Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knickwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Studentin bittet um Mithilfe

Josephina Strößner bittet um Unterstützung für ihre Examensarbeit. Sie studiert Musik und Französisch für das gymnasiale Lehramt in Rostock. Mit ihrer Arbeit möchte sie sich Musik und Brauchtum Ostpreußens zuwenden. Ihr Interesse an der Themenwahl rührt aus der Flucht der Großmutter und deren Familie im Jahr 1945 aus dem Kreis Mohrungen nach Oberfranken.

Die Forschung für die Arbeit basiert insbesondere auf Dokumenten von Vereinen, welche sich ostpreußischer Musik und dem Brauchtum widmen, aber auch privat organisierte Treffen oder Ähnliches zum Erhalt dieses Kulturgutes sind von Interesse.

Gesucht werden (alte) Konzert-/Festprogramme oder Unterlagen wie Zeitungsausschnitte, die musikalische Aktivitäten, Tänze oder Ähnliches im Ablauf stehen haben. Danke für Ihre Hilfe!

Kontakt: Josephina Strößner, E-Mail: josephina.stroessner@hmt-rostock.de



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Heimattreffen 2020 in Hagen

Liebe Lycker-Heimattreffe, in Anbetracht der derzeitigen Lage in Deutschland und der Welt muss das diesjährige Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. am 29. und 30. August 2020 in Hagen leider ausfallen.

Da zurzeit niemand sagen kann, wie sich die Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entwickeln wird, haben wir uns als Veranstalter, dem die Fürsorgepflicht gegenüber allen Teilnehmern sehr wichtig ist, zu diesem Schritt entschlossen.

Bitte haben Sie dafür Verständnis.

Allen wünschen wir beste Gesundheit, geben Sie gut auf sich acht, damit wir uns im nächsten Jahr in Hagen wiedersehen.

*Bärbel Wiesensee
Vorsitzende der
Kreisgemeinschaft Lyck*



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, wurde unsere Geschäftsstelle neu besetzt.



Landeskunde Masuren gilt seit Alters her als „Land der tausend Seen“. Tatsächlich sind es weit über 3.000 Seen (die genaue Zahl der Seen ist nicht bekannt). Das Bild zeigt den Mucker-See in der Johannsburg Heide um 1940.

Foto: Bildarchiv Ostpreußen



Ostpreussisches Landesmuseum

Wiedereröffnung des Ostpreussischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung in Lüneburg

Haben auch Sie Besuche, Feiern oder Kulturangebote wie einen Theater- oder Museumsbesuch vermisst? Für Letzteren gibt es ab sofort eine wunderbare Gelegenheit: Wir freuen uns, unsere Türen wieder für Sie öffnen zu können.

Von Dienstag bis Sonntag heißen wir Sie von 10 bis 18 Uhr willkommen und hoffen, vielen Menschen mit der Auseinandersetzung von Kunst, Kultur und Geschichte ein Stück weit Halt und Inspiration zu geben. Auch das MuseumsCafé Bernstein ist unter strengen Auflagen wieder geöffnet. Wir freuen uns, Sie auch dort begrüßen zu dürfen.

Für Ihre und unsere Sicherheit haben wir verschiedene Maßnahmen in Abstimmung mit den behördlichen Auflagen getroffen:

- In allen Bereichen des Museums gilt die Abstandsregel von 1,5 Metern für alle Personen, die nicht in einem Hausstand leben.
- Besucherinnen und Besucher sind verpflichtet, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.
- Wir stellen Desinfektionsmittel bereit; waschen Sie sich dennoch bitte regelmäßig die Hände, vermeiden Sie Körperkontakt/Händeschütteln und niesen Sie ggf. in die Armbeuge oder in ein Taschentuch.
- Nicht alle Medien- und Mitmachstationen werden aufgrund unserer Hygienestrategie zur Verfügung stehen, wir bitten um Verständnis.
- Falls Sie sich krank fühlen: Bleiben Sie bitte zu Hause. Wir empfangen Sie gern jederzeit wieder, sobald Sie genesen sind.

Kontakt:

Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg
Tel.: 04131 759950
info@ol-ig.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

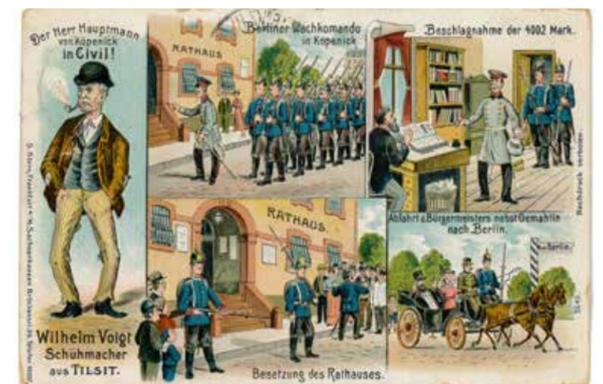


Kulturzentrum Ostpreußen

Seit der Wiedereröffnung der Residenz Ellingen für den Besucherverkehr sind auch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich. Die inzwischen überall geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen sind natürlich ebenfalls zu beachten.

Damit ist auch die diesjährige Sonderausstellung „Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick“ wieder zu besichtigen, die Anfang März unmittelbar vor dem Lockdown noch eröffnet worden war.

Am 16. Oktober 1906 besetzte der aus Tilsit stammende Wilhelm Voigt mit einigen Soldaten das Köpenicker Rathaus und raubte die Stadtkasse. Die „Köpenickiade“ ist das Thema einer in dieser Form völlig neuen Ausstellung. Sie beleuchtet die ostpreußische Abstammung Voigts und rekonstruiert die Ereignisse



Ellingen Historische Postkarte mit Darstellungen des Hauptmanns von Köpenick
Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

in Köpenick. Darüber hinaus wird auch die Verarbeitung des Schelmenstücks in der Presse sowie in Literatur und Film in den Blick genommen.

Die Öffnungszeiten für diese Sonderausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des

Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich:

Dienstag bis Sonntag, 10-12 Uhr und 13-17 Uhr (auch an den Feiertagen).
Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstr. 9, 91792 Ellingen
www.kulturzentrum-ostpreussen.de



*Sterben ist nur ein Umziehen
in ein schöneres Haus
Elisabeth Kübler-Ross*

Gerhard Paul Rudolf Biallas

* 29. 9. 1931 † 22. 6. 2020
Widminnen/Kreis Lötzen Frankfurt

Abschied von einem großartigen Menschen nehmen

**Ehefrau Elfriede
Ursula und Dieter
sowie alle Freunde und Anverwandten**

Die Beerdigung fand am 1. Juli 2020 auf dem Friedhof in Frankfurt-Zeilsheim statt.

Traueranschrift: Ursula Biallas-Lange,
Hauptstraße 8, 55758 Sensweiler, Tel. 06786-290680

Eine Stimme, die uns vertraut war,
schweigt.
Ein Mensch, der für uns da war,
lebt nicht mehr.
Erinnerung ist, was uns bleibt.

Dr. Bruno Spauschus

* 5. 11. 1925 † 16. 6. 2020
Ostpreußen Leipzig

Die Familie



*Gebt mir einen Platz am Himmelsrand,
von wo ich sehen kann mein Heimatland:
Masuren - Kreis Treuburg*

Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen trauert um ihren langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden

Prof. Dr. Ulrich Penski

* 4. Mai 1934 † 15. Juni 2020

Für seinen aufrichtigen und prägenden Einsatz für unsere ostpreußische Heimat dankt der Vorstand der Landesgruppe.

Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak (Ehrenvorsitzender)
**Jürgen Zauner, Klaus-Arno Lemke,
Brigitte Schüller-Kreuer, Dr. Bärbel Beutner**

Für die Ortsgruppe Siegen der Landsmannschaft Ostpreußen in NRW
Hella Giesler

ANZEIGEN

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334



Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de



Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

und auch die Jugendbegegnung in Lasdehnen müssen leider wegen der Coronapandemie in diesem Jahr ausfallen. Norbert Schattauer

PAZ wirkt!

Das geplante deutsch-russische Kinderferienlager in Otterndorf

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

ANZEIGE

Das siebte Buch von Wendelin Schlosser „Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“ ist 2019 im „August von Goethe Literaturverlag“ erschienen. ISBN: 978-3-8372-2220-3 314 Seiten, €18,80 Der Band spricht von der Vertreibung der Deutschen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisierten Kriminalität. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

Aufgrund der aktuellen Situation wegen des Coronavirus bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft in Bochum-Werne, Kreyenfeldstr. 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme und wünschen Ihnen beste Gesundheit in diesen schweren Zeiten.

Absage Heimattreffen

Liebe Neidenburger und Soldauer, nach reichlichen Überlegungen im Vorstand und Rücksprache mit Behörden haben wir einstimmig beschlossen, das diesjährige Heimattreffen abzusagen. Die Unwägbarkeiten sind einfach zu groß.

Ein Heimattreffen mit Gesichtsschutz und Abstandsregelung bringt es nicht. Bei den Behörden geistert immer noch die Angst vor der zweiten Welle, die dann alles zunichte macht. Viele Mitglieder haben uns auch ihre Zweifel mitgeteilt.

Wir bitten aufgrund dieser vielen Unwägbarkeiten, um Verständnis für diese Maßnahme.

Das Treffen, so wie es geplant war, wird dann nächstes Jahr in Bochum durchgeführt.

Mit heimatlichen Grüßen Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

Sensburger-Treffen abgesagt

Das für den 9. August 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Sensburger in Remscheid wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Für viele Menschen ist ein Höhepunkt der Begegnung verloren gegangen.

Das Jahrestreffen wird im nächsten Jahr stattfinden. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Webseite: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Blieben Sie gesund! Mit freundlichen Grüßen Kreisgemeinschaft Sensburg e.V. Helmut Tomscheit Geschäftsleiter

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!« Furst Fugger Privatbank IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83 BIC: FUBKDE71

Liebevoll gestaltete Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

Not macht erfinderisch. Seitdem die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes besteht, haben unzählige kreative Gestalter die vielfältigsten Maskenmodelle gefertigt, und aus den lästigen Utensilien halbwegs ansprechende Accessoires entwickelt. Ab sofort gibt es die Gesichtsmasken auch mit Elchschaufel!

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

Das Bedecken Ihres Gesichts mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der Preußischen Allgemeinen Zeitung oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

Der Preis per Stück beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre Bestellung unter folgender E-Mail Adresse: selke@paz.de oder telefonisch unter (040)414008-0.



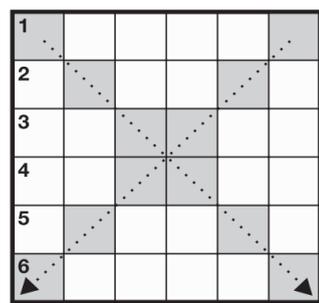
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for Sudoku, Diagonalrätsel, and Kreiskette.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

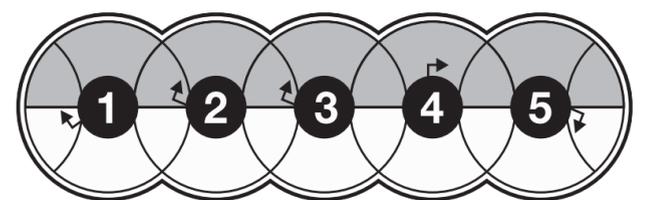
Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Befreier aus der Not. 1 gleitende Bewegung 2 Zustand der Lufthülle 3 hilflos 4 stark, gewaltig 5 Sprossenstiege 6 adliger Krieger

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für geistige Eingebung. 1 Malgerät, 2 Blütenstand, 3 Vorderasiat, 4 Hauptstadt von Albanien, 5 ein Frauenname



CHOLERA IN BRAUNSBURG

„Gott gebe, dass sie uns bald verlasse“

Der Braunsberger Arzt Jacob Jacobson bekämpfte aufopferungsvoll die Epidemie von 1831 – Die Stadt setzte ihm ein Denkmal

VON BETTINA MÜLLER

In der letzten Zeit hörte jede Geselligkeit auf, denn du hast keine Idee, wie sehr die Cholera jeden Frohsinn, jede Tätigkeit hemmte, die ganze Stadt in einen Trauerflor hüllte.“ 2020 könnte man in diesen 1848 von Fanny Jacobson, der Ehefrau des Braunsberger Arztes Jacob Jacobson, an ihre Tochter Sara gerichteten Zeilen das Wort „Cholera“ vielerorts durch „Corona“ ersetzen. Die Wörter klingen tatsächlich auch ein wenig ähnlich. Sie sind grausame „Seelenverwandte“, die dennoch unterschiedliche Ursachen haben. Ist Corona eine Viruserkrankung, wird die Cholera durch im Wasser lebende Bakterien verursacht, die starken Durchfall mit Erbrechen bis hin zum Tod auslösen können, wenn der extreme Wasser- und Nährstoffmangel nicht ausgeglichen werden kann.

Fanny Jacobson schrieb damals viele verzweifelte Briefe an Verwandte und Freunde, in denen sie die dramatischen Umstände der mehrmals in Braunsberg wütenden Cholera eindringlich beschrieb, immer auch in der großen Sorge um ihren Ehemann, der sich ohne Rücksicht auf seine eigene Gesundheit der Seuche entgegenstemmte und dennoch viele Menschen nicht mehr retten konnte.

Dramatische Umstände

Im Jahr 1831 war die Cholera Braunsberg von Danzig aus zum ersten Mal gefährlich nahegekommen. Die Prophezeiung von Jacobsons Bruder Ludwig, der als Arzt in Königsberg wirkte, hatte sich bewährt: „Lange werdet auch ihr Braunsberger nicht verschont bleiben.“

Die Regierung reagierte schnell, weil man Epidemien verschiedener Arten wie Pest, Cholera, Scharlach und Diptherie schon häufiger erlebt hatte. Zügig bildeten sich Sanitätskommissionen, die beratend tätig wurden, wie es heute unter anderem die Virologen tun. Per Gesetz wur-



Ehrenbürger der Stadt: Braunsberg ließ eine Ehrentafel (l.) für Jacob Jacobson aufstellen

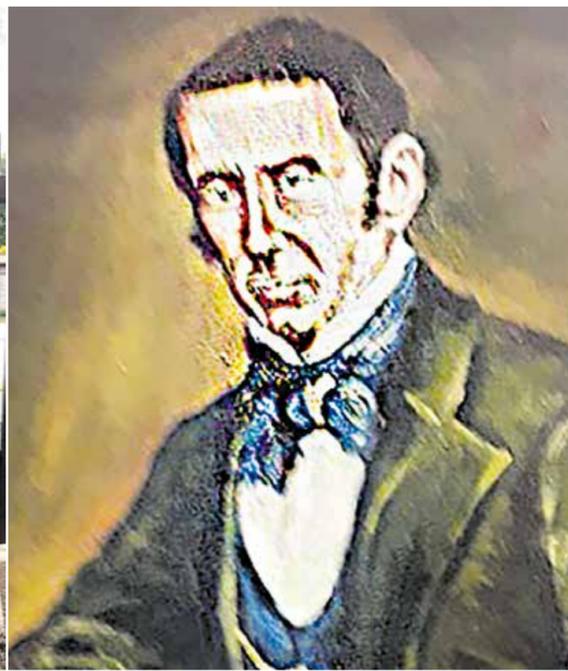


Foto: Aleksander Durkiewicz

den Maßnahmen angeordnet, deren Nichtbefolgen schlimmstenfalls mit dem Tod durch Erschießen durch Wachposten enden konnte, wenn jemand unberechtigt eine Sperrlinie durchbrach, wie Paragraf 2 des vom König von Preußen herausgegebenen Gesetzes vom 15. Juni 1831 dokumentierte, das über die „Bestrafung derjenigen Vergehen, welche die Übertretung der zur Abwendung der Cholera erlassenen Verordnung“ Auskunft gab.

Zum Glück ist man heute etwas milder gestimmt und ein Übeltäter zahlt für einen Regelverstoß nicht mehr mit seinem Leben, sondern mit einer hohen Geldstrafe. Die Regierung hatte es mit den Ermäandern nicht so einfach. Die Bewohner der überwiegend ländlichen Gegend waren oft stark abergläubisch und der „Pöbel“, wie Ludwig Jacobson an seinen Bru-

der schrieb – gemeint waren die unteren Schichten der Gesellschaft –, betrachtete Lazarette als „Sitz höllischer Qualen“, scheute sie deshalb wie der Teufel das Weihwasser und verbreitete so das Bakterium weiter. Anordnungen der Ärzte wurden nicht eingehalten, äußere Mittel und Getränke nicht eingenommen, weil viele Menschen glaubten, auf diese Weise vergiftet zu werden. Andererseits wurde versucht, aus der Tragödie Profit zu schlagen und die Angst der Menschen auszunutzen. Angebliche Heilmittel wurden für viel Geld verkauft, so veräußerte der Schuhmacher Hamann aus Danzig-Heubude selbst gebrauchte „Wundertropfen wider der Cholera“. Dabei hatte jede Gegend ihre ganz eigenen „Heilmittel“.

Die Königsberger Ärzteschaft schwor auf Senfwein, warme Umschläge und

Tinkturen, während es in der Rheinprovinz einen Ansturm auf Kardamom und Wacholderbeeren gab, die man kauen sollte, um sich danach die Hände mit verdünntem Essig zu waschen und am besten auch noch Tabak zu rauchen.

Heute noch aktuelle Maßnahmen

Maßnahmen, die heutzutage aktuell sind wie nie zuvor, wurden der Bevölkerung auferlegt und so ihre persönliche Freiheit eingeschränkt: Absperrung infizierter Gebiete, Einwanderungskontrollen, Desinfektion, damals noch mit Chlor-Räucherungen. Das Wissen über die Seuche war damals noch äußerst begrenzt, vor allem, was die Ursache anging. Erst 1883 sollte der Bakteriologe Robert Koch als Entdecker des Cholerabazillus gefeiert werden. Weitgehend unbeachtet geblieben war je-

doch, dass bereits 1854 der italienische Arzt Filippo Pacini (1812–1883) den Erreger eindeutig nachweisen konnte.

Die Fachwelt ignorierte seine Entdeckung jedoch sehr lange, weil man sich einig war, dass die Cholera nur über die Luft verbreitet wurde. Erst 1965 wurde Pacini posthum für seine Entdeckung geehrt und der Cholera-Erreger offiziell in „Vibrio cholerae Pacini 1854“ umbenannt, der daran schuld war, dass auch in Braunsberg, wie in vielen anderen ostpreußischen Orten auch, von 1831 bis 1873 mehrere Cholera-Epidemien wüteten.

Mehrere Epidemien in Ostpreußen

Unermüdlich muss Jacobson damals von Patient zu Patient geeilt sein, wofür er 1853 völlig zu Recht zum Ehrenbürger der Stadt Braunsberg ernannt wurde. Mittlerweile hat die Stadt auf Veranlassung der „Vereinigung der Freunde Braunsbergs“ (Towarzystwa Miłośników Braniewa) eine Gedenktafel zu Ehren des verdienstvollen Arztes errichtet, der nur ein Lebensalter von 51 Jahren erreichte, weil er seine eigene Gesundheit zugunsten der Cholera-Kranken zurückstellte.

Nach Jacobsons Tod kehrte die Cholera 1866 erneut zurück, bei der innerhalb kürzester Zeit allein 264 Mitglieder der katholischen Gemeinde starben. 1873 raffte sie 300 Mitglieder innerhalb von fünf Wochen dahin. Es sollten noch viele Jahre vergehen, bis die Cholera bekämpft war, wenn auch nicht vollständig. Vereinzelt traten immer mal wieder Fälle auf, zum Beispiel 1990 in Rumänien.

Die Cholera-Epidemien haben das Leben des Braunsberger Arztes Jacobson stellenweise maßgeblich beherrscht und auch er griff gelegentlich zur Feder, um sein Herz auszuschütten: „Eine fürchterliche Zeit, die mir nicht sobald aus der Erinnerung schwinden wird.“ Doch angebracht ist jetzt dieses Schlusswort, ebenfalls aus Jacobsons Korrespondenz: „Nun genug von dieser schaudervollen Zeit.“

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Cranach kehrt nach Breslau zurück

Nationalmuseum in Stockholm gibt Gemälde zurück – 100 Werke des Schlesischen Museums bildender Künste sind verschollen

Schwedens größtes Kunstmuseum – das Nationalmuseum in Stockholm – bekundete am 23. Juni auf seiner Internetseite die „Rückgabe“ eines der wertvollsten Bilder der Kunstsammlung im Vorkriegsbreslau an die polnische Regierung. Es handelt sich dabei um das Werk „Die Beweinung Christi“ von Lucas Cranach dem Älteren. Das Bild wurde zusammen mit etwa 100 anderen Kunstwerken 1946 aus dem niederschlesischen Kamenz [Kamieniec Zabkowicki] gestohlen.

„Die Beweinung Christi gehörte zu den Beständen des Schlesischen Museums bildender Künste. Es gehörte dem sächsischen Kaufmann Konrad von Günterode (1476–1535) und seiner Ehefrau Annie, geb. Alnpeck (1494–1541). Ihre Wappen befinden sich im unteren Teil des Gemäldes, das in den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts entstanden ist. Es ist ein Epitaph, das die Witwe oder die Kinder gestiftet haben. „Doch das sind bislang nur Spekulationen“, sagte Piotr Oszczanowski, der Leiter des Breslauer Nationalmuseums, dem polnischen Nachfolger des Schlesischen Museums bildender Künste in Breslau bei einer Pressekonferenz.

Nun warten der Museumsdirektor und seine Mitarbeiter ungeduldig darauf,

das Werk zu untersuchen und der Öffentlichkeit präsentieren zu können. „Es ist ein Werk, das von einer tiefen Religiosität erfüllt ist, entstanden im Geiste der Reformation in der Werkstatt von Lucas Cranach dem Älteren, der die Grundlagen der lutherschen Kunst legte“, erklärte Oszczanowski, der bereits viele im Krieg und danach verschollen geglaubte Werke nach Breslau zurückholte.

Bevor das Gemälde ins Schlesische Museum der bildenden Künste kam, hing es in der Fürstenkapelle der Zisterzienser in Lebus [Lubiaz]. Wann und warum ein Werk der Reformation in ein durch und durch katholisches Kloster gelangte, ist Oszczanowski ein Rätsel. Er weiß nur, dass das Cranach-Werk nach der Säkularisation des Ordens nach Breslau kam.

Denkmalschützer rettete Werke

Aus der Dokumentation des Museums geht hervor, dass der Denkmalschützer Günther Grundmann bereits 1942 begonnen hatte, Kunstwerke in Sicherheit zu bringen. Er verteilte diese in Verließe von Schlössern, Klöstern und Kirchen Niederschlesiens, die etwas abseits oder im Verborgenen lagen.



Breslauer Nationalmuseum: Nachfolger des Schlesischen Museums bildender Künste

Heute weiß man, dass sich die Breslauer Kunstwerke hauptsächlich in Heinrichau [Henrykow], Bohrau [Borowa Olesnicka], Klein Bresa [Brzezica], Warmuntowitz [Warmatowice], Neukirch [Nowy Kosciol], Gröditz [Grodziec], Louisdorf

[Lojowice], Rückers [Szczytna], Stolz [Stolec], Neustadt O.S. [Prudnik] oder eben Kamenz [Kamieniec Zabkowicki] befinden. Die Grundmann'sche Liste der Verstecke ist jedoch bereits 1945 in polnische Hände gefallen. Die Zeitung „Gazeta Wy-

borca“ schreibt, dass im Bericht eines Beauftragten des Bildungsministers vom 23. November 1945 vermerkt wurde: „Trotz aller Bemühungen ist von den Breslauer Beständen wortwörtlich nichts zurückgekehrt.“ Ein großer Teil der Funde fiel den Sowjets in die Hände, vieles ist durch marodierende Banden und einzelne Diebe abhandengekommen.

Herkunft ist unbekannt

Das Stockholmer Museum gibt an, dass mit dem Abzug der Roten Armee Ende Februar 1946 100 Kunstwerke, darunter das Cranach-Werk, fehlten. „Die ‚Beweinung Christi‘ wurde 1970 guten Wissens von den Erben Sigfrid Häggbergs erworben“, so Susanna Pettersson vom Nationalmuseum Stockholm. Man wisse jedoch nicht, auf welche Weise der Cranach in die Hände Häggbergs fiel.

Der Ingenieur und Geschäftsmann Karl Reinhold Sigfrid (Sigge) Häggberg war 1922 Leiter des Konzerns LM Ericsson in Polen. 1942 wurde er wegen Spionage zum Tode verurteilt, jedoch durch König Gustav V. begnadigt. Er verstarb 1963 in Warschau, begraben wurde Häggberg im 70 Kilometer von Stockholm entfernten Mariestad. *Chris W. Wagner*

VOR 200 JAHREN

Pommern huldigt, wiedervereinigt als Provinz, König Friedrich Wilhelm III.

Das Ostseebad Heringsdorf erhält von Kronprinz Friedrich seinen Namen

Nach der Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 zog das schwedische Heer unter Thronfolger Karl XIV. Johann (dem ehem. franz. Marschall Bernadotte) in den Krieg gegen Dänemark nach Schleswig-Holstein. Die Stadt Kiel wurde von den schwedischen Truppen besetzt. In der Schlacht von Bornhöved am 7. Dezember 1813 wurden die Dänen geschlagen und im Gedächtnis der Bevölkerung blieb dieser Winter als Kosakenwinter, denn zum schwedischen Heer gehörende russische Kosakenreiter zogen plündernd durch das Land. Am 14. Januar 1814 wurde im Kieler Frieden mit Dänemark die Übergabe von Schwedisch-Pommern vertraglich vereinbart. Da Dänemark jedoch die auferlegten Kriegsschadigungen an Schweden nicht zahlen konnte, wurde auf dem Wiener Kongress der westliche Teil Pommerns, das bisherige Schwedisch-Pommern, gegen Abtretung des Herzogtums Lauenburg an Dänemark und Übernahme der dänischen Reparationszahlungen an Schweden dem Königreich Preußen übergeben. Die symbolische Übergabe durch den schwedischen Generalgouverneur Wilhelm Malte I., Fürst zu Putbus an den Bevollmächtigten Preußens, den geheimen Staatsminister Freiherr von Ingersleben, erfolgte in der Badenstraße 17 in Stralsund (dem heutigen städtischen Bauamt) am 23. Oktober 1815 durch das Einholen der schwedischen und das Hissen der preußischen Fahne. Friedrich Wilhelm III. soll nur noch wegen der Abstandszahlungen von 2.600.000 Talern an Dänemark und 3.500.000 Talern an Schweden gehadert haben. Nach einer Übergangszeit bis 1818, in der der neue Landesteil als Neuvorpommern einen Übergangstatus einnahm, war Pommern nach fast zwei Jahrhunderten wiedervereinigt, und der Erbvertrag von Grimnitz aus dem Jahre 1529 war erfüllt.

Die Inseln in der Odermündung, Wollin und Usedom, waren schon seit 1720 Teil

Preußens, jedoch durch Kriege, Fremdherrschaft, Kontributionen sowie Natur- und Gesundheitskatastrophen ausgelagt.

„Pommernland war abgebrannt“. Deshalb ernannte 1814 König Friedrich Wilhelm III. einen seiner fähigsten Verwaltungsbeamten Johann August Sack zum Regierungspräsidenten in Stettin. Zu dessen vordringlichen Aufgaben gehörte die Einordnung Neuvorpommerns in die Provinzialverwaltung, sowie die Belegung zahl-

nister Graf Ludwig Friedrich Viktor Hans von Bülow. Sein Vetter und Förderer war der Staatskanzler Fürst von Hardenberg. Nach Errichtung des Königreiches Westfalen kam er als Mitglied des Staatsrates nach Kassel und war dort 1808 – 1811 Finanzminister. Auf Vorschlag des Fürsten von Hardenberg wurde er danach zum preußischen Staats- und Finanzminister ernannt. 1817 erbat er die „ehrenvoll gewährte Dienstenlassung“, blieb aber Mitglied des Staatsrates und Minister des

dem „Roten Adlerorden 3. Klasse“ ausgezeichnet und hatte die ehrenvolle Entlassung aus dem Staatsdienst erhalten.

1817 wurde das Gut Gothen vom Forstmeister Georg Bernhard von Bülow und seinem Bruder, dem Kaufmann Ernst von Bülow-Cummerow aus der Subhastation (Zwangsversteigerung) für 45.000 Taler erworben. Die neuen Eigner verkauften den für den Kanalbau erforderlichen Landstreifen für 5800 Taler an den preußischen Staat. Der Bau des Kanals wurde auf Veranlassung des Oberpräsidenten von 1817 bis 1818 durchgeführt. Nach ihm heißt der Kanal auch heute noch „Sackkanal“.

Um dem Oberpräsidenten und seinem Onkel die Schönheit des ersteigerten Gutes zu zeigen, bestieg man im Jahre 1817 die zwischen dem Dorf Gothen und der Ostsee liegende 45 m hohe Erhebung. An dieses Ereignis erinnert der Spruch „es stieg hinauf der Präsident – nach ihm ist dieser Berg benannt“ (Präsidentenberg). Die Investition „Gut Gothen“ amortisierte sich für die Brüder Bülow innerhalb kurzer Zeit durch Holzeinschlag und Verkauf von Eichen- und Buchenholz als Bau- und Brennmaterial. Die gelichteten Grundstücke wurden an Büdner und Tagelöhner, Bauern und Fischer sowie an Bewohner der drei im Gutsbereich liegenden Dörfer Gothen, Neuhof und Neukrug vergeben, und binnen kurzem entstand am Ostseestrand ein weiterer Wohnplatz. Bruder Ernst hatte damit sein Ziel erreicht, zahlte sich selbst aus und verließ die Insel Usedom. Georg Bernhard von Bülow blieb, und – wie es in einer zeitgenössischen Zeitungsmeldung verfasst durch Willibald Alexis heißt: „Auf einem der höchsten Hügel, der abgeholzt war, zimmerte man ein leichtes Haus zum Sommeraufenthalt“ (das „weiße Schloss“ auf dem Kulmberg). Vom oberen Stockwerk fand man eine belohnende Aussicht. Die See zu Füßen lockte zum Bade. Nachdem eine geplante Rundreise 1819 abgesagt werden musste, beschloss König

Friedrich Wilhelm III. auf Empfehlung des Oberpräsidenten Sack noch vor seinem 50. Geburtstag am 3. August 1820 eine Visitation der neuen Landesteile Pommerns zu unternehmen, den Fortgang der Aufbauarbeit zu kontrollieren und sich von den Untertanen huldigen zu lassen. So begann er die Rundreise am 1. Juni in Stettin begleitet von seinen Söhnen, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm (später König Friedrich Wilhelm IV.), dem Prinzen Wilhelm (später Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen) und dem Prinzen Karl Alexander (dem späteren General und Wiedergründer des Johanniter-Ordens) mit „kleinem Gefolge“. Am 5. Juni 1820 war man auf der Baustelle des neuen großen Wellenbrechers vor dem Hafen von Swinemünde. Die damals eingemauerte Gedenktafel ist auch heute noch eine Touristenattraktion.

Wohl auf besondere Empfehlung seines Finanzministers und des Oberpräsidenten machte der König „nebst Suite und Equipagen“ am 7. Juni 1820 auf dem Weg nach Wolgast Station bei Georg Bernhard von Bülow. Der Kronprinz soll jedoch schon einen Tag vorher dort gewesen und vom Gutsbesitzer auf den Kulm gebeten worden sein, der Wohnstätte der Fischer am Strand einen Namen zu geben. Gut gelaut verlieh er der Kolonie den Namen „Heringsdorf“. Sein Vater, der König, notierte am 7. Juni 1820 in sein Tagebuch, er sei über Heringsdorf, wo er die Heringsfischer besucht habe, am Strand der Ostsee nach Wolgast gereist.

Der Grundstein für den unaufhörlichen Aufstieg Heringsdorfs zum mondänen internationalen Seebad innerhalb der letzten 200 Jahre war damit gelegt und der heutige Name „Kaiserbäder“ hat damit eine gewisse Berechtigung.

Fritz Spalink

Historiker im Förderverein Pommerische Heimat e.V.

● Weitere Info

<https://pommerscheheimat.de/>



Der Kulm, in der Mitte die „Villa Maria“, 1882, im Hintergrund die Küste der Insel Wollin – Gemälde von C. Jonas (Bild: Archiv)

reicher öffentlicher Vorhaben, die bisher im Hintergrund bleiben mussten. Zu diesen gehörte der Ausbau des Hafens Swinemünde, die Schaffung und Verbesserung von Agrarstrukturen, sowie die Förderung von Handwerk, Industrie und Handel. Als besondere Aufgabe in diesem Zusammenhang erkannte er die bereits unter Friedrich II. begonnene Trockenlegung des Thurbruchs, eines ausgedehnten Niedermoor- und Sumpfgebietes auf Usedom zur Gewinnung von Agrarland.

Die Insel Usedom hatte in dieser Zeit noch einen weiteren besonderen Freund und Förderer, den preußischen Finanzmi-

Handels und Gewerbe.

Gemeinsam mit dem inzwischen zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern ernannten J.A. Sack wollte er die Realisierung des Thurbruchprojektes vorantreiben. Der Konkurs des Rittergutes Gothen verhinderte jedoch die Ausführung. Was lag näher, als dass von Bülow seinen Nefen, den preußischen Oberforstmeister Georg Bernhard von Bülow (1768–1854), der seit 1798 als Leiter der Forstverwaltung der Grafschaft Berg und des Königreiches Westfalen gedient hatte, an den Plänen zu beteiligen. Dieser wurde kurz zuvor nach den Befreiungskriegen mit

Neues Bernsteinmuseum entsteht in der Großen Mühle in Danzig



Die Große Mühle in Danzig, dahinter der Turm der Katharinenkirche

(Foto: Andrezej Otrębski)

Wohl jeder Danzig-Besucher kennt das historische Gebäude der Großen Mühle, das einst im 14. Jahrhundert durch den Deutschen Orden errichtet wurde, der auch den Radaunekanal erbaut hatte, dessen Wasser die Mühle bis 1945 antrieb. Die Mühle wurde anfangs durch zwölf, später durch 18 große Mühlräder angetrieben. Der Radaunekanal plätschert nach wie vor, in der Mühle jedoch hatte sich ein wenig attraktives Einkaufszentrum etabliert, das 2016 geschlossen wurde. Pläne, hier das Bernsteinmuseum, das sich derzeit im Stockturm befindet, umzusiedeln, bestehen seitdem. Nun nimmt das Projekt Gestalt an.

Am 25. Juni 2020 wurde in der Großen Mühle ein Vertrag über die Umsetzung der zweiten Stufe der Modernisierung sowie der Bau- und Konservierungsarbeiten des historischen Gebäudes unterzeichnet und eine sehr interessante Visualisierung gezeigt.

„In Danzig gibt es viele schöne historische Gebäude. Wir freuen uns, dass es uns bei einem Denkmal wie der Großen Mühle nicht nur gelungen ist, Finanzmittel von der Europäischen Union zu erhalten, sondern auch eine interessante Idee für deren Funktionsweise zu finden. Seit 2016, als Käufer die Innenräume der Großen Mühle verlassen haben, haben wir nach Lösungen gesucht, und ich bin überzeugt, dass das neue Bernsteinmuseum perfekt zu den Veränderungen in der Altstadt passt und eine großartige Ergänzung zu ihnen sein wird“ – sagte Alan Aleksandrowicz, stellvertretender Präsident für Investitionen in Danzig.

Das Innere der Großen Mühle soll spektakulär von Schwarz-, Glas- und LED-Lichtern dominiert werden. Der auf diese Weise erzielte Kontrast von Schwarz zu der hellen Farbe von Bernstein besteht darin, seine Schönheit hervorzuheben, die Aufmerksamkeit des Betrachters zu



Visualisierung des Bernsteinmuseums in der Großen Mühle, die auf mehreren Ebenen präsentiert werden wird.

(Foto: Anna Bock, mat. Danziger Museum)

lenken und ihn in die Welt der präsentierten Exponate zu ziehen.

Drei der vier Ebenen der Großen Mühle mit einer Gesamtfläche von ca. 2.000 qm sind dann für Besucher zugänglich und mit einem Aufzug mit Panoramablick auf alle Ebenen der Anlage und Treppen erreichbar. Die Einrichtung soll vollstän-

dig an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen angepasst werden. Die Finanzierung erfolgt durch die Stadt Danzig und die Europäische Union im Rahmen des regionalen Programms der Woiwodschaft Pommern. Nach Abschluss der Bau- und Restaurierungsarbeiten, geplant für Mai und Juni nächsten Jahres, wird

das Danziger Museum mit der Montage der Dauerausstellung beginnen, die im Rahmen des grenzüberschreitenden Kooperationsprogramms Polen-Russland 2014-2020 finanziert wird.

„Wir hoffen, dass das neue Bernsteinmuseum eine der Hauptattraktionen von Danzig sein wird. Darin zeigen wir nicht nur das 40 Millionen Jahre alte Erbe der Vergangenheit, sondern auch die interessantesten und zeitgenössischsten Produkte von Danziger und pommerschen Handwerkern. Dank ihrer Arbeit ist das Bild von Danzig als Welthauptstadt des Bernsteins seit mehreren Jahren mitgeschaffen. Die darin vorbereitete Geschichte über baltischen Bernstein ist nicht nur auf lokaler oder polnischer Ebene, sondern auch auf der ganzen Welt eine Erzählung“ – sagt Waldemar Ossowski, Direktor des Danziger Museums. Bis Ende Juni 2021 soll die neue Attraktion in der über 1000-jährigen Stadt fertiggestellt sein. Die Ausstellung umfasst dann 2.300 qm und soll am 28. Juni 2021 eröffnet werden..

Die sich derzeit in der Großen Mühle befindliche archäologische Ausstellung bleibt erhalten.

gdansk.pl / BS

„Es ist kein Wunder, wenn das Volk rebelliert“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Über die derzeitige innen- wie außenpolitischen Lage Deutschlands gibt Gott sein Dank die PAZ wieder erschreckende Kenntnis“

Peter Westphal, Goslar



Ausgabe Nr. 25

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN NOTWENDIGES ÜBEL ZU: ECKPUNKTE FÜR EIN „NEUES DEUTSCHLAND“ (NR. 24)

Laut dem Autor des Artikels will die „übergroße Mehrheit der Deutschen“ einer „Expertokratie“ und damit eine „Herrschaft des Wissens anstelle des Parteibuchs“. „Ideologische Parteisolddaten“ sollen durch (direkt gewählte) „kompetente und handlungsstarke Staatslenker“ ersetzt werden. Diese sollen dann „einfach nur machen“ und von „ideologischen Grabenkämpfen“ absehen.

Im Ergebnis läuft das auf die Ablehnung der Demokratie hinaus, denn das Volk (griechisch: *demos*) kann überwiegend nicht unmittelbar herrschen (griechisch: *kratein*). Dazu fehlen ihm die nötigen Kenntnisse. Außerdem ist die Feststellung dessen, was das Volk wirklich will, eine zeitraubende, komplizierte Sache. Das Volk benötigt daher (von ihm gewählte) Gremien, die an seiner Stelle entscheiden. Solche Gremien sind jedoch ohne die Parteien, die hierfür ihre Kandidaten zur Wahl stellen, nicht zu bilden. Das Parteibuch ist mithin ein notwendiges Übel.

In welchem Umfange die Parteien auf ihre Parteibücher abstellen, ist freilich ihnen überlassen. Sie können das mit Zurückhaltung, aber auch exzessiv tun. Entscheiden sie sich für Letzteres, ist es kein Wunder, wenn das Volk rebelliert und eine andere Staatsform wünscht.

Dr. Gerhard Dannert, Celle

DIE USA GEHEN ZU WEIT ZU: ZWISCHEN WUNSCH UND WIRKLICHKEIT (NR. 24)

Grundsätzlich ist es nicht zu tolerieren, dass die USA mit ihrer gigantischen Militärmaschinerie von deutschem Boden aus weltweit völkerrechtswidrige Kriege anzetteln und führen. Drohnen-Morde mit vielen zivilen Opfern eingeschlossen.

Eine Erhöhung des deutschen Militäretats und weitere Forderungen des NATO-Kriegsbündnisses sollten zurück-

gewiesen werden. Mir ist absolut unklar, vor welchem Land und Feind wir uns militärisch schützen beziehungsweise verteidigen müssten.

Die Abrüstung sollte (wieder) in den Blickpunkt rücken. Das eingesparte Geld wird viel dringender in verschiedenen zivilen Bereichen benötigt.

Heinz-Wilhelm Wippersteg, Spenge

„TRAU KEINER STATISTIK“ ZU: WIE MAN MIT DER WAHRHEIT LÜGT (NR. 25)

Abgesehen davon, dass in Diagrammen oft eine den Vorführeffekt verstärkende „Nullpunktunterdrückung“ oder eine Zeiteingrenzung auf die gewünschte Aussage und somit eine Koordinatenschrumpfung vorgenommen wird, besteht eine weitere Möglichkeit der Manipulation (von Statistiken, d. Red.) darin, mit an dieser Stelle nicht relevanten Begriffen zu jonglieren und damit ein Verständnis zu bewirken, das nicht der vorgegebenen Aussage der Statistik entspricht. Dafür nur zwei Beispiele:

Es ist unübersehbar, dass Immigranten überproportional an Kriminalität beteiligt sind. Dennoch ist erkennbar, dass im Sinne der „Political Correctness“ versucht wird, dieses mit Statistiken von Deutschen und Immigranten zu relativieren. Und in Statistiken werden Immigranten mit deutschem Pass als Deutsche gezählt, was methodisch nicht einmal angreifbar ist, denn wer einen deutschen Pass besitzt, kann als Deutscher gelten. Dann ergibt sich aber für uns ein doppelter Nachteil, indem deren Kriminalität bei uns hinzugezählt und bei den Zuwanderern abgezogen wird.

Ein anderes Beispiel ist die tägliche Berieselung mit einer Zahl der Corona-Infektionen, die alle bereits aufgetretenen Erkrankungen enthält und somit keinerlei Einfluss auf uns (mehr) hat. Auch wird nicht angegeben, ob die Menschen „an“ oder „mit“ Corona gestorben sind

Völlig unberücksichtigt bleiben die Sterbefälle, die auf wegen Corona nicht

durchgeführte Untersuchungen oder Operationen zurückzuführen sind. Die entscheidende Zahl der hinsichtlich einer Ansteckungsgefahr bestehenden Fälle wird dagegen nicht erwähnt und liegt in Deutschland zwischenzeitlich unter 10.000. Das bedeutet, dass mich von etwa 10.000 Menschen einer anstecken kann. Der muss mich aber erst einmal finden.

Solche Beispiele, von denen andere noch ärgerlicher sind, ließen sich in fast allen Bereichen aufzeigen. Das daraus resultierende Fazit kann somit nur lauten: „Trau' keiner Statistik, die du nicht selbst gründlich hinterfragt hast!“

Vielmehr wird das Einkommen als Reichtumskriterium herangezogen. Wenn man für das Armutskriterium einen Prozentsatz der Einkommensstatistik heranzieht, gilt man selbst dann noch als arm, wenn sich die Einkommen verzehnfacht haben und man sich ein Vielfaches leisten könnte. Viel überzeugender wäre es, denjenigen als arm zu bezeichnen, der sich Dinge nicht leisten kann, die über den elementaren Lebensbedarf hinausgehen.

Ähnlich ist es beim Reichtum: Zu den höchsten zehn Prozent des Einkommens zählt man (schon) mit einem Bruttoeinkommen von 5866 Euro. Und: „2503 Euro brutto im Monat: Dieses Gehalt teilt Deutschlands Arbeitnehmer exakt in eine reiche und eine arme Hälfte.“ Die Einkommenshöhe wird herangezogen, obwohl sie eigentlich nur einer „Fleißvergütung“ entspricht. Viel sinnvoller wäre es, denjenigen als reich zu bezeichnen, der über einen sinnvoll nicht nutzbaren Überfluss verfügt.

Solche Kriterien kann die Politik aber nicht gebrauchen, weil sich damit nicht polemisieren lässt und sich ihre Absichten nicht durchsetzen lassen.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

AUF DEN LEIM GEGANGEN ZU: HEUTE STARB DAS DEUTSCHE REICH (NR. 21)

In dem Artikel heißt es: „Dönitz beklagte sich über die Gepäckbeschränkung, bei

einer späteren Leibesvisitation soll er fünf seidene Unterhosen getragen haben.“ Zwar sichert sich der Autor hinsichtlich seiner Quelle durch ein „soll“ ab, aber er ist sich offenbar nicht dessen bewusst, damit einen zentralen Aspekt der britischen Propaganda wiederzugeben.

Es war das erklärte Ziel der Briten, die letzte Reichsregierung nach allen Regeln der psychologischen Kriegsführung herabzusetzen und zu demütigen. Deshalb erfand man die Lüge von den fünf seidene Unterhosen, die noch durch die Lüge, man hätte die Mitglieder der Reichsregierung bei der Festnahme in den Betten überrascht, ergänzt wurde.

Insbesondere die nach sensationellen Berichten haschenden englischsprachigen Medien griffen derartige Lügen begierig auf und verbreiteten sie. Man sollte eigentlich meinen, dass eine Wochenzeitung wie die PAZ über Autoren und Redakteure verfügt, die so viel Durchblick haben, dass sie nicht ausgerechnet diese dreisten Lügen der Alliierten in die Berichterstattung einer derart zentralen Angelegenheit einfließen lassen.

Die Situation der letzten Reichsregierung war tragisch und nicht bizarr. Angesichts des zusammenbrechenden deutschen Staates war Dönitz bereit, die Verantwortung zu übernehmen und so viel wie möglich zu retten. Dies bezieht sich nicht nur im völkerrechtlichen Sinne auf das Fortbestehen des deutschen Staates, sondern auch auf die Rettung von Millionen Menschen. Gerade die Ostpreußen sollten allen Grund haben, derartigen alliierten Lügen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Kaum ein anderes Zeugnis veranschaulicht dies besser als die Erklärung von Dönitz am 1. Mai 1945 an das deutsche Volk: „Im Bewusstsein der Verantwortung übernehme ich die Führung des deutschen Volkes in dieser schicksalsschweren Stunde. Meine erste Aufgabe ist es, deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den vordrängenden bolschewistischen Feind zu retten. Nur für diesen Zweck geht der militärische Kampf weiter.“
Walter T. Rix, Noer-Lindhöft

ANZEIGE

Anonym kommunizieren und recherchieren im Internet

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

■ Totalitäre Staaten setzen gezielt modernste Technik ein, um Falschinformationen zu verbreiten, die Bürger auszuspionieren und unter Kontrolle zu halten. Soziale Medien manipulieren Meinungen und üben Druck auf Menschen aus. Internetgiganten spinnen um Sie als Benutzer gezielt feinsmaschige Netze, um mit Ihren Daten Geld zu verdienen.

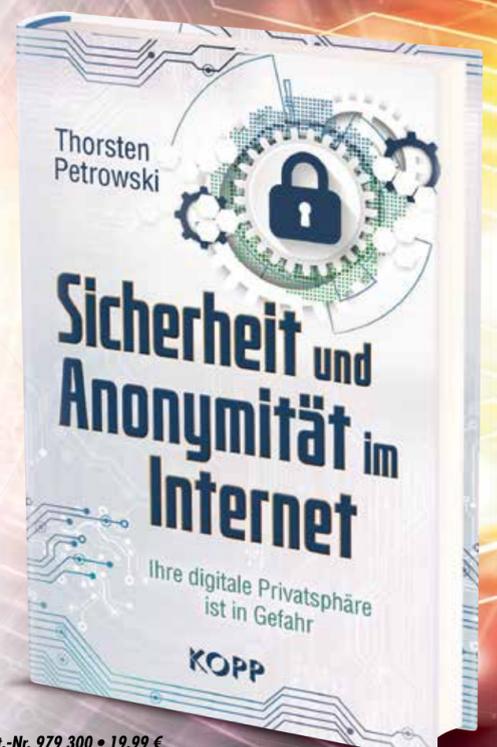
Anonym surfen – das wünschen sich deshalb in Zeiten staatlicher Überwachung und kommerzieller Datenhändler viele Nutzer des Internets.

Internetnutzer, egal ob am Smartphone oder am PC, geben ständig freiwillig Informationen über sich preis, die eigentlich niemanden etwas angehen. Normalerweise geben Sie ja auch nicht jedem Fremden einfach so Ihren Namen, Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer. Im Internet ist das anders: Sobald Sie Ihren Rechner mit dem Internet verbinden, sind Sie identifizierbar. Von privaten und kommerziellen Datenschnüfflern – aber auch von staatlichen Behörden.

Mit jedem Besuch einer Internetseite verraten Sie einen Teil Ihrer Identität. Dagegen können Sie sich wehren. Wenn Sie sich im Internet anonym bewegen möchten, müssen Sie wissen, welche Spuren Sie beim Surfen hinterlassen und wie Sie dadurch identifiziert werden können. Erst dann können Sie sich daranmachen, Ihre Schritte zu verschleiern. Dieses Buch zeigt Ihnen, wie es geht. Hier erhalten Sie leicht umsetzbare und kompetente Antworten auf Fragen wie:

- Was verrät mich im Internet? Warum bin ich im Internet nicht anonym?
- Wie kann ich meine Spuren im Internet löschen und regelmäßig beseitigen?
- Welche Funktionen in meinem Browser stellen ein besonderes Sicherheitsrisiko dar?
- Wie kann ich mich vor Spionageprogrammen schützen, diese auf meinem Rechner finden und gegebenenfalls eliminieren?
- Welches sind die besten Dienste und Schutzprogramme zur Anonymisierung meines Surfverhaltens, und welche davon sind sogar kostenlos?
- Welche Spuren sollte ich regelmäßig auf meinem eigenen Computer beseitigen?
- Wie kann ich meine E-Mail-Kommunikation vor fremden Zugriffen schützen?

Thorsten Petrowski erläutert für jedermann verständlich und mit zahlreichen praktischen Tipps, was Sie ohne großen Aufwand tun können, um Ihren Computer wieder zu einem sicheren und anonymen Teil Ihrer Privatsphäre zu machen.



Thorsten Petrowski: Sicherheit und Anonymität im Internet – Ihre digitale Privatsphäre ist in Gefahr • gebunden • 254 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 979 300 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

VON HELGA SCHNEHAGEN

Als britische Ärzte Mitte des 18. Jahrhunderts das alte Wissen um die heilende Kraft des Meeres wiederbelebten und an der englischen Küste eine ganze Reihe von Seebädern entstand, allen voran Brighton, fragte der Göttinger Professor Georg Christoph Lichtenberg 1793 in einem Essay: „Warum hat Deutschland noch kein großes öffentliches Seebad?“

Den deutschen Seebäder-Gedanken ins Gespräch gebracht hatte als Erster Gerhard Otto Christoph Janus, Inselepastor von Juist. Um die schwierige Existenz der Fischer durch ein Seebad zu verbessern, hatte er 1783 eine Petition an Friedrich den Großen gerichtet, den damaligen Landesherrn – die Grafschaft Ostfriesland war 1744 an Preußen gefallen –, und darin den gesundheitlichen Nutzen der Seeluft ausführlich erklärt. Seine Eingabe blieb unbeantwortet.

Dafür beschlossen die ostfriesischen Landstände 1797 die Errichtung eines Seebades auf Norderney. Für die Insel sprach die gute Anbindung an die Hafenstadt Norden und die Möglichkeit, sie bei Ebbe über das Watt zu erreichen. Dieses Mal ließ die Genehmigung aus Berlin nicht lange auf sich warten, vorausgesetzt, die Landstände trügen selber die Kosten. Juist dagegen wurde erst 1840 Seebad.

Im Jahr 1800 konnte Norderney mit 250 zahlenden Gästen seine erste Saison offiziell eröffnen. 1803 kamen bereits 400 Sommerfrischler, davon 100 sogenannte Ausländer. So wurden Nicht-Preußen seinerzeit genannt und statistisch erfasst. Zu den Pionieren gehörte Blücher, der später bei Waterloo über Napoleon siegen sollte. Als Generalleutnant machte er von 1801 bis 1804 mit seiner Familie Sommerurlaub auf Norderney.

Der Aufschwung der ersten Königlich-Preußischen Seebadeanstalt nahm ein jähes Ende, als Ostfriesland unter französische Besatzung fiel und Napoleon die Kontinental Sperre über England verhängte. Von 1813 bis 1815 war Norderney wieder preußisch und ab 1815 Teil des Königreichs Hannover. Unter den Welfen erlebte Norderney seine erste Blütezeit. Als Sommerresidenz von König Georg V. avancierte Norderney zu einem der bedeutendsten Treffpunkte Europas.

Nach dem verlorenen Krieg gegen Preußen 1866 übernahmen die Hohenzollern blitzartig wieder die Insel. Denn schon am nächsten Morgen tauchte das Kanonenboot „Blitz“ vor der Insel auf. Der Herrschaftswechsel war für Norderney ein Glücksfall. Unter den Preußen erlebte das Seebad bis 1914 seine zweite Blütezeit. Prominenter Botschafter war Bernhard von Bülow, der von 1900 bis 1914 15 Jahre lang mit Wonne die Sommermonate auf Norderney verbrachte.

Dabei genoss der Reichskanzler (1900–1909) sichtlich die herrliche Landschaft beim Spazierritt am Strand und beim Ritt durch die Dünen. Sein Stammquartier war die Villa Fresena, eine 1870 im Tudorstil erbaute Villa am Weststrand, heute Haus Belvedere und privat genutzt. Ab 1906 hatte er dazu die benachbarte Villa Wedel, der er den Namen „Villa Edda“ gab, angemietet.

Hier empfing er am 18. Juni 1906 Kaiser Wilhelm II., der seinen Kanzler mit einem Be-



Wieder viel los auf der Insel: Die Autofähre Frisia vor dem Weststrand von Norderney setzt neue Sonnenanbeter über

Foto: imago images/Priller&Maug

Preußens Eiland in Friesland

Norderney ist Deutschlands älteste Seebadinsel. 1797 entstand auf der ostfriesischen Insel die erste Königlich-Preußische Seebadeanstalt. Später kam sogar der Kaiser zu Besuch

sich überraschte. Nach 60 Jahren als Kinderheim (1921–1981) wurde die Villa zum Hotel Meeresburg umgebaut und erweitert. Für Wilhelm II. war die Insel eine alte Bekannte. Schon als Zehnjähriger hatte er mit Eltern und Geschwistern auf der Insel Urlaub gemacht. Als junger Ehemann und Vater hatte er im Juli 1882 mit Frau und Kind im „Haus Hohenzollern“, Friedrichstraße 19, heute Rathaus-Apotheke, gewohnt.

Auch Bismarck hatte es schon auf die Insel gezogen: 1844 wohnte er in der Luisenstraße 23 und 1853 in der Marienstraße, wo die Nummer 5 als Haus „Bismarck“ bis heute seinen Namen trägt. In der Marienstraße suchte auch Theodor Fontane Inspiration: 1882 zuerst in der Nr. 8, 4, 3 – er war in diesem Sommer mehrfach umgezogen – und 1883 gleich in der Marienstraße 3. So richtig wohl fühlte sich der Dichter in der betuchten feinen Gesellschaft aus Adel, Politik und Geldadel jedoch nicht, wie er seiner Frau anvertraute. In seinem Erzählwerk sucht man Norderney vergebens. So erinnert nur eine Gedenktafel an den Aufenthalt von Preußens Vorzeigeliteraten.

Anders erging es Heinrich Heine, der von 1825 bis 1827 drei Sommerurlaube auf der

Insel verbrachte und dabei Teile seines Nordseezyklus verfasste. Als man ihm aber 1983 vor dem Kurtheater ein Denkmal setzte, geschah das unter heftigstem Protest. Die Ende der 70er gegossene Figur geht auf einen Entwurf von Arno Breker von 1930 zurück. Als „Hofbildhauer der Nationalsozialisten“ ist sein Werk heute für viele untragbar geworden.

Hier wurde Weltpolitik betrieben

Klaglos dagegen erhebt sich seit 1899 das Kaiser-Wilhelm-Denkmal vor der Bismarckstraße zur Erinnerung an die Reichseinigung von 1871 und Kaiser Wilhelm I. Der auffällige Obelisk setzt sich aus 75 von deutschen Städten, Provinzen und Privaten gestifteten unterschiedlichen Steinen zusammen.

Ein ganz persönliches Denkmal setzte Wilhelm I. mit der Evangelischen Inselkirche. Zusammen mit seiner Frau spendete er 50.000 Mark, um deren Neubau zu ermöglichen. Am 11. Juni 1879, bewusst am Tag der Goldenen Hochzeit des Kaiserpaars, wurde die Kirche eingeweiht.

Nach dem Ersten Weltkrieg blieb Norderney en vogue. Die Zahl der Gäste erreichte bis 1939 über 48.000 pro Jahr. Auf die nächste große Blütezeit mussten die Insulaner, heute 6000 an der Zahl, allerdings bis zum Wirtschaftswunder der 1950er warten. 1959 wurde die Grenze von 100.000 Gästen erstmals übersprungen. Hatten früher vorwiegend die Oberschicht und die begüterte Mittelschicht das Bad besucht, konnte sich jetzt auch der Normalbürger die Reise auf die Insel leisten. Seitdem versucht die Kurverwaltung, mit einem breitgefächerten Angebot möglichst jedem Besucher gerecht zu werden.

Doch die Zeit bleibt nicht stehen. Nicht zuletzt durch 5000 überwiegend nur privat genutzte Ferienwohnungen und steigende Immobilienpreise gewinnt die Insel ihre alte „Noblesse“ zurück. Zuletzt übernachteten jährlich etwa 520.000 Gäste auf dem 26 Quadratkilometer großen Eiland. Unterm Strich ergibt das über 3,5 Millionen Übernachtungen. Dazu kommen noch rund 230.000 Tagessgäste pro Jahr. In diesem Sommer dürfte die Insel besonders voll werden. Da sich in

Corona-Zeiten kaum jemand ins Ausland wagt, werden sich die Urlauber vermehrt an deutschen Küsten sonnen.

Dabei zieht es die Besucher auch in die Inselstadt mit ihrem historischen Flair, dessen mondäner Chic sich besonders am Kurplatz entfaltet: mit Großem Logierhaus, später Kurhotel und heute Thalasso-Hotel Nordseehaus, glanzvollem Kurtheater, stilvollem Basar, jetzt Rathaus, Badehaus, heute Thalassozentrum der Extraklasse, und allen voran dem eleganten Conversationshaus.

Das einstige Kurhotel schrieb dabei unvermeidlich Geschichte. Denn auf Norderney wurde auch Weltpolitik betrieben. Im Juli 1904 besiegelten hier als Unterhändler der Präsident des russischen Minister-Komitees Sergej Witte und Reichskanzler von Bülow den letzten deutsch-russischen Handelsvertrag vor dem Ersten Weltkrieg. Nachdem die Verhandlungen nicht vorangekommen waren, hatte der Kaiser dem Zaren Nikolaus II. geschrieben, Witte möge nach Norderney kommen, wo der Kanzler die heißen Tage zu verbringen pflege und wo die gute Seeluft auch Sergej neue Spannkraft verleihen würde. Der Plan ging auf.

Haupt-Anziehungspunkt aber ist der endlose Strand, 15 Kilometer lang und je nach Gezeiten enorm breit, mit seiner wunderbaren Promenade. Dahinter liegt eine nicht minder grandiose Dünenlandschaft, die als Teil des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer seit 2009 zum Unesco-Weltnaturerbe gehört und den Großteil der Insel bedeckt. 26 Kilometer Radwege, 80 Kilometer Wanderwege, befestigt oder als Pfad, und 40 Kilometer Reitwege bieten viel Auslauf auf Ostfrieslands Nobelinsel. Dazu gilt der in den 1920er Jahren angelegte Golfplatz in den Dünen als die Mutter aller „Linkskurse“ – salopp gesagt Cross-Country-Kurse – in Deutschland.

● **Tourist-Info** Conversationshaus, Am Kurplatz 1; Bademuseum zur Geschichte des Seebades, Poppe-Folkerts-Weg 3b 11, Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag von 11 bis 17 Uhr, sonnabends und sonntags von 14 bis 17 Uhr. Internet: www.norderney-infos.de



Überraschungsgast: Kaiser Wilhelm II. (l.) besuchte Kanzler Bülow (M.) 1906 auf Norderney

● FÜR SIE GELESEN

Identität eines Grenzlandes

In seinem Buch „Grenzland und Erinnerungsland. Die Identität des Elsass im Werk Marie Harts (1856–1924)“ gibt Raphael Fendrich einen interessanten Einblick in die Seele des Elsass. Die Frage nach der Identität des Grenzlandes Elsass und der Elsässer ist seit der Entstehung der Nationalstaaten immer aufs Neue gestellt worden. Seit dem Versuch der französischen Regierung, die Region 2015 durch eine Gebietsverwaltungsreform als politische Größe abzuschaffen, hat diese Frage an Brisanz gewonnen und zu Zugeständnissen der französischen Zentralmacht an die regionale Identität geführt.

Von daher bietet ein Blick darauf, wie diese Identität entstanden ist, wie es Fendrich in seiner Dissertation versucht zu vermitteln, ein tieferes Verständnis des umstrittenen „Grenzlandes“ zwischen Rhein und Vogesen. Ähnlich wie in Luxemburg, wo sich Deutsche und Franzosen nicht einigen konnten, zu welchem Kulturkreis der Landstrich gehört, hatte im Elsass eine Rückbesinnung auf den eigenen Dialekt eingesetzt, der vor allem ab 1870, nachdem es an Deutschland gefallen war, zu einer eigenen elsässischen Literatur führte. Anthologien und Wörterbücher wurden veröffentlicht, elsässische Theater gegründet, und das Elsässische Museum in Straßburg bemühte sich um den Erhalt der Alltags- und Regionalkultur.

Vor diesem Hintergrund entstand das Werk der aus einer unterelsässischen Apothekerfamilie in Buchweiler stammenden Marie Harts, die den Wechsel der staatlichen Zugehörigkeit des Elsass nach dem Deutsch-Französischen Krieg und dem Ersten Weltkrieg sowie die sozialen Folgen wie Vertreibung, Flucht und identitären Wandel in der Bevölkerung in ihrem literarischen Werk verarbeitet hat. Sie war eine der Ersten, die im „Elsässer Ditsch“, also dem als Elsässerdeutsch bezeichneten Dialekt zu schreiben begann. Nach dem Krieg von 1870/71 schlug ihr Herz zunächst französisch, besser gesagt „antipreußisch“. Das änderte sich in der Reichslandzeit, auch bedingt durch ihre Ehe mit einem württembergischen Offizier.

Die Besetzung des Elsass durch die Franzosen 1918 und die Ausweisung von 150.000 Altdeutschen und deutsch gesinnten Alt-Elsässern, zu denen Hart mittlerweile gehörte, bedeuteten einen tiefen Wendepunkt in ihrem Leben. Viele Elsässer identifizierten sich nicht mehr mit den Franzosen, weil sie in den Franzosen von 1918 nicht mehr die von vor 1870 erkannten, die regionale Identitäten respektierten. Hart schrieb in Bad Liebenzell die Erzählung „Us unserer Franzosezeit“. Nach ihrem Tod war Hart in Vergessenheit geraten, bis der ebenfalls aus Buchweiler stammende Maler und Journalist Raymond Piela, der für die Elsässisch-Sendungen des lokalen Radios zuständig war, seit 2004 begann, ihr Werk im Elsass neu zu veröffentlichen. Dies geschah im Kontext einer Renaissance regionaler Identität auch im Elsass. *Bodo Bost*

Raphael Fendrich: „Grenzland und Erinnerungsland: Die Identität des Elsass im Werk Marie Harts (1856–1924)“, Ergon Verlag, Baden-Baden, 2018, broschiert, 546 Seiten, 68 Euro



FÜNFZIGER JAHRE

Neuanfang im Ruhrgebiet

Die Autorin Eva Völler setzt mit der „Ruhrpott Saga“ ihrer Heimat und ihren Vorfahren ein Denkmal



FOTO: IMAGO IMAGES/UNITED ARCHIVES

Kohlenstaub legte sich in dem Roman „Ein Traum vom Glück“ auf alles im Ruhrgebiet. Er verdunkelte den Himmel. Das Gemüse im Garten, die Kleidung und Hausfasaden waren in einen feinen Staubmantel gehüllt. In dieser düsteren Atmosphäre des Jahres 1951 findet die junge Katharina Wagner bei ihrer Schwiegermutter in Essen eine neue Bleibe, nachdem sie aus Berlin mit ihren beiden Töchtern fliehen musste. Ihr Mann Karl gilt als verschollen.

Katharina, die von ihrer Mutter näher gelernt hat, verdient den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder mit Auftragsarbeiten. Die barsche, tonangebende Schwiegermutter hilft ihr, so gut es geht. Nebenbei träumt die Romanheldin, die eigentlich Tänzerin werden sollen, von einem eigenen Modeatelier in einer größeren Stadt wie Düsseldorf.

Als auch noch Johannes, der Neffe ihres vermissten Mannes, als Spätheimkehrer den Weg in das Haus der Familie findet, ändert sich plötzlich alles und Katharinas Leben nimmt eine schwungvolle Wende, die ein überraschendes und tragisches Ende nimmt.

Die Autorin Eva Völler, die selbst am Rande des Ruhrgebiets aufgewachsen und von Beruf Juristin ist, hat sich mit dem Auftaktband ihrer „Ruhrpott Saga“ einen Herzenswunsch erfüllt und möchte mit dem Roman das Andenken an ihre Vorfahren aufrechterhalten. *MRK*

Eva Völler: „Ein Traum vom Glück. Ruhrpott Saga“, Lübbe Verlag, Köln 2020, broschiert, 458 Seiten, 14,90 Euro

REISELITERATUR

Seit 50 Jahren unterwegs in Afrika Reise in eine unbekannte Gegend

Der Hamburger Ex-Manager Wolf-Ulrich Cropp schildert äußerst interessant seine Erlebnisse von zwei Reisen nach Mali

VON WOLFGANG KAUFMANN

Manche Reisebeschreibungen sind furchtbar öde. Entweder weil sich die Verfasser selbst für ihre bravouröse Art feiern, in der Fremde zu bestehen, oder weil sie den Leser mit staubtrockenen Belehrungen langweilen, die im schlimmsten Fall auch noch politisch überkorrekt daherkommen. Nicht so aber „Mali und die Dschinns der Wüste“ aus der Feder von Wolf-Ulrich Cropp, einem ehemaligen Manager aus Hamburg, der seit 1970 abenteuerliche Touren durch Afrika unternimmt.

In dem Buch schildert der Autor seine Erfahrungen aus zwei längeren Reisen nach Mali sowie dem gescheiterten Versuch, mit einem C-1-Roller von BMW über den Hohen Atlas und durch die Westsahara dorthin zu gelangen. Dabei liefert Cropp eine Fülle interessanter Informationen über die Geschichte Malis und die Erforschung der Sahara sowie über das mysteriöse Volk der Dogon, welches ganz eigene Vorstellungen vom Kosmos hat. Lesenswert ist auch, was er über seine Eindrücke beim Besuch der Goldminen von Fourou, diversen Fahrten auf dem Niger und einer Visite im Stützpunkt Camp Castor des deutschen Kontingents der MINUSMA-Mission der Vereinten Nationen in Gao unweit der Grenze zu Burkina Faso berichtet.

Eine von Cropps Stippvisiten quer durch Mali führte in die Oase Bou Djébeha. Dort fand er im Hause eines Scheichs zahlreiche, der Wissenschaft bisher unbekannte arabische Handschriften aus dem

14. Jahrhundert. Darunter auch die Kommentare des Mathematikers und Astronomen Al-Qadi Zadeh über die Natur der Umlaufbahnen von Merkur und Venus um die Sonne.

Für diejenigen, welche es wagen wollen, sich auf den Spuren von Cropp durch die Sahara oder Mali zu bewegen, hält der Autor am Ende noch diverse praktische Ratschläge hinsichtlich der Ausrüstung oder Fahrzeugausstattung bereit. Allerdings sollte berücksichtigt werden, dass Mali in den letzten Jahren keineswegs sicherer geworden ist – eher gilt das Gegenteil: Attentate, Überfälle und Morde, verübt von Islamisten, Tuareg-Rebellen oder gewöhnlichen Kriminellen, ereignen sich inzwischen auch in Regionen, die bis vor Kurzem noch als einigermaßen ungefährlich galten.

Aufgelockert wird das Buch durch allerlei Spruchweisheiten aus West-Afrika, die jedem Kapitel vorangestellt sind und teilweise philosophischen Tiefgang oder ganz aktuelle politische Relevanz besitzen. Eine davon lautet: „Dem Hunger entflieht man nicht mit den Füßen, sondern mit den Händen.“ Wie wahr!



Wolf-Ulrich Cropp: „Mali und die Dschinns der Wüste“, Verlag Expeditionen, Hamburg 2019, broschiert, 303 Seiten, 14,90 Euro

Der Pole Andrzej Stasiuk fand in den Beskiden, einem Ausläufer der Karpaten und Grenzland zwischen Polen und der Slowakei, eine Heimat

VON DIRK KLOSE

Auch dieser einsame Winkel gehört zur EU – die Beskiden, der Ausläufer der Karpaten zwischen Polen und der Slowakei. Der polnische Autor Andrzej Stasiuk hat sich diese Gegend zur Heimat gewählt und sie in virtuoser Manier zum Spiegelbild gesellschaftlicher Entwicklungen und persönlicher Empfindungen gemacht. In jungen Jahren ein enfant terrible der polnischen Literatur, ist er heute so etwas wie deren Senkrechtstarter, der längst auch in westlichen Ländern viele Leser hat.

In knapp 80 Episoden vergegenwärtigt Stasiuk beispielhaft an seiner Heimat soziale Entwicklungen und Verhaltensweisen seit der politischen Wende in Europa. Die Moderne dringt unaufhaltsam auch in entfernteste Winkel, was sich an früher nie gekannten Supermärkten und Betonburgen zeigt. Daneben aber gibt es die alte traditionelle Welt – Dörfer mit immer weniger Einwohnern, uralte Landschaften mit Flussläufen und Tälern, deren Schönheit Stasiuk meisterhaft schildert, ein Grenzland, das heute nicht mehr von den Staatsgrenzen Polens und der Slowakei getrennt wird, sondern nur noch durch die der Ukraine, obwohl ein langes Zusammengehörigkeitsgefühl die Menschen hüben und drüben verbindet.

Und dann nimmt der Autor seine Leser mit in die weite Welt. Zu seinen großen Bucherfolgen gehören Reiseberichte aus Südosteuropa, Russland und Innerasien. Hier sind es Impressionen vom Kaspischen

Meer („die materialisierte Ruhe“), vom Altai, vom Ural und schließlich von Kasachstan mit seiner neuen Hauptstadt Astana. Und er findet die früher in keinem Atlas verzeichnete Militärstadt Tschagan, von wo im Kriegsfall russische Atombomber gegen Amerika gestartet wären. Heute ist die Stadt verlassen. Seine Reiseleidenschaft, seine Faszination für die Steppe führt Stasiuk zu dem Fazit: „Es gibt Orte, an denen man das Gefühl hat, am Ende angekommen zu sein. Am Ende des Landes, am Ende der Zeit.“

Diese Mischung aus Realitätssinn und poetischem Ausdruck macht diese Miniaturen so lesenswert. Es herrscht ein freundlich-melancholischer Grundton. Nur gelegentlich wird es giftig, etwa wenn der Autor, in dessen Heimat noch immer eine Fülle von kleinen Holzkirchen, würdig eines UNESCO-Kulturerbes, zu bewundern ist, daneben stehende moderne Kirchen attackiert. Westlichen Lesern klingt es wie eine Bitte um Nachsicht, warum man nie Europäer sein wollte: „Reichte uns doch kaum die Kraft, um unser Polentum, Ungarnium, Slowakentum zu verteidigen. Es nahm uns vollkommen in Anspruch. Für etwas anderes hatten wir keine Zeit.“



Andrzej Stasiuk: „Beskiden-Chronik. Nachrichten aus Polen und der Welt“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, gebunden, 304 Seiten, 23 Euro



Katharina Elliger
Und tief in der Seele das Ferne
 Die Geschichte einer Vertreibung aus Schlesien
 Ende 1944 werden die Nachrichten über die heranrückende Rote Armee immer bedrohlicher. Katharina und ihre Mutter schließen sich einem Flüchtlingstreck an, kehren jedoch bald in ihre Stadt zurück. Die Besatzungszeit ist grausam. Doch schlimmer trifft sie ein Jahr später die Vertreibung unter unmenschlichen Bedingungen. 256 Seiten.
 Nr. P A1502 Gebunden 6,95 €



Petra Durst-Adam
Ein langer unbarmerziger Weg nach einer schönen Kindheit
 114 Seiten/Kartoniert 13,90 €

Vertreibung, Flucht und ein Wiedersehen der schönen Heimat nach 59 Jahren. Ostpreußen – Schwarzwald und zurück. Geliebtes Ostpreußen!
 Aus dem Nachlass Ihrer Mutter hat die Autorin die wohl eindrucksvollsten Momente deren Lebens sortiert und festgehalten. Nicht nur Vertreibung, Flucht und Grauen hat die Menschen damals geprägt sondern auch eine wunderbare und freie Kindheit mit einer unaufhörlichen Liebe zur Heimat und letztendlich ein freudvolles Wiedersehen. So vieles wäre noch zu erzählen gewesen!



G-J. von Puttkamer
Zwei Eichen und zwei Linden
 Die Puttkamer: Die Geschichte einer deutschen Adelsfamilie 288 Seiten/Geb. Nr. A1307 24,00 €

Deutsche Geschichte als Familienportrait – Über 700 Jahre lang waren die Puttkamer eine der führenden Familien des sogenannten „ostelbischen Grundbesitzers“, mit mehr als 300 landwirtschaftlichen Gütern in Hinterpommern. Aber wieso soll das heute noch von Interesse sein? Diese Familiengeschichte schildert die Schicksale, Leistungen und die schwarzen Flecken einer Familie, die untrennbar mit der preußischen und deutschen Geschichte verbunden ist. So war die Ehefrau Otto von Bismarcks eine geborene von Puttkamer. Und von verwegenen Raubrittern und mondänen Künstlergestalten, über Abenteurer und Auswanderer bis hin zum Berliner Polizeipräsidenten und dem Kommandanten der gefürchteten „Puttkamer-Husaren“ führt uns diese unterhaltsam geschriebene Geschichte die unterschiedlichsten Figuren vor Augen.



Immanuel Kant
Zum ewigen Frieden
 96 Seiten/Gebunden Nr. P A1319 4,95 €

In Form eines Friedensvertrages wendet Kant in der Schrift „Zum ewigen Frieden“ seine Moralphilosophie auf die Politik an, um die Frage zu beantworten, ob und wie dauerhafter Frieden zwischen den Staaten möglich wäre. Für Kant ist er kein natürlicher Zustand zwischen Menschen, deshalb muss er gestiftet und abgesichert werden. Moderne Bedeutungen des Begriffs Frieden gehen entscheidend auf die hier vorgestellte Theorie zurück. Kants Alterswerk hat auch die Charta der Vereinten Nationen wesentlich inspiriert.



Früher 19,95 €
Jetzt 5,95 €
Der Mythos Ostpreußen
 Auf den Spuren der Ordensritter
 Laufzeit: 60 Minuten DVD Nr. P A0351 5,95 €

Bereits im Jahre 1241 erbaut, liegt sie im südlichen Ostpreußen, in Masuren. Im 13. und 14. Jahrhundert erbauten die Ordensritter auch in den entlegensten Dörfern monumentale Kirchen und Burgen – die Zeugen der Backsteingotik. Eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen, zum Teil aus dem fahrenden Auto, dokumentieren die Einzigartigkeit der ostpreußischen Landschaft. Der Autor, selbst gebürtiger Ostpreuße, vermittelt durch fundiertes Wissen interessante geschichtliche Hintergründe zu den einzelnen Objekten. Durch die Aktualität der Filmaufnahmen, sie alle stammen aus dem Jahr 2010, ist dieser Film nicht nur für Landsleute interessant, sondern für alle, die sich von der Einmaligkeit dieses beeindruckenden Landes überzeugen und begeistern lassen.



Artur Graf Strachwitz
Wie es wirklich war
 Erinnerungen eines Achtzigjährigen 516 Seiten/Kartoniert Nr. P A1130 19,80 €

Die Biographie des Autors Dr. Artur Graf Strachwitz erzählt über das Leben eines schlesischen Adligen und seiner weitverzweigten Familie, von seiner unbeschwerten Kindheit auf schlesischen Landgütern, von jugend- und gesellschaftlichen Erlebnissen der zwanziger und dreißiger Jahre und seinem interessanten, langen beruflichen Werdegang. Das Buch berichtet in humorvoller, schonungslos offener Weise von bisher noch nicht veröffentlichten Begebenheiten einer großen schlesischen Adelsfamilie. Als besonders interessant kann der historische Exkurs unter der Überschrift „Meine Vorfahren“ angesehen werden.



Sonderpreis € 6,95

Immanuel Kant (Autor)
Kant – Aussprüche und Aphorismen
 Kant für Leser, denen Kant lesen eigentlich zu schwer und mühsam ist: Das ist das Ziel dieser klugen Auswahl, die das Werk des großen Philosophen für Einsteiger zugänglich macht. Immanuel Kants Geist weht auch durch den pointierten Satz. Ein Beispiel? Phantasie ist düster oder frei und unser guter Genius oder Dämon. Dieses Buch versammelt kantische Gedanken über das Wesen der Erkenntnis und den Sinn der Geschichte, über Religion und Erziehung, Kunst und Genie und die allgemeine Menschen- und Lebenskunde. 288 Seiten/Gebunden Nr. P A1059 6,95 €

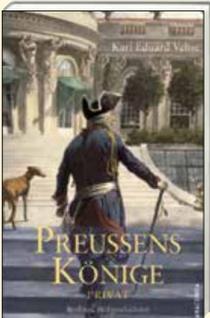


Ehregott A. Wasianski
Zuhause bei Kant
 143 Seiten/Gebunden Nr. P A1062 4,95 €

Eine echte philosophische „home-story“: Der Pastor Ehregott Andreas Christian Wasianski, eng verbunden mit dem Philosophen Kant und häufig in seinem Haushalt zugegen liefert unverfälschte Nachrichten über den Menschen und Charakter des Philosophen. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1804. Ein kluger, dem Tatsachenbericht von Ehregott A. Chr. Wasianski angefügte moderne Essay von Martin Burckhardt ergänzt die Darstellung. Immanuel Kant, geboren am 22. April 1724 in Königsberg, und verstorben am 12. Februar 1804 war ein deutscher Philosoph der Aufklärung. Kant zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ kennzeichnet einen Wendepunkt in der Philosophiegeschichte und den Beginn der modernen Philosophie.



Kühlschrankschmagnet und Flaschenöffner mit Elchschaufelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen
 Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
 Nr. P A1274 Kühlschrankschmagnet mit Flaschenöffner 4,95 €



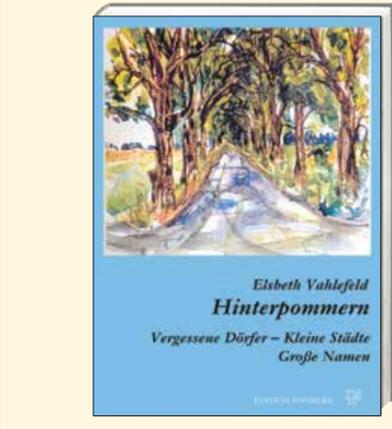
Karl Eduard Vehse
Preußens Könige privat
 Berliner Hofgeschichten 368 Seiten/Gebunden Nr. P A1061 5,95 €

Unter dem strengen Vorsatz, „nichts zu verschweigen und zu bemängeln“, erzählt der Autor die private Geschichte der preußischen Könige von Friedrich I. bis zu Friedrich Wilhelm III. Anekdotenreich und sehr lebendig berichtet er von den gesellschaftlichen Zuständen am preußischen Hof, schildert die Vielfalt des kulturellen Lebens und wagt einen schonungslosen Blick hinter die Kulissen der Macht. Hat das intime Leben der preußischen Herrscher die große Politik beeinflusst? Was waren ihre Leidenschaften und Vorlieben, wie ihr Verhalten im Umgang mit Ministern, Untertanen oder Mätressen? „Dieses Buch ist wahrer Kaviar“, schrieb Heinrich Heine 1852 an seinen Verleger Campe, „endlich bekommen die Deutschen ihre Fürsten von Angesicht zu Angesicht zu sehen.“



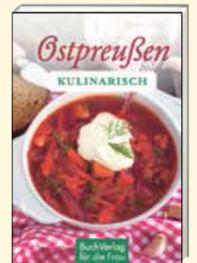
Immanuel Kant
Die drei Kritiken
 Gebunden 1.312 Seiten Nr. P A1142 9,95 €

Kritik der reinen Vernunft * Kritik der praktischen Vernunft * Kritik der Urteilskraft
 Immanuel Kants „Kritiken“ gehören zu den weltweit meistbeachteten Werken der Philosophie. In der „Kritik der reinen Vernunft“ (1781/1787) widmet sich der Königsberger Denker der philosophischen Schlüsselfrage „Was kann ich wissen?“ Die „Kritik der praktischen Vernunft“ (1788) behandelt die allgemeinen Grundlagen der Ethik und die verbindlichen Voraussetzungen sittlichen Handelns. In der „Kritik der Urteilskraft“ (1790) vereint Immanuel Kant seine Ästhetik mit einer Theorie der organischen Natur und vollendet seine kritische Philosophie.

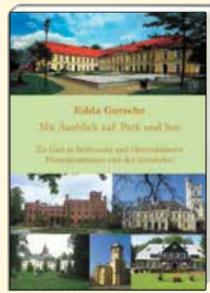


Elisbeth Vahlefeld
Hinterpommern
 Vergessene Dörfer – Kleine Städte – Große Namen

Wenn die Rede auf Pommern kommt, wissen nur wenige, wo dieses Land liegt. Wird nach Hinterpommern gefragt, dann ist die Unkenntnis über Land und Leute sowie über die Geschichte dieses weit östlich liegenden Landes groß. Elisabeth Vahlefeld, in Hinterpommern geboren, erinnert an unbekannte, heute halbwegs vergessene hinterpommersche Dörfer und Städte, die einst die Heimat bedeutender, über die Grenzen Pommerns hinaus geachteter Persönlichkeiten waren. Mit Begebenheiten aus dem Leben einfacher Leute auf dem Lande und deren Abhängigkeit von den adligen Gutsbesitzern kehrt die Autorin in die Vergangenheit ihrer Vorfahren und ihres Heimatortes Muttrin zurück, dessen Vergangenheit eng verknüpft ist mit der Geschichte der Familie von Zitzewitz. Die Autorin widmet sich gleichermaßen Land und Leuten des heutigen Hinterpommerns, das nun zur Republik Polen gehört. Sie hat das Land an der Ostsee in den letzten Jahren mehrfach bereist und berichtet aus ihren Erfahrungen, wie die Polen heute mit dem hinterlassenen pommerschen bzw. deutschen Kulturgut umgehen, was getan wird, um Gutshäuser zu erhalten, und wie Deutsche und Polen versuchen, die wechselvollen Vergangenheit und die neuen Gegenwart des Landes zu verbinden. 254 Seiten.
 Nr. P A1301 Kartoniert 19,95 €

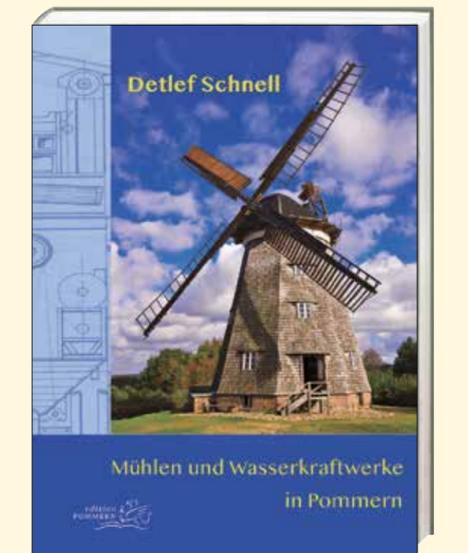


Harald Saul
Ostpreußen kulinarisch – Miniaturausgabe (6,2 x 9,5 cm)
 Dieser kulinarische Ausflug nach Ostpreußen ist eine Reise in ein Land, das es nicht mehr gibt, dessen Küche aber unvergessen ist. Harald Saul erinnert mit berühmten Gerichten wie Beetenbartsch, Schuppnis, Königsberger Kloppen und vielen mehr an die große ostpreußische Back- und Kochtradition, die Heimatverbundene, Touristen oder Liebhaber regionaler Köstlichkeiten gleichermaßen begeistert. 128 Seiten.
 Nr. P A1217 Gebunden 5,00 €



Edda Gutsche
Mit Aussicht auf Park und See
 Zu Gast in Schlössern und Herrenhäusern Hinterpommerns und der Kaschubei 158 Seiten Nr. A1300 Kart. 16,95 €

Im historischen Hinterpommern wie auch in Pomerellen gibt es eine Vielzahl liebevoll restaurierter Schlösser und Herrenhäuser, die heute öffentlich genutzt werden, sei es als Hotel, Kultur- oder Bildungseinrichtung. Die meisten von ihnen sind von lauschigen alten Parks umgeben und befinden sich in reizvollen Gegenden. Hier kann man durchatmen und sich erholen, aber auch viel Interessantes entdecken. Das vorliegende Buch vermittelt Einblicke in die wechselvolle Geschichte ehemaliger pommerscher Adelsresidenzen und erzählt von ihren früheren Besitzern. Im Anhang finden die Leser weiterführende touristische Informationen sowie ein Verzeichnis von Schlössern, die derzeit als Hotel oder Pension genutzt werden. Sie sind alle eine Reise wert.

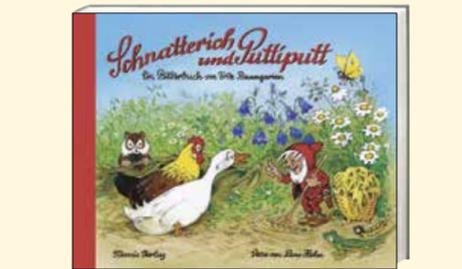


Detlef Schnell
Mühlen und Wasserkraftwerke in Pommern
 Neben den Kirchen, Burgen, Schlössern und Herrenhäusern gehören vor allem die Wind- und Wassermühlen zu den prägenden Bauwerken der europäischen Kulturlandschaft, wobei die Wassermühlen, wegen ihrer oft versteckten Lage in einem Bachtal, häufig erst aus den Nähe visuell zur Geltung kommen. Im Gegensatz dazu sorgen ihre flügelbewehrten Vetter in der Regel schon von weitem für Aufmerksamkeit. Begeben Sie sich mit uns auf eine Entdeckungsreise durch Vor- und Hinterpommern und schenken Sie diesen faszinierenden Bauten ihre Aufmerksamkeit. Der Autor erarbeitet eine Übersicht aller noch vorhandenen Mühlen in Pommern, nicht nur die wunderschön erhaltenen, sondern auch wenn nur noch Ruinen vorhanden sind. Somit wird in diesem Buch zum ersten Mal der aktuelle Bestand erfasst, vorgestellt und mit Fotos dokumentiert. 250 Seiten
 Nr. P A1315 Kartoniert 24,95 €



Heinz Schön
Pommern auf der Flucht 1945
 Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen 444 Seiten/Kartoniert Nr. P A0429 19,90 €

Mehr als 2,5 Millionen Deutsche wurden kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Marine vor einem elenden Schicksal bewahrt. In diesem Buch fasste der Autor Heinz Schön die Ereignisse seiner jahrzehntelangen Recherchen darüber zusammen. Im Zeitraum von nur drei Monaten – von Mitte Januar bis Ende März 1945 – gelang es im größten Rettungswerk der Seekriegsgeschichte, deutsche Flüchtlinge vor dem Zugriff der Roten Armee zu beschützen. Viele Flüchtlingstrecken aus Ost- und Westpreußen retteten sich in die pommerschen Hafenzellen, um von dort über die Ostsee in den Westen Deutschlands zu gelangen. An Hand von Zeitzeugenberichten schildert das Buch ausführlich die Situation in den acht Pommernhäfen.



Fritz Baumgarten
Schnatterich und Puttiputt (Format 27 x 21 cm)
 Herr Schnatterich, der Entenich, sagt: Puttiputt, so geht das nicht! Willst du in deinen jungen Tagen dich hier mit Eierlegen plagen? Komm mit, wir ziehen in die Welt! Sollst sehen, wie dir das gefällt! Fritz Baumgarten, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, gehört zu den bekanntesten deutschen Kinderbuchillustratoren. 24 Seiten
 Nr. P A1256 Gebunden 8,95 €



Flaggenpin mit Wappen Pommern (ca. 20 mm)
 Nr. P 9953 2,50 €



Schlüsselanhänger mit Wappen Pommern
 45 mm in der Diagonale
 Nr. P A0259 (1 Expl.) 4,95 €
 Nr. P A0260 (3 Expl.) 13,95 €



Fahne Königreich Preußen
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Fahne Pommern
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9955 Fahne 12,50 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

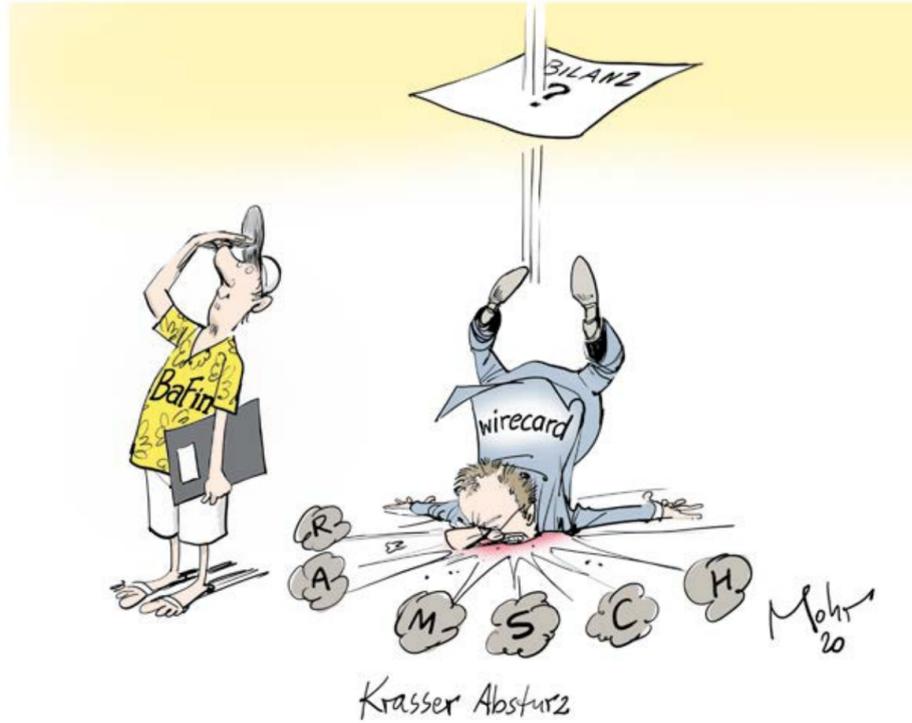
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Auf Twitter hat US-Präsident Donald Trump ein Video veröffentlicht, auf dem zu sehen ist, wie ein Schwarzer einen Weißen angreift. „Sehen Sie, was hier vor sich geht. Und wo sind die Protestler? Wurde dieser Mensch festgenommen?“, empört sich Trump. Die Szene zeigt, wie ein Schwarzer einen Weißen schlägt. Trump teilte auch ein Video, auf dem ein Farbiger eine weiße Frau gewaltsam in Richtung eines U-Bahn-Waggons drängt. Mit diesen Veröffentlichungen zog der twitterfreundliche Staatschef abermals heftige Kritik seiner Gegner auf sich. Der erste Film soll zuvor auf der Seite eines Bloggers erschienen sein, der regelmäßig „antimuslimische“ und „ausländerfeindliche“ Inhalte veröffentlicht. Zudem soll der angegriffene Weiße seinen afroamerikanischen Angreifer vorher mit rassistischen Ausdrücken beleidigt haben. Im Fall des zweiten Vorfalls, der sich bereits 2019 ereignet habe, soll der Angreifer kurz nach der Tat verhaftet worden sein. Trumps Twitter-Beiträge werden ihm als Aufruf zur Gewaltanwendung ausgelegt. **MRK**



● STIMMEN ZUR ZEIT

Daniel C. Schmidt und Jonathan Stock weisen im „Spiegel“ (27. Juni) auf einen weithin verdrängten Aspekt der Rassen-Debatte in den USA hin:

„Auch das ist eine Wahrheit in Amerika: Die Hälfte aller Tötungsdelikte und mehr als die Hälfte aller Einbrüche werden von Schwarzen begangen, dabei stellen sie nur rund 13 Prozent der Bevölkerung.“

Für Tomas Spahn hat es schon fast etwas „göttlicher Fügung“, dass die Stuttgarter Gewaltexzesse in einer Stadt mit grünem Bürgermeister und grünem Ministerpräsidenten stattfanden, wie er auf „Tichys Einblick“ (23. Juni) schreibt:

„Die Grünen ernten in Stuttgart das, was sie in Jahrzehnten einer verfehlten Bildungs-, Einwanderungs- und Integrationspolitik selbst verursacht haben. Indem sie die Werte dieser Gesellschaft immer und ständig zur Disposition stellen und sich in ihrer Wandervogel-Romantik eine neue Welt mit besseren Menschen erträumen, die sie aus fernen Ländern importieren wollen.“

Der Ökonom Thomas Straubhaar sieht Deutschland in eine „soziale Staatswirtschaft“ abgleiten, die das erfolgreiche Konzept der sozialen Marktwirtschaft unter einer Subventionslawine begräbt und dessen Grundlagen zerstört. In der „Welt“ (25. Juni) warnt er:

„Bürokraten in Berlin und Brüssel zersetzen mit billionenschweren Rettungspaketen den Leistungswillen. Der Unmut wird gären, die Steuermoral schwinden, das Verständnis fürs große Ganze verloren gehen ... Individuelle Anstrengung und Leistung werden abgewertet, wenn die soziale Staatswirtschaft erst den Menschen bei jeder Gelegenheit Geld vom selbst verdienten Einkommen abknöpft, um es dann in Billionenhöhe über darrende Firmen oder Sektoren auszuschütten.“

Ramin Peymani beleuchtet auf seinem Blog „Liberales Werte“ (29. Juni), was die Kräfte von Stuttgart offenlegen:

„Wer 2015 noch blauäugig ‚Willkommen!‘ rief, erlebt heute, dass die Verachtung für den deutschen Staat das einende Band zwischen Linksextremen, Neuankömmlingen und in Deutschland geborenen muslimischen Migranten der dritten Generation ist ... Konnten sich die politisch Verantwortlichen bisher regelmäßig hinter angeblich unabänderlichen sozialen Konflikten in Großstädten verstecken, wirft Stuttgart ein Schlaglicht darauf, dass es um die Landnahme durch Gruppen geht, die infolge ihres zahlenmäßigen Anwachsens aufgrund der Zuwanderung der letzten Jahre inzwischen vor Selbstbewusstsein strotzen.“

● WORT DER WOCHE

„Die vermeintliche pro-schwarze Bewegung ist häufig eher ein Feldzug gegen das Weißsein. Jede positive Assoziation mit diesem Weißsein soll ... mit aller Macht ausgemerzt werden.“

Boris T. Kaiser, in der „Jungen Freiheit“ (29. Juni) zum eigentlichen Ziel der immer fanatischer tobenden „Black Lives Matter“-Bewegung

DER WOCHENRÜCKBLICK

Eine Schippe drauf

Warum Häme über die „taz“ ganz unangebracht ist, und wer wohl als nächstes nicht mehr zählt

VON HANS HECKEL

Hoppla, da haben wir uns aber vertan. In „Aufgeschnappt“ vom 26. Juni haben wir das Fußballspiel mal eben nach Burnley verlegt, das in Wahrheit in Manchester stattfand. Und dann ist uns auch noch der akute Anlass entgangen, aus dem der Flieger die Losung „Weiße Leben zählen“ über der Arena wehen ließ: Zuvor hatte ein 25-jähriger Libyer drei weiße Briten im Alter von 36 bis 49 Jahren am helllichten Tag in einem Park im südenglischen Reading ermordet, kurz nach einer „Black Lives Matter“-Demo in derselben Grünanlage.

Dieser Zusammenhang wurde von Politik und Medien nicht so groß herausgestellt, weshalb auch wir ihn zunächst übersahen. Der Briten-Premier sprach lediglich von einer „sinnlosen Attacke“, dankte den Einsatzkräften und sprach den Opfern sein Mitgefühl aus. Wie man das eben so sagt, wenn Täter und Opfer dergestalt sortiert sind, dass die zeitgemäße politische Botschaft damit nicht untermauert werden kann.

Zwei Autostunden entfernt, in der altherwürdigen Universitätsstadt Cambridge, twitterte derweil Priyamvada Gopal, Professorin für postkoloniale Literatur: „White Lives don't matter“ (Weiße Leben zählen nicht), und setzte als Reaktion auf empörte Kritik noch verschärfend nach: „Ich werde es noch einmal sagen. Weiße Leben zählen nicht ... Weißsein abschaffen.“

Während im Falle des Stadion-Banners die Polizei ermittelt, der Fußballklub von Burnley sich öffentlich schämt und der Flugplatz, wo die Maschine gestartet ist, beteuert, nichts von der Aktion gewusst zu haben, die man „beleidigend und verwerflich“ finde, erfreut sich Frau Gopal der felsenfesten Unterstützung ihres Arbeitgebers, der verbreiten lässt: „Die Universität (Cambridge) verteidigt das Recht ihrer Akademiker, ihre eigenen rechtmäßigen Meinungen zu äußern, die andere umstritten finden mögen, und verurteilt Schmähungen und persönliche Angriffe, die vollkommen unangebracht sind und aufhören müssen, aufs Schärfste.“

Also die „Schmähungen und Angriffe“ gegen Professorin Gopal natürlich, nicht die gegen Menschen weißer Hautfarbe. Die zählen ja nicht und gehören abgeschafft – was man höchstens umstritten finden „mag“. Wie feinsinnig heutzutage zwischen „verwerflich“

und „möglicherweise umstritten“ unterschieden wird, können wir auch in Deutschland bewundern. Wenn die „taz“ Polizeibeamte als „Müll“ bezeichnet, ist das Meinungsfreiheit, die geschützt werden muss. Das musste, nachdem er erst gegen die „taz“ klagen wollte und Merkel ihn zurückgepfiffen hat, sogar Horst Seehofer begreifen.

Als nun aber herauskam, dass ein mutmaßlicher Polizeibeamter die randalierenden Angehörigen der Stuttgarter „Event- und Partyszene“ auf einer Tonspur als „Kanaken“ titulierte, war unsere Geduld umgehend am Ende. Da fährt der Rechtsstaat seine Krallen aus: Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Zumal der Mann noch mehr gesagt hat, Sachen wie „Spitze des Eisbergs“ und – noch unverzeihlicher – „das, was ihr geholt habt“.

Mit „ihr“ hat er wohl die hohe Politik, voran die Kanzlerin („Nun sind sie halt da“) und die „Willkommens“-Aktivisten gemeint. Kritik an denen ist grundsätzlich Hass und Hetze, das hätte der Kerl wissen müssen. Sobald man ihn aufgespürt hat, wird es ihm gebührend an den Kragen gehen.

Die „taz“ ist wegen des Müll-Beitrages zur Zielscheibe von „Beleidigungen“ und „Bedrohungen“ geworden. Das ging soweit, dass die Macher des Blattes die Polizei eingeschaltet haben. Ja, die Polizei. In öffentlichen Debatten werden wir selbstverständlich ermahnt, dass Häme hier gänzlich unangebracht sei. Das versteht sich von selbst, und Häme liegt uns ja ohnehin fern. Mein Gefühl ist eher mit „tiefster Genugtuung“ trefflich erfasst. Aber ob sich die Beamten, welche die „taz“-Chefredakteurin Barbara Junge zum Gespräch über den Schutz ihrer Müll-Autorin Hengameh Yaghoobifarah gebeten hat, ein Grinsen verkneifen können – wer weiß? Wenn die das schaffen, haben sie unseren Respekt noch mehr verdient als ohnehin.

Junge jammert, dass Leute wie Yaghoobifarah „selbst mehrfach zum Ziel rassistischer Beleidigungen und Bedrohungen“ würden. Wer das Bild der Autorin gesehen kann, wundert sich. Die Haut ist so blass, so weiß wie das jener Mädels, die man in meiner norddeutschen Jugendzeit als „Schneehühner“ veräppelt hat. Und Schwarzhäarige hat es hier schon immer gegeben. Aber egal, man ist halt immer so diskriminiert, wie man sich fühlt. Seitdem das Gefühl, diskriminiert zu werden, zu einem handfesten Vorteil bei der Karriere geworden ist, legt man eben gern noch eine Schippe drauf. Und wenn die deut-

schen Bleichgesichter einfach nicht „rassistisch“ reden wollen, dann pöbelt man sie eben solange wegen ihres Deutsch- und Weißseins an, bis ihnen eine trotzigte Erwiderung herausrutscht – bumm, Falle zu: alles Rassisten!

Da der Feldzug gegen den Rassismus immer grotesker und selbst rassistischer (gegen Weiße) wird, kommt es mehr denn je darauf an, jede entlarvende Widerrede zu ersticken. Da machen wir gute Fortschritte: Ein Konzern nach dem anderen storniert seine Werbung bei Facebook, weil das Portal nicht ausreichend dafür Sorge, dass „Hasskommentare“ und „Falschmeldungen“ von seinen Seiten verschwinden. Unter den aufrecht vor dem Zeitgeist Knienden tummeln sich prominente Namen wie Coca-Cola, Starbucks, Unilever, Honda oder die Wanderkleidungsmarken North Face und Patagonia.

Ein wenig hat die wachsende Befissenheit natürlich mit dem langsam heißlaufenden US-Präsidentenwahlkampf zu tun. Eine besonders böse Masche des Erzbösewichts Trump und seiner finsternen Anhänger besteht ja darin, sich über die sozialen Medien direkt an die Wähler zu wenden, statt sich von den linksgrünen Sendern und Zeitungen artig totschweigen oder widerspruchlos anprangern zu lassen. Diese arge Hinterlist soll durchkreuzt, die Kanäle sollen zugestopft werden.

Schließlich sollen Trump und seine ganze weiße Bagage nicht bloß besiegt, sie sollen „abgeschafft“ werden, also für immer weggemacht. Fanatismus füttert sich selbst und wird dabei in seinen Zielen immer ehrgeiziger, bis irgendwann nur noch die Vernichtung des Feindes übrigbleibt. Danach fallen die Fanatiker zumeist über ihresgleichen her.

Wenn weiße Leben heute schon nicht mehr zählen, könnten die schwarzen Leben als nächste drankommen. Die Gründerin und Chefin der „Tierrechtsorganisation“ PETA, Ingrid Newkirk, ließ schon 1990 verlauten: „Die Menschheit ist wie ein Krebsgeschwür gewachsen. Sie ist der größte Pesthauch des Planeten.“

Was macht man mit Krebsgeschwüren? Man tötet sie. Newkirk spricht nicht bloß von der weißen Menschheit, sondern von der ganzen. Mal sehen, wann ihre Losung zur Parole der nächsten linken Bewegung wird. Ob linke Schwarze dann ebenso eifrig gegen sich selbst demonstrieren und randalieren werden, wie es linke Weiße heute schon tun?

—
Wenn sich die Beamten im Gespräch mit der „taz“-Redaktion ein Grinsen verkneifen können, verdienen sie noch mehr Respekt



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de